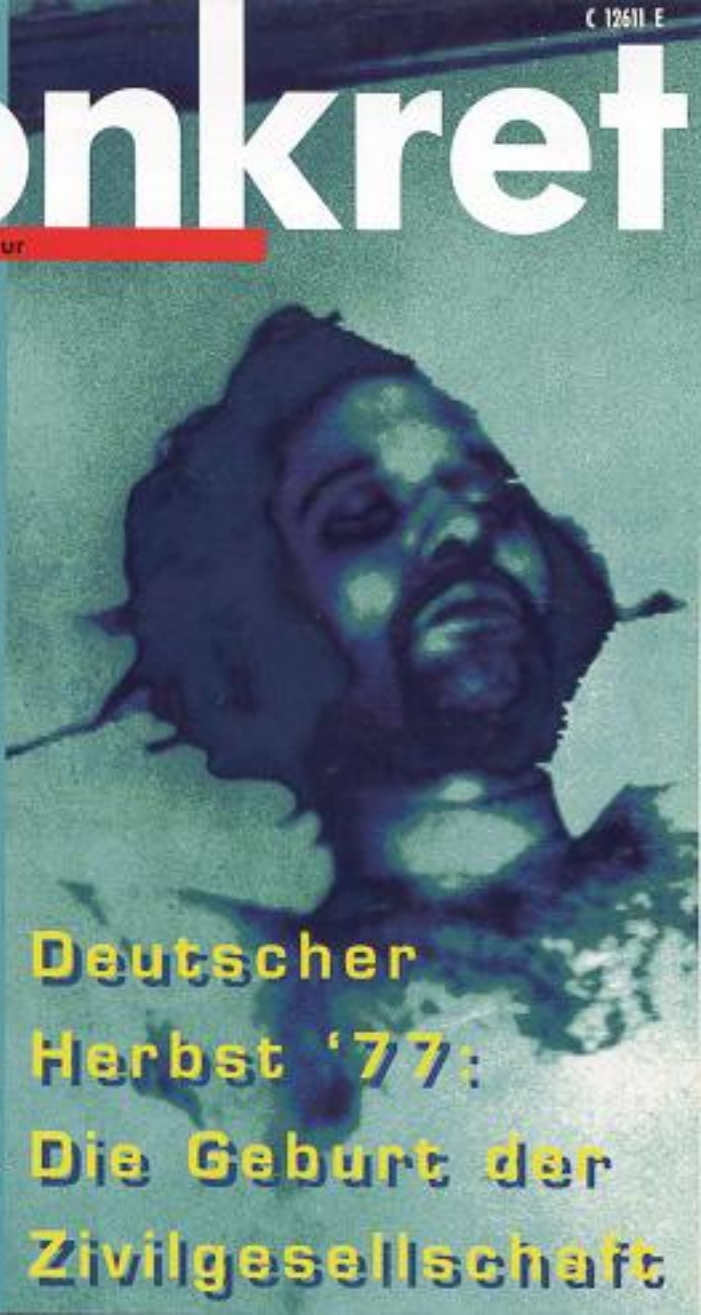
Heft 9 September 1997 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Schleyer, eine deutsche Heldensage
- Schröder, der Kandidat des Mobs
- German Dream: Polizeistadt New York City
- Plattenbau: Wohnen wie Gott in der Zone
- Wie Martin Walser einmal die Arbeitslosen beseitigte



Deutscher Herbst '77: Die Geburt der Zivilgesellschaft

in konkret September 1997

hier Konkret von Hannes Wader
Eckhard Henscheid nannte ihn einst den Roger Whittaker der westdeutschen Linkskurve. Inzwischen hat der Liedermacher Hannes Wader offensichtlich die Seiten gewechselt: Auf einer Wahlkampfveranstaltung der SPD in Hamburg trat er unter dem vereinzelten Protest ehemaliger Fans als Stargast auf. KONKRET fragte nach. Zutage kam Erstaunliches: Hannes Wader, der im Zuge der Baader-Meinhof-Hatz »irrtümlich«, wie das »Munzinger-Archiv« versichert, verhaftet worden war und der 1979 mit dem Titel »Unterschriftensammlung« zur Wahl der DKP aufgerufen hatte, wußte mal wieder gar nicht, was er da tat

von Konkret

an Konkret

Von Gastgebern und Gasgebern von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die Herbstzeitlosen von Oliver Tolmein
1977 war das Gründungsdatum der Zivilgesellschaft made in Germany. Ihr Grundgesetz lautet: Wer sich nicht wehrt, wird nicht eingesperrt

Die Gefangenen von Oliver Tolmein

Mescaleros Bruder von Jens Hoffmann
Der Deutsche Herbst, gesehen durch die Augen eines Trottels - davon handelt Michael Wildenhains neuer Roman

Die Sache des Staates von Joachim Rohloff
Wie die deutschen Medien vergaßen, was sie über die Todesnacht von Stammheim einmal gewußt hatten

Nachruf auf einen Nachruf von Georg Seeßlen
Der Film »Deutschland im Herbst« (1978) erzählte nicht nur viel über das Durcheinander, das damals in linksliberalen Autorenfilmerköpfen herrschte. Er führte auch vor, wer warum in Zukunft seinen Weg machen würde

Stammheim und die Linke von Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe
Ein halbes Jahr vor ihrem Tod in Stammheim meldeten sich die inhaftierten RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe ein letztes Mal öffentlich zu Wort - mit einer zweiteiligen Erklärung in KONKRET (2 und 3/77). Zum Schutz der Redaktion und der Anwälte, die die (unerlaubte) Kommunikation zwischen den Gefangenen und KONKRET besorgten, wurde der Text als Antwort auf Fragen eines freien Mitarbeiters von »Le Monde Diplomatique« deklariert. Nach Abschluß der langwierigen Redaktionsarbeit (die Anwälte mußten sich jede Kürzung, jede Korrektur von ihren Mandanten genehmigen lassen) ging in der Redaktion ein Briefchen ein - mit Dank und Gruß, gezeichnet »g.«. Die folgenden Auszüge aus Teil 2 der Erklärung, der auch im Original den Titel »Stammheim und die Linke« trug, dokumentieren eine bemerkenswerte politische Scharf- und Weitsicht der Autoren

Der dritte Denunziant von Otto Köhler
20 Jahre nach dem Deutschen Herbst ist von dem ehemaligen SS-Führer und späteren Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer nur das Opfer der RAF übriggeblieben

Zu Protokoll

»Lohnverzicht oder Massenarbeitslosigkeit für immer?« Zur Beantwortung dieser Frage trat am 29. Juni in der Sat.1-Sendung »Talk im Turm« der ökonomische Sachverstand dieses Landes gleich in vierfacher Ausfertigung an. Es diskutierten unter der Leitung von Erich Böhme: Walter Riester (IG Metall), Oskar Lafontaine (SPD-Chef), Hans Peter Stihl (Prosident des Deutschen Industrie- und Handelstages) und Martin Walser (Schriftsteller). KONKRET dokumentiert Auszüge aus der Debatte

Die Flucht nach vorn von Robert Kurz
Fusionsfieber und Börsenboom im Zeichen der Globalisierung

Die Obrigkeit ist wieder da von Michael Hahn
New York, New York: Die Stadt, die dem deutschen Spießer eine Höhle des Lasters und eine Halle des Verbrechens war, ist ihm zum Vorbild geworden. Denn: If they can make it there, let's make it anywhere

Virologie des Verbrechens von Jan Pehrke
Zum Verbrecher wird man nicht gemacht, sondern geboren. Die Vordenker des New Yorker »Sicherheitsmodells« argumentieren unverhohlen rassistisch und fordern Eugenik statt Sozialpolitik

Moses und die Hamas von Justus Wertmüller
Mit dubiosen archäologischen Befunden versuchen palästinensische und deutsche Antizionisten zu belegen, daß die Juden in Israel eigentlich nichts zu suchen haben. Sie belegen damit aber vor allem, daß der Kern des Antizionismus Antisemitismus ist

Die Fähigkeit zu mauern von Eike Geisel

Erinnerung an Eike Geisel von Wolfgang Pohrt

In diesem Sinne - Fluß ohne Raum von Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Spiel, Satz, Sieg: DDR von Michael Schilling

In diesem Sinne - Putbuser Lektionen von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Pop in der Standortfalle von Günther Jacob

Vor allem bezahlbar von Mathias Wedel
Nach der Wende wollte der Westen die ostdeutschen Plattenbausiedlungen, Inbegriff sozialistischer Wohnkultur, allesamt schleifen. Daraus ist nichts geworden. Statt dessen geht man nun mit den Waffen der Verschönerung gegen die Bewohner vor

Die Politik des Als-Ob von Günther Jacob
Warum spricht man vor allem über »Kultur«, wenn man über Nazis sprechen möchte?

Weißes Rauschen von Iris Hanika
Über Rolf Vollmanns Romanführer »Die wunderbaren Falschmünzer«

Buch & Deckel von Frank Schäfer

Erregt und vernagelt von Christel Dormagen
Ist sexueller Mißbrauch ein Alltagsphänomen oder eine Ausnahmeerscheinung? In der Zeitschrift »Forum Kritische Psychologie« ist darüber ein Schulhofstreit entbrannt, der die Redaktion gespalten hat

Wenig Licht von Jürgen Roth

Über viele Jahre war Jürgen Kuczynski - kürzlich verstorbener Ökonom, Schriftsteller und Nestor der DDR-Gesellschaftswissenschaften - Autor einer Wirtschaftskolumne u. a. in der Tageszeitung »Junge Welt«. Was er dort veröffentlichte, hat, wie die wohlwollenden Nachrufe auch der Bürgerpresse zeigen, seinen Ruf als Prognostiker nicht geschmälert

Melodie & Rhythmus von Mark-Stefan Tietze

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Kay Sokolowsky

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/97, S. 3

Hannes Wader

hier Konkret

Eckhard Henscheid nannte ihn einst den Roger Whittaker der westdeutschen Linkskurve. Inzwischen hat der Liedermacher Hannes Wader offensichtlich die Seiten gewechselt: Auf einer Wahlkampfveranstaltung der SPD in Hamburg trat er unter dem vereinzelten Protest ehemaliger Fans als Stargast auf. KONKRET fragte nach. Zutage kam Erstaunliches: Hannes Wader, der im Zuge der Baader-Meinhof-Hatz »irrtümlich«, wie das »Munzinger-Archiv« versichert, verhaftet worden war und der 1979 mit dem Titel »Unterschriftensammlung« zur Wahl der DKP aufgerufen hatte, wußte mal wieder gar nicht, was er da tat

konkret: 1978 haben Sie gesungen: »... nun ist es kalt trotz alledem, trotz SPD und alledem.« Das Lied haben wir bei Ihrem heutigen Auftritt vermißt.

Wader: Das hätte ich auch singen können, aber ich kann es nicht mehr. Wie bei vielen meiner alten Lieder muß ich den Text immer wieder neu auswendig lernen.

konkret: Früher sangen Sie für die DKP, heute für den rechten Flügel der SPD - singen Sie jetzt für jeden?

Wader: Ist das hier der rechte Flügel?

konkret: Ja. Gerhard Schröder und Henning Voscherau ließen sich hier den ganzen Tag feiern.

Wader: Also, als ich für die DKP gesungen habe, war ich in der Partei. Und seit ich nicht mehr in der Partei bin, interessiere ich mich nicht mehr doll für Politik. Deshalb kommt es zu solch unglücklichen Situationen, daß ich auf einer SPD-Veranstaltung singe und mir das von alten Fans übelgenommen wird.

konkret: Mit Recht: Schließlich unterstützen Sie mit Ihrem Auftritt hier den Wahlkampf der SPD.

Wader: Ja, das stimmt. Aber ich kann nur sagen: Das wird nicht wieder vorkommen. Das liegt gar nicht mal daran, daß mir die SPD nun besonders unsympathisch wäre, sondern ich mache überhaupt nichts mehr für den Wahlkampf. Das wollte ich nicht und werde es künftig auch nicht mehr tun. Daß ich heute hier bin, hat private Gründe. Freunde haben mich gefragt, ob ich hier auf einem Straßenfest auftrete.

Selbstverständlich mach' ich das, habe ich gesagt. So was habe ich immer getan. Ich habe mich nicht weiter darum gekümmert, daß das eine SPD-Veranstaltung ist. Aber jetzt hat sich mir hier gezeigt, daß das Fest in die heiße Wahlkampfphase fällt, und das ist natürlich ein unglückliches Zusammentreffen. Ich versteh' mich überhaupt nicht als Wahlkämpfer, noch nicht einmal mehr als politischer Mensch.

konkret: Was halten Sie denn von Gerhard Schröders neuesten Forderungen?

Wader: Ich kenne die Forderungen gar nicht.

konkret: Die kennen Sie gar nicht?

Wader: Nein.

konkret: Würden Sie denn z. B. seine Forderung nach Abschiebung kriminell gewordener Ausländer unterstützen?

Wader: Auf gar keinen Fall. Jedenfalls nicht von vornherein. Da müßte man erst mal untersuchen: Was macht die zu Kriminellen? Kann das überhaupt von uns beurteilt werden?

konkret: Hannes Wader ist also kein politischer Liedermacher mehr?

Wader: Im Moment nicht.

konkret: Und stehen Sie noch zu Ihren alten Texten?

Wader: Selbstverständlich, das ist doch mein Leben.

konkret: Was sagen Sie denn zu den vereinzelten Protesten hier, mit denen Ihnen vorgeworfen wird, daß Sie sich mit Ihren Liedern dem SPD-Wahlkampf zur Verfügung gestellt haben?

Wader: Ich kann das sehr gut verstehen. Ich finde es richtig, daß mir dieser Widerspruch vorgehalten wird. Das habe ich verdient.

Konkret 09/97, S. 4

von Konkret

»Zwar schätzten viele Redakteure seine Arbeiten, aber die Veröffentlichung überließen sie gern ihren Kollegen von der Konkurrenz, weil sie sich selbst keinen Ärger einhandeln wollten«, schrieb Klaus Bittermann zum Tod von Eike Geisel, der am 6. August gestorben war, in der »Taz«. Bei welcher Konkurrenz Eike Geisels geschätzte Arbeiten erschienen sind, verriet sein Buch-Verleger nicht. Diese hier erschienen in KONKRET.

Vergessen, vergeben, verdummen (1/81) - Leben als Überleben (4/81) - Buckeln und Treten (11/81) - Enzyklopädie des XX. Jahrhunderts (mit Pohrt und Schulte, 3-10/81) - Die Reise nach Jerusalem als Pilgerfahrt nach Deutschland (3/84) - Zwischen den Jahrestagen (4/84) – Mach's noch einmal, Sam (4/84) - No Business like Shoabusiness (10/88) - Deutsche Seelenwanderung (1/91) - Die linke Auschwitzlüge (7/91) - Zweikampf der Liebe (1/92) - Biotop mit toten Juden (3/92) - Der hilflose Antisemitismus (1/93) - Die ganz normale Sonderbehandlung (2/93) - »... streitet für Deutschland« (4/93) - Die Bauchredner der späten Geburt (6/93) - Runder Tisch mit Eichmann (7/94) - Die neuen »Opfer der Opfer« (2/95) - Ende der Schonzeit (5/95).

Die letzte der Arbeiten, die Geisel in KONKRET publizierte, war eine seiner besten: »Die Unfähigkeit zu mauern« (5/95). Ihr erneuter Abdruck in diesem Heft (S. 44) und ein Nachruf von Wolfgang Pohrt erinnern an einen Polemiker, der mit der deutschen Enge dadurch fertig wurde, daß es ihm gelang, seine Landsleute zu durchschauen.

Jürgen Kuczynski, der 92jährig in Berlin verstorbene Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftler, war »ein rebellischer Marxist« (Bisky, SED), ein »hemmungsloser Optimist« ()junge Welt«), ein »Grandseigneur« (»Taz«), ein »treuer Dissident« (»FAZ«), »ein treuer Rebell« (»Neues Deutschland«), ein »linientreuer Dissident« (»Süddeutsche Zeitung«), ein »fröhlicher Zweifler« (»Freitag«), der die »Linie ohne Treue« (»Frankfurter Rundschau«) hielt. Einmal, zu Beginn der Gorbatschowschen Perestrojka, ergriff er die Gelegenheit, in KONKRET Politik zu machen, indem er seine Partei, die SED, zum Nachmachen aufrief Auf das Interview, das Hermann Gremliza mit ihm geführt hatte, hat er sich nach der Wende schriftlich wie mündlich gern und oft berufen. Allzu oft und allzu gern. Zuletzt hatte Kuczynski die »junge Welt« mit einer wöchentlichen Kolumne durch die kapitalistische Barbarei begleitet.

Vor Wochen hatte die Redaktion mit Jürgen Roth eine kritische Würdigung dieser Kolumne verabredet. Einige Tage nach Roths Manuskript kam die Nachricht von Kuczynskis Tod. Was tun mit dem Artikel? Mit einer Kritik, deren gelassen-ironischer Ton statt ihrem heiter lebenden Gegenstand nun einem Toten zu gelten schien? Der Autor wurde informiert, daß der Artikel nicht erscheine. Roth antwortete:

Wenn KONKRET das Blatt ist, in dem man lesen kann, was andere nicht wissen wollen (und das ist es), dann wäre post rem immerhin in Erwägung zu ziehen, daß Pietät nicht die letzte Reaktion des Materialisten ist, wenn er der Sterblichkeit gewahr wird; daß bei aller »ohne Abstriche« nachvollziehbaren Trauer ... diese nicht das letzte Wort sein kann in einer Zeitschrift, die sich den Ritualen der christlichen Gefühlswelt ja nicht nur hier zu entziehen scheint,- daß überdies Kuczynski recht genau und angemessen gewürdigt worden wäre, wäre ihm dieser unwillentliche Nachruf »unter Linken« nachgerufen worden. Vielleicht hätte es der Zeitschrift KONKRET sogar nicht schlecht zu Gesicht gestanden, vermeintlich pietätlos auf das hinzuweisen, was der Wahrheit entspricht. Kuczynski ist gestorben, seine Texte sind es nicht.

Roth hat recht. Sein »unwillentlicher Nachruf« erscheint, auf Seite 68 in diesem Heft.

Am 30. August liest Hermann L. Gremliza auf dem »UZ«-Pressefest (Dortmund, Revierpark Wischlingen, Literaturzelt, 17 Uhr). KONKRET ist auf dem Fest mit einem eigenen Stand vertreten.

Neu in der konkret-texte-Reihe: Wilfried Steiner (Hg.): *Zensur oder freiwillige Selbstkontrolle? Vom Tabubruch zur politischen Korrektheit.* Der gerade erschienene Band beschäftigt sich mit der Frage, ob Political Correctness ein linkes Projekt sein kann. Er enthält Beiträge von Diedrich Diederichsen, Hermann L. Gremliza, Günther Jacob, Doris Knecht, Konrad Paul Liessmann, Thomas Rothschild, Georg Seeßlen und Mark Terkessidis. *Zensur oder freiwillige Selbstkontrolle, ist* im Buchhandel erhältlich, kann aber auch über den Verlag bezogen werden (Einzelheiten siehe Seite 39).

Konkret 09/97, S. 6

an Konkret

Warmer Brei

KONKRET 8/97: »Wie deutsch war Wolfgang Harich?« von Georg Fülberth

1. Weder in Berlin noch sonst irgendwo gibt es eine registrierte Wolfgang-Harich-Gesellschaft. Den Initiatoren ist durch einen Beschluß vom Landgericht Berlin verboten worden, den Namen Wolfgang Harich zur Bezeichnung eines wie auch immer gearteten Vereins zu benutzen. Gegen eine W-H-Gesellschaft dieser Leute habe ich interveniert. Somit ist die Bezeichnung von Dr. Reinhardt Pitsch als »Wissenschaftlicher Sekretär« der »Wolfgang-Harich-Gesellschaft« eine glatte Hochstapelei.

2. Nicht die sog. W-H.-Gesellschaft hat das Gedenk-Kolloqium anläßlich des ersten Todestages von Wolfgang Harich am 21.3.96 in Berlin veranstaltet, sondern die Alternative Enquete Kommission unter dem Vorsitz von Prof, Sigfrid Prokop. Die AEK, die ursprünglich an der Gründung einer W-H.-Gesellschaft interessiert war, hat sich dann in einer Mitgliederversammlung von dem Vorhaben distanziert, weil deren Initiatoren, an der Spitze Reinhardt Pitsch, Stefan Dornuf und Peter Feist, mit unlauteren Mitteln vorgegangen sind.

3. Wolfgang Harich hat mich testamentarisch als Erbin eingesetzt, d.h., die Urheberrechte liegen bei mir. Das ist den o. g. Herren bekannt, paßt ihnen aber nicht. Reinhardt Pitsch, der sich über die Rechtslage hinweggesetzt hat, wird deshalb gerichtlich belangt.

4. Um den Nachlaß habe ich mich unmittelbar nach Harichs Tod »gekümmert«, indem ich denselben sortierte, um ihn dem IISG einigermaßen geordnet übergeben zu können. Das geschah unter einem entsetzlichen Druck durch Pitsch und Dornuf, die mit Hilfe eines Rechtsanwaltes die Hartmann-Manuskripte, Briefe und diverse Bücher von mir forderten, in der Meinung, diese wären einesteils ihr Eigentum, andrerseits hätten sie ein Recht auf die Veröffentlichung der Manuskripte. Götz Lankau und sein Kollege fuhren am 21.3.96 »glücklicherweise« den Nachlaß nach Amsterdam. Es war meine Entscheidung, diesen dort archivieren zu lassen, um ihn der Forschung zur Verfügung zu stellen.

5. Zu suggerieren, ich hätte den Nachlaß »verschlampt«, ist unverschämt. Georg Fülberth ist schlecht informiert und hat offenbar nicht recherchiert, daher ist dieser Artikel nicht in der gewohnten Klarheit geschrieben, sondern ein warmer Brei.

Marianne Harich

Berlin

Klassenkampf

KONKRET 8/97: »Zweierlei Modernisierung« von Gerhard Scheit; »Wie deutsch war Wolfgang Harich?« von Georg Fülberth

Scheits Satz »Stalinismus und Nationalsozialismus unterscheiden sich ... in ihrem Verhältnis zu Nation, Rassismus und Antisemitismus« ist auf beunruhigende Weise unvollständig. Stalinismus und Nationalsozialismus unterscheiden sich in erster Linie in ihrem Verhältnis zum Klassenkampf und den daraus abgeleiteten gesellschaftlichen Zielvorstellungen. Der Antisemitismus diente dem Nationalsozialismus u. a. dazu, von der Klassenfrage abzulenken. Bezweckt KONKRET das ebenfalls? Immer wieder wird in Ihrer Zeitschrift die Klassenfrage vertuscht durch vorrangige Behandlung rassistischer und nationalistischer Fragen. Das in der Tat einzigartige Buch *Ascher gegen Jahn* von Peter Hacks wird so von Scheit in falsche Gesellschaft gerückt. Das oberste Anliegen dieses Buches ist es nicht nur, die Kontinuität von deutscher Romantik zum Nationalsozialismus, sondern zur gegenwärtigen Gesellschaft aufzuzeigen. In diesem Buch bemüht sich der Autor um etwas, das ich in KONKRET leider vermisse, nämlich um eine rationale Erklärung für die Gründe des Antisemitismus.

Vom gleichen Geist scheint mir ihre Darstellung von Wolfgang Harichs Patriotismus zu sein. Georg Fülberths tendenziöse Zitate aus Harichs Briefen an Lukács möchte ich ein wenig vervollständigen. »Die Anzahl der Arbeiter, die in der Situation der Krise den Nazis folgten, ist verhältnismäßig verschwindend gering gewesen, und das blieb so bis zu den Wahlen im Frühjahr 1933. Hitler hat das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats erst *nach 1933* brechen können, als er einerseits die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlug ... und andrerseits *gleichzeitig* die Arbeitslosigkeit durch die Kriegsrüstung beseitigte« (Brief vom 4.3.53, noch expliziter im Brief vom 18.3.53). Die Wahlergebnisse bis zum Frühjahr 1933 bestätigen Harich und widerlegen Lukács' empirische Feststellung (»Jeder ... weiß, wie viele ... «).

Keine französische linke Zeitschrift käme auf die Idee, die vorrangige Aufgabe der internationalen Linken, die Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus, des mächtigsten und gefährlichsten Repräsentanten der jüngsten Phase des Kapitalismus, zu sabotieren, indem sie z. B. mithülfe, das nationale Bewußtsein der französischen Linken, das ein Hindernis gegen diesen Imperialismus darstellt, zu schwächen.

Heidi Urbahn de Jauregui

Montpellier

Hoffart

KONKRET 8/97: »Hamburger Anthologie«

Aufgepaßt, eitle Linkswichser (vulgo Sektierer), wie Gedichtel von mir funktioniert: Zahnarzt meiner in Waging am See (Arbeiter hab ich keinen, wo bloß 578 Ex. von Gedichte verkauft) kauft sie. Liest, mag oder mag nicht. Was rumliegt, liest Sohn oder Tochter, 13 und 15. Und etzan, »Lügenmäuler« - »Versehen gelesener Gedichte« - fragen Kinder den Vater: Wer war Ulrike Meinhof? Und Vater sagt mir, nicht ganz unfroh, weil aufgeschlossen an sich: Da hab ich denen das sagen müssen. Was gar nicht so leicht war, weil man da ja selber erst überlegen muß. Was immer er sagte, es dauerte länger als eine Minute, und es war eine Gedenkminute, eine echte sogar.

Aber dahin, wo sowas anfangt, weils keiner mehr weiß, weil man will, daß es keiner mehr weiß, dahin denken und dann erst euren Schmus ablassen, tät euch allen immer wieder gut. Deshalb: Demut nicht Hoffart / sei euer Begehr / dann werden die Leser / auch wieder mehr.

Franz Xaver Kroetz

München

Überhöhung

KONKRET 8/97: »Applaus ist Valium« von Knud Kohr

Ich bekenne: Jeden Monat warte ich ungeduldig auf die neue »Titanic«-Kolumne von Max Goldt. Noch die haarsträubensten Ansichten, die der Autor darin auftischt, nehme ich widerspruchslos hin. Damit nicht genug: Als der Unverschämte scheinbar aus einer Laune heraus dazu überging, sein Publikum »meine Lesefröschchen« zu nennen, ließ ich es mir gerne gefallen. Hat man die unheilvolle Macht, die der Mann auf seine Leser ausübt, unterschätzt?

Nein, denn das Lesefröschchen weiß sehr gut, daß nicht jeder »Ratschlag des reformierten Herrn« (leichte Variation eines Goldtscheu Songtitels), es verdient, befolgt zu werden. Das Lesefröschchen pflegt seine eigenen Vorlieben und Ticks. Nur ist vor Max Goldt eben noch niemand darauf gekommen, damit nicht nur den engsten Bekanntenkreis zu behelligen. Der Alltagsschwachsinn, der noch dem diszipliniertesten Theoretiker und dem leidenschaftlichsten Polit-Aktivisten in arglosen Momenten im Kopf herumschwirrt, wird vom Autor nicht bloß öffentlich zur Schau gestellt. Was mancher lieber verdrängen würde, wird hier in virtuosen Spracharrangements künstlerisch aufbereitet. Assoziationen werden zum Bauprinzip der Texte erhoben, ohne daß der Baumeister die Willkürlichkeit seiner Setzungen zu verbergen sucht. Alle Lesefröschchen, die um die Kontingenz des Gesagten wissen, wird es überraschen, daß ihr monatlicher Lektürestoff offenbar immer noch über genügend subversives Potential verfügt, um Kritiker zu provozieren. Begreift man die Texte als modernisierte Variante der späten Zeitungsprosa Robert Walsers, ist der Privatismus-Vorwurf nicht mehr aufrechtzuerhalten: Durch ihre scheinbar unangemessene Überhöhung von Alltagsbanalitäten setzen diese Prosaspielereien zunächst auf Irritation der Leseerwartungen und im zweiten Schritt auf die Lust an einer Neubelebung der Sprache.

Wie dem Vorwort zu den in Buchform erschienenen und oft stark überarbeiteten Kolumnen zu entnehmen ist, weiß Max Goldt um die starken Schwankungen der sprachlichen sowie dramaturgischen Qualität seiner »Titanic«-Texte, und das Lesefröschchen fühlt sich geradezu aufgefordert, nach dem Lesen stets über den Grad der Gelungenheit zu urteilen. Die innovativen Sprachideen im vermeintlichen Geplauder und der schalkhafte Umgang mit Alltäglichkeiten machen dabei die entscheidende Motivation aus, auch weiterhin auf die Berichte aus Onkel Max' Kulturtagebuch zu warten. Wer darüber hinaus programmatische Stellungnahmen des Autors wünscht, nehme sich einmal die jüngste (in jeder Hinsicht hörenswerte!) »Foyer des Arts«-Platte »Die Menschen« vor. Sie dokumentiert den Reifungsprozeß des Musikers Goldt vom zynischen Spötter zum teilnahmsvollen Beobachter, der wissen will, »was die Menschen tun«: »Denn das Beste im Leben sind leider immer noch die Menschen. Das denk' und sag' ich manchmal, sag' und denk' das bitte auch.« Das Lesefröschchen, das es nicht gewohnt ist, von Goldt so artig um etwas gebeten zu werden, glaubt: Das ist ganz ernst gemeint.

Marit Hofinann

Hamburg

Konkret 09/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Von Gastgebern und Gasgebern

Wir wollen nicht, daß das Gastrecht mißbraucht wird.

Gerhard Schröder, SPD

W*ir müssen prüfen, welche Schönwettergesetze aus der Zeit Brandt/Scheel nicht mehr in die Schlechtwetterfront passen, die seit der Grenzöffnung aus dem Osten auf uns zukommt.. Mit seiner Forderung zur verschärften Bekämpfung der Ausländerkriminalität hat Schröder eindrucksvoll die heißeste Kartoffel angepackt, die es bei uns gibt.*

Henning Voscherau, SPD

Die Forderung, daß Leute, die ihr Gastrecht mißbraucht haben, das Gastrecht nicht mehr in Anspruch nehmen dürfen, das ist in Ordnung.

Oskar Lafontaine, SPD

Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen ... « Erst spielt die Blasmusik ein Stückchen völkische Scheißmusik, dann kommt der Ministerpräsident: Politik, sagt er, muß wieder nach denen gucken, die morgens arbeiten gehen, und das sind, Gottseidank, immer noch die meisten. Politik, heißt das, hat zu lange nach den Unproduktiven, den Unordentlichen, den Faulen, den Intelligenzlern, den Schmarotzern geguckt. Gerhard Schröder sagt das nicht. Er ist nicht Franz Schönhuber. Nicht ganz so dumm wie der, und nicht halb so ehrlich.

Die Erdverwachsnen verstehen ihn auch so, denn es ist ihr Bauch, aus dem der Ministerpräsident redet: Ausländer raus! Asylanten weg! Mehr und besser ausgerüstete Polizei! Schärfere Gesetze! Weniger Bürokratie! Hoch die D-Mark! Nieder mit dem Euro! Wir wollen nicht die Zahlmeister Europas sein! Freie Fahrt für freie Autofahrer und -hersteller!

Kriminelle Ausländer, sagt Schröder, müßten schnell abgeschoben, die Leistungen für Asylbewerber gekürzt, Sozialhilfeempfänger zur Arbeit gezwungen werden. Zur Reform (heute das Synonym für: Streichung, Kürzung, Abbau) der öffentlichen Verwaltung des Landes hat sich der Ministerpräsident an den Chef der Dresdner Management Consult (DMC) gewandt, einer Tochter der Dresdner Bank, die ihren Ruf als nationale Standortbank einst mit der Eindeutschung fremden Kapitals (sog. Arisierung) begründet hatte: Der Produktivitätsrückstand des Staates gegenüber der Privatwirtschaft sei nicht mehr finanzierbar, schrieb Schröder dem DMC-Chef Endres und bat um entsprechende Beratung.

Von den Brandtschen Reformen bis zum Sieg über den Kommunismus - das war die Schönwetterzeit des Kapitalismus. Sie nannten es den sozialen Rechtsstaat. Jetzt, da die nach Süden und Osten exportierte soziale Frage über die Grenzen ins Land zurück dringt wie Voscheraus Schlechtwetterfront, wird der politische Ostfriesennerz übergezogen: Deutschland den Deutschen, wer hier sonst noch lebt, ist bloß ein Gast, der dem Gastgeber für dessen Gastfreundschaft zu Dank verpflichtet ist und geräuschlos zu verschwinden hat, wenn der seine Ruhe und Ordnung haben will.

Gast bedeutet: Bürger minderen Rechts, Mensch minderen Werts. Wer einen Flüchtling Gast nennt, ist Rassist. Kann ein Sozialdemokrat Rassist sein? Unterscheidet er sich nicht gerade darin von den Konservativen, den Rechten? Macht dieser kleine Unterschied seine Partei nicht seit je zum dennoch kleineren Übel? Schön, wenn es so wäre. Es ist aber so:

Auch die sozialdemokratische Fraktion hat kein Interesse daran, ausländisches Gesindel in Deutschland zu dulden oder es gar noch zu schützen. In Deutschland gibt es genug einheimisches Ungeziefer, das man sehr gut entbehren kann. Um so *weniger besteht Anlaß, den Zuzug und Aufenthalt ausländischer gemeingefährlicher Elemente zu unterstützen.*

Das sprach 1927, siebzig Jahre vor Gerhard Schröder, der ehemalige Justizminister Otto Landsberg, Reichstagsabgeordneter der SPD. Es ist kein Zufall, sondern Natur der Sache, daß eine Partei, welche die Bourgeoisie vor der Rebellion der Massen bewahren muß und dazu immer nur zwei Mittel hat: Bestechung oder Gewalt, in Ermangelung sozialer Gaben zum Knüppel greift. Schon in Weimar, wo die Staatskasse so leer war, wie sie in Bonn gerade geräumt wird, war die SPD die Partei der Polizeiminister. Lange genug, sagt Voscherau, habe man es mit Sozialarbeit versucht, sei im Strafprozeß- und Ausländerrecht »zu gutwillig, zu lau« gewesen. Nun müsse man »mal die harte Seite der Zange anziehen«. »Einer«, sagte ein anderer Vorgänger, »muß der Bluthund sein.«

Es war vor Jahren hier zu lesen und ist, mit angemessener Verspätung, in der Bürgerpresse angekommen, daß der Abriß des Sozialstaats die Errichtung des Polizeistaats verlangt. »Die sozialen Verwerfungen, die Familien zerstören, Kinder auf die Straße treiben, Arbeitsplätze vernichten.... sind natürlich nicht mit der lindernden Salbe der Sozialarbeit zu beseitigen.

Doch was nützt«, fragt der »Spiegel« sich und seine Leser, »die Einsicht, daß Arbeitslosigkeit Kriminalität erzeugt, wenn es eben vorerst keine Arbeitsplätze gibt?« Nur eine letzte Bitte hat Augsteins »liberales, im Zweifelsfall linkes Blatt« an die neue Ordnung - sie möge nicht von Schwarzen Sheriffs hergestellt werden: »Wenn schon Polizeistaat, dann wenigstens mit der Polizei.«

Und wenn Polizeistaat, dann mit Schröder. So bullenselig blickt der Ministerpräsident über die Schulter des Polizeichefs auf das gesäuberte New York (in dem jetzt nur noch doppelt so viele Verbrechen pro 100.000 Einwohner begangen werden wie in Hamburg), so bedenkenlos trommelt er die rassistische Mehrheit auf seine Seite, daß Helmut Kohl bereits öffentlich geraten wird, noch vor dem Beginn des Wahlkampfs seinen allzu braven Polizeiminister Kanther gegen einen auszutauschen, der es mit dem niedersächsischen Polizeistaatsmann aufnehmen kann.

Er kann sich auch gleich nach einem neuen Wirtschaftsminister umsehen, der auf Schröders Programm eine Antwort von rechts sucht. Er wird sie nicht finden. »Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es auch denen gut, die dort arbeiten« - das sei »die alte Wahrheit«, sagt Schröder, und tatsächlich ist diese nationale Arbeitsfront von Wirtschaftsführern und ihren Belegschaften nicht ohne Vorbild. Wer den Kampf der Klassen selbst in jener verballhornten Fassung leugnet oder »überwinden« will, in der ihn die Theoretiker der bürgerlichen Demokratie anerkannt haben, nämlich als Kräftespiel von Interessengruppen, allen voran der Arbeiter (Gewerkschaften) und des Kapitals, landet immer bei volksgemeinschaftlichen, erdverwachsnen Konzepten.

Manch einer versucht, sich mit der Deutung zu trösten, Schröder, der sich zum Kandidaten des deutschen Mobs entwickelt hat, habe seine Gesinnung verraten. Gegen diesen Vorwurf muß man ihn verteidigen. Er hatte nie eine. »Daß Schröder politisch überaus beweglich ist, hat sich, keineswegs zu seinem Nachteil, längst herumgesprochen«, und zwar bis zum »Spiegel«, der an ihm die Fähigkeit rühmt, »seine Position geschmeidig den Erfordernissen anzupassen«. Anders gesagt: »Wenn die Mehrheit es morgen erfordert, daß er sich zu Kaiser Wilhelm stilisiert, würde er sich einen wunderbaren Zwirbelbart zulegen. Und wenn es notwendig wäre, als bayerischer König Ludwig Il. ins Kanzleramt zu kommen, würde er im Starnberger See schwimmen und einen Schwan küssen.« Das Charakterbild hat Joschka Fischer aufgemalt, der, wo es um Beweglichkeit geht, nicht redet wie der Blinde von der grünen Farb'.

Und so ist von Gerhard Schröder noch vieles zu erwarten. Es könnte, mit diesem Kandidaten, das kleinere Übel als das größere sich erweisen.

Konkret 09/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Standorte

Die teuersten Städte der Welt sind Tokio und Hongkong. Von den zehn teuersten liegen acht in Asien, zwei in Rußland (Moskau auf Platz 3, Petersburg auf Platz 10). Nicht mehr unter den ersten zehn: Genf (22.) und Zürich (23.). Paris rutschte vom 16. auf den 29., Wien vom 15. auf den 27. Platz. Maßstab sind die Preise von zweihundert Waren und Dienstleistungen.

Reformstau

Von 1980 bis 1994 ist die Steuerquote der Unternehmen von 34 auf 19 Prozent gesunken. In der Bundesrepublik Deutschland. Schreibt der »Wirtschaftsdienst« des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Arischgesichter

CDU-Mitglieder Georg Klaffus, Justitiar in der Berliner Senatsverwaltung, und sein Kamerad Ortwin Kuhn, Vorstandsmitglied der »Mitteldeutschen Vereinigung« der Berliner CDU, protestieren im Namen einer »Bürgerinitiative besorgter Bürger« gegen »großzügige Finanzierung Israels« und jüdischer Einrichtungen in Deutschland. Es sei »endlich an der Zeit, den pathologischen Philosemitismus unserer Politiker beim Namen zu nennen«. Die beiden Arier können, weiß der »Spiegel«, »auf Rückendeckung durch den rechten Flügel der Partei hoffen, der in Berlin traditionell sehr stark ist«, und zwar seit mehr als sechzig Jahren.

IG Farbe: braun

Die Aktionäre der »IG Farben in Abwicklung« müssen sich einen neuen Ort für ihre Hauptversammlung suchen. Nachdem das Bündnis »Nie wieder« Protestaktionen angekündigt hatte, erklärte eine Sprecherin des Frankfurter Arabella-Hotels, man habe die Aktionäre ausladen müssen, weil eine nachhaltige Störung des Geschäftsbetriebs zu erwarten gewesen sei. Vielleicht sollten die Aktionäre für ihre Hauptversammlung ein Zelt auf einem ihrer früheren Firmengrundstücke aufschlagen, zum Beispiel in Auschwitz-Birkenau.

Benewitz

250 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur nahmen in Hannover an einer Benefiz-Gala zugunsten der von Nazis abgebrannten Lübecker Vicelinkirche teil. 120 von ihnen zahlten 30 Mark Eintritt, 130 Gäste hatten Freikarten. Die Spendensammlung nach dem Diner erbrachte 165 Mark.

Soldaten sind Einzelgänger

In der Bundeswehr-Kasetne Hammelburg, wo die Deutschen auf ihren Einsatz gegen die bosnischen Serben vorbereitet werden, üben die Soldaten das Nötigste: Hinrichtungen und Vergewaltigungen. Die schönsten Szenen hielten einige von ihnen auf Videofilm fest, die sie ihren Vorgesetzten und Kameraden vorspielten. Bedauerlicherweise bekamen Journalisten Hinweise auf das Treiben, und weil der Fall ins Sommerloch fiel, landete er sogar bei der befreundeten »Bild«-Zeitung auf Seite 1, woraufhin Kriegsminister Rühe seine braven Feldgrauen furchtbar niedermachen mußte: »Sofort allumfassende Untersuchung angeordnet... unnachsichtig... absolut isolierter Einzelfall... Handvoll fehlgeleiteter Einzelgänger... Perversionen einzelner... mit aller Härte ... «

Soldaten sind Simulanten

Der Brief eines Lesers an die Tageszeitung »Die Welt«:

... darf man nicht vergessen, daß eine Kampftruppe ohne realistische und kriegsnahe Ausbildung so unnütz und weltfremd wie eine Kindergartenfeuerwehr ist, die eine Weihnachtskerze mit der Gießkanne zu löschen sich brüstet.. In völlig harmlosen Übungsanlagen fällt die Bundeswehrführung in »Bestürzung«, wenn kriegsnah und ohne ein tatsächliches »Opfer« Situationen militärisch simuliert werden, die jenen Soldaten, die vom Steuerzahler zu harten Kämpfern, nicht etwa zu weichlichen Deserteuren ausgebildet werden sollen, überlebenswichtige Lehren vermitteln... Unsere weinerliche

Bevölkerung..

Soldaten sind Herzensdiebe

Verteidigungsminister Volker Rühe dankte den Soldaten der Bundeswehr für ihre Hilfe beim Einsatz gegen das Hochwasser an der Oder: »Viele Bewohner der Oderregion hatten vorher keinen Kontakt zu den Soldaten der Bundeswehr. Sie haben sie erst durch den Einsatz kennengelernt, und viele haben sie ins Herz geschlossen.«

Soldaten sind Verbrecher

Zwei Soldaten der Bundeswehr haben in Dresden eine Unterkunft für Ausländer angezündet. Einer der beiden war schon früher wegen gefährlicher Körperverletzung, Kraftfahrzeugdiebstahls und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen polizeilich aufgefallen, der andere wegen Einbruchs, Raubs und Urkundenfälschung.

Soldaten sind Nazis

Was jedem, der Deutschland nicht für gründlich zivilisiert hält oder sonstwie schwachsinnig ist, stets bewußt war, hat für den größeren Rest das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr in einer Studie ermittelt: Je weiter rechts ein Wehrpflichtiger steht, desto mehr liebt er die Bundeswehr. 77 Prozent der vom Bundeswehr-Institut als rechtsextrem Eingestuften mögen die Bundeswehr, 66 Prozent von ihnen wollen Soldat werden. Von den als linksextrem bezeichneten wollen nur sechs Prozent Soldat werden. Fazit»Die Daten verweisen auf die Gefahr, daß die Bundeswehr zunehmend für junge Männer attraktiv ist, die sich den demokratischen Prinzipien und Werten kaum oder gar nicht verpflichtet fühlen.« Beziehungsweise für absolut isolierte Einzelfälle.

Soldaten sind Glatzen

Nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz gibt es in der BRD 6.500 »gewaltbereite und gewalttätige Rechtsextreme«, die meisten von ihnen seien Skinheads. Mindestens 4.500 von ihnen sind, waren oder werden Soldaten der Bundeswehr.

Soldaten werden mehr

Seit 1996 gehen die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung zurück. Demoskopen haben eine »wachsende Akzeptanz« der Bundeswehr ermittelt, Grund dafür sei der Bundeswehr-Einsatz in Bosnien (siehe oben).

Klassejustiz

1995 hatten vier Jugendliche den Ausspruch von Hitlers Vize Rudolf Heß, er würde noch einmal so handeln, wie er es im Dritten Reich getan habe, mit Quellenangabe in das Gästebuch der Gedenkstätte Buchenwald eingetragen. Das Leipziger Amtsgericht sprach die vier jetzt mit der Begründung frei, sie hätten dem Heß-Zitat keine eigene wertende Meinung beigefügt.

Friedhelm Ballermann

ARD-Reporter Friedhelm Brebeck, die »Mutter Teresa von Sarajevo« (»Super-Illu«), ist das jüngste Opfer der serbischen Untermenschen, von deren Verbrechen er jahrelang berichtet hat. Der Tenor, in dem die »Bild«-Zeitung den Fall meldet, läßt nur geringen Deutungsspielraum:

Der TV-Reporter hatte in einem Restaurant mit Freunden seinen 63. Geburtstag gefeiert. Anwohner beschwerten sich: Ruhestörung. Gegen Mitternacht kamen Polizisten, Brebeck und seine Freunde grölten in Richtung der Beamten. Die schlugen Brebeck ins Gesicht, versetzten seiner Frau einen Kinnhaken. 2 Stunden Polizeirevier. dann kam Brebeck wieder frei - nachdem er sich für seine Äußerungen entschuldigt hatte.

Für welche Äußerungen? Serbenpack? Dreckiges Serbengesindel? Serbenschweine? Keine deutsche Zeitung wollte (und ließ) es wissen. Damit die Nation nicht nachträglich erfährt, in welchem Geist sie über den Jugoslawien-Krieg unterrichtet wurde.

Nato Inc.

Wie es zur Erweiterung der Nato kam, schildert die »Frankfurter Allgemeine«:

Hart ging es auch in Ungarn zur Sache, wie der Europa-Abgeordnete und Branchenkenner Titley berichtet. Dort lag der Saab-Konzern gut im Rennen - bis die amerikanische Konkurrenz der ungarischen Regierung deutlich machte, daß ein Einkauf in Amerika den Nato-Beitritt leichter machen würde. Im Pentagon, so heißt es, soll es eigens gebildete Kommissionen geben, welche die Ostmitteleuropäer »ermuntern«, amerikanische Flugzeuge zu kaufen. Auch in Rumänien und Slowenien - den Ländern, die vorerst nicht in das Bündnis kommen werden - vermuteten Politiker und Militärs einen Zusammenhang zwischen der Nato-Aufnahme und Bestellungen in Amerika...

Hindu-Kusch

Das vor Jahren unterm Beifall der deutschen Linken vom Kommunismus befreite Afghanistan wird immer freier. Karitative Verbände, die Frauen beschäftigen wollen, dürfen dazu die Genehmigung eines von der Taliban-Regierung eingerichteten Ministeriums »zur Förderung der Tugend und Verhinderung des Lasters« einholen.

The World according to »Rheinischer Merkur«

Steffen Heitmann ist Justizminister von Sachsen, Mitherausgeber der christlichen Wochenzeitung »Rheinischer Merkur« und seit kurzem Träger eines Eugen-Bolz-Preises. Musay Xheladin, Sami Musad und Ihr Sadrijai sind Mitglieder der kosovo-albanischen Hahnwaldbande. Gleich neben einer Lobeshymne des Chefredakteurs Michael Rutz auf den Preisträger Heitmann prangten am 25. Juli 1997 im »Rheinischen Merkur« Polizeifotos der drei grimmigen Kosovo-Albaner. »Zwischen dem Renommee der Herausgeber und dem ihres Blattes besteht ja ein - in unserem Fall glücklicher - Zusammenhang«, schrieb Rutz. »Was also tun Herausgeber? Sie sind stets Mit-Garanten des Blattes und seiner Qualität, Ideenlieferanten, Kolumnisten und vieles mehr. Im Idealfall also: ein Idealfall.« Überschrift: »Idealfall Herausgeber«.

Die Überschrift über den benachbarten Schnappschüssen aus dem Verbrecheralbum lautete: »Kriminalität / Eine Volksgruppe gerät in Verruf - Banden aus dem Kosovo«. Im dazugehörigen Artikel wurde darauf hingewiesen, daß Kosovo-Albaner, Kurden, Russen und Deutsche miteinander hart um »Marktanteile in der Unterwelt« kämpften.

Was wollte der »Rheinische Merkur« seinen Lesern damit sagen? Daß sie Politiker wie Steffen Heitmann unterstützen sollen, damit die Marktanteile in der Unterwelt eines Tages wieder exklusiv in den Händen deutscher Verbrecher liegen werden? Daß auch der schönste Eugen-Bolz-Preis nur ein schwacher Trost ist, solange sich in deutschen Wäldern Andersfrisierte herumtreiben dürfen, die so aussehen wie Musay Xheladin, Sami Musad und Ihr Sandrijai? Daß der Hahnwald endlich wieder für den guten alten Räuber Hotzenplotz freigebolzt werden muß?

Schwer zu sagen. Vermutlich ging es dem »Rheinischen Merkur« in erster Linie darum, den Ruhm des Eugen-Bolz-Preisträgers Steffen Heitmann durch die Nähe zu den Untermenschenvisagen noch ein wenig heller strahlen zu lassen. Und im Idealfall wiederum den Ruhm des Blattes. Zwischen dem Renommee der Herausgeber und dem ihres Blattes besteht ja ein Zusammenhang. Im Idealfall also: ein Idealfall.

Gerhard Henschel

Was den Sozialismus in der früheren Sowjetunion umgebracht hat - und ich bedaure das -, war nicht die Doktrin, sondern es waren viele Faktoren, einschließlich des Umstands, daß Gorbatschow ein sehr dummer Mann war

---

Robert Mugabe, Staatspräsident von Simbabwe

Wir sind bereit, das Land mit den Israeli zu teilen, aber sie müssen akzeptieren, daß sie unter der Flagge des Islam leben - oder sie müssen gehen

---

Dr. Mahmoud Zahar, Sprecher der Hamas

Konkret 09/97, S. 12

Oliver Tolmein

Die Herbstzeitlosen

1977 war das Gründungsdatum der Zivilgesellschaft made in Germany. Ihr Grundgesetz lautet: Wer sich nicht wehrt, wird nicht eingesperrt

An der deutschen Ostgrenze steht die Bundeswehr im Kampf gegen das freie Fluten der Oder. In Paris radelt das Team der deutschen Telekom im Triumph über die Champs-Élysées. Und in deutschen Wohnzimmern passieren Ereignisse aus einer Zeit multimedial Revue, als die Nation schon einmal zwischen Tragödie und Triumph herausgefordert war und den Feind bezwingen konnte. Ganze Kohorten der vierten Nationalen haben sich aufgemacht, der zweiten und dritten Staatsgewalt die Aufwartung zu machen: Die »Taz« spricht mit Schmidt-Jortzig, die »Zeit« hat ihren Herausgeber Schmidt aufgesucht, der »Stern« feiert nochmal die GSG 9, und im »Spiegel« erinnert sich der Chefredakteur an sich selbst. Staatsräson, unnachgiebige Härte, aber mit Gefühl... Die freien Mitarbeiter des Hörfunks arbeiten an Specials, Redakteure konzipieren Dossiers und Sondersendungen - nach Breloer, mit Breloer und um Breloer herum. Und wieso, weshalb, warum das ganze?

Glaubt man denen, die sich und uns erzählen, was und wie es damals zugegangen ist - es gäbe eigentlich nicht viel zu erinnern: ein seit vielen Jahren aufgeklärter Gruppenselbstmord, eine noch viel länger völlig isolierte terroristische Organisation, deren Köpfe schon vor mehr als zehn Jahren in mustergültig rechtsstaatlichen Verfahren wegen ihrer Straftaten zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, andere, die sich vor aller Augen zum Guten bekehrt haben, eine Organisation, die sich wohl selbst aufgelöst und jedenfalls seit vier Jahren keinen Anschlag mehr verübt hat, letzte Sympathisanten, die von der Fahne gegangen sind, und eine angebliche Nachfolgeorganisation AIZ, die Antiimperialistische Zelle, die als ein stark islamistisch inspiriertes Zwei-Mann-Unternehmen aufgeflogen ist. Was also, möchte man angesichts dieser Bilanz fragen, gäbe es anderes zu tun, als zu trauern über die Toten - von denen es, zählt man die beider Seiten zusammen, erfreulicherweise nicht mehr gegeben hat als bei einer durchschnittlichen Flugschau-Katastrophe?

»Law and order is a labor issue«, ist dieser Tage auf Hunderten von Plakaten in Hamburg zu lesen, dort, wo der ehemalige Wehrmachtsleutnant Helmut Schmidt 1962 als Innensenator der Hansestadt die Bundeswehr zur Bekämpfung des Hochwassers herangezogen hat. Im benachbarten Bundesland Niedersachsen , bis vor kurzem noch rot-grün regiert, schlägt der SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder in der Debatte um »Ausländerkriminalität« und Innere Sicherheit Töne an, die selbst CSU-Rechtsaußen erröten lassen. Auf der Meinungsseite der »Taz«, wo zuvor schon die Redakteurin für Film und Geisteswissenschaften ein flammendes Bekenntnis zum Staatsmann Helmut Schmidt abgelegt hat, fährt ein Inlandsredakteur den liberalen Kritikern in die Parade: »Ist das Thema Innere Sicherheit schon deshalb ein rechtes, weil dazu der Polizeiapparat gehört? Ist es schon nationalistisch, die Osterweiterung der EU deshalb für ein Problem zu halten, weil Arbeitskräfte aus Polen die Tarife im deutschen Baugewerbe versauen?« Auch Bündnis 90/Die Grünen sind nur kurzzeitig verstört und ziehen wenige Tage später nach – mit einem eigenen Programm: »Bürgerrechte erhalten - Kriminalität verhüten - öffentliche Sicherheit stärken!« Der erste Satz: »Es ist zentrale Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates, die persönliche Sicherheit der Menschen, die sich auf seinem Territorium aufhalten, zu gewährleisten.« Im Entwurf hatte es noch geheißen: »Zu den zentralen Aufgaben des demokratischen Rechtsstaates gehört es...«

Die »Taz« und die »Grünen« - sie sind die legitimen Kinder des Deutschen Herbsts, Herbstzeitlose, die es ohne Schleyer-Entführung, Nachrichtensperre, Krisenstab und den ungeheuren Distanzierungsdruck auf die gesamte Linke nicht gegeben hätte: »Die Grüne Liste ist wie ein Hund, der sich im Zickzack sein Loch buddelt«, krähte damals ein munterer Vogel im Frankfurter Sponti-Hausblatt »Pflasterstrand« - immer ein bißchen auf der Flucht, zwischen Notdurft und dem Bemühen, den Knochen zu verstecken, den man ergattern konnte. Die Ausweichbewegungen haben das Selbstverständnis geprägt. Und die Grünen boten all denen einen neuen Kurs, die sich nicht ganz aufgeben, der Revolution aber dennoch für immer »Nein danke! « sagen wollten.

Nicht anders die »Taz«, deren Nullnummer 2 damals mit der Forderung nach »Amnestie« für die politischen Gefangenen aufmacht: und dafür verlangte, daß die Guerilla ihr Scheitern eingestehe. Bis zum Deutschen Herbst hatte das »Projekt Gegenöffentlichkeit« in der Szene vor sich hin gedümpelt, jetzt gab ihm die freiwillige Selbstzensur der deutschen Medien den entscheidenden Schub. Am Anfang stand ein Schlußstrich. Die Grünen und die »Taz« wollten aus dem Deutschen Herbst die Lehre ziehen und, damit sich die traumatische Erfahrung nicht wiederhole, alles anders machen. Getragen wurden sie, mal begeistert, mal verbittert, von dem Milieu, das zuvor als »Sympathisantensumpf« (»Bild«) das eigentliche Ziel der öffentlichen Empörung und der staatlichen Drohgebärde war.

Die ganz andere Partei und die ganz andere Zeitung - unter diesen Labels erreichten sie knapp das zehnjährige Jubiläum. Dann, 1989, war wieder die Entscheidung gefragt: mitmachen oder widerstehen? Diesmal ging es nicht um die Entführung eines ehemaligen SS-Mannes, sondern um die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, das zentrale Projekt der

deutschen Rechten: die Wiedervereinigung. Die grünen Abgeordneten im Deutschen Bundestag zögerten, manche waren einfach nicht da, andere bewegten nur die Lippen - aber schließlich erhoben sie sich mit den anderen Deutschen, die den Fall der Mauer mit der Nationalhymne feierten. Der Bann des Deutschen Herbstes war gebrochen.

Heute, zum Zwanzigsten, können sie sich, stellvertretend für ihr Volk und ihre Leser und Leserinnen, entspannt zurücklehnen und mitfeiern. Ganz anders sind nämlich schon die Verhältnisse. Daß noch einmal losbricht, was 1977 lange Wochen hindurch den Alltag prägte, ist schwer vorstellbar. Die Spielpläne der Theater sind vor dem Zugriff der Ministerpräsidenten sicherer, die Sondereinsatzkommandos der Polizei machen um die Wohnungen von Dichtem und ihren Kindern heute einen Bogen, es werden nicht mehr 2.700 Hochhauswohnungen auf einen Schlag mit vervielfältigten Durchsuchungsbefehlen gestürmt.

Der Ausnahmezustand ist vorüber - und der offene Exzeß der Macht hat dazu beigetragen, daß die Normalität, die ihm endlich und dauerhaft folgte, sich allgemeiner Wertschätzung erfreut: Die Gesellschaft hat Routinen entwickelt, die alles, von der Abschiebung bis zur Zwangssterilisation, in ein rechtsstaatliches Gewand hüllen. Niemand stellt etwas grundsätzlich, gar praktisch in Frage - und so sind der Staat und die ihn tragenden Formationen der Gesellschaft dem Zwang enthoben, unter vollem Einsatz des Gewaltmonopols durchsetzen zu müssen, was ihnen nötig erscheint.

»Der Einfluß des Terrorismus auf die Gesellschaft war enorm, jedoch anders als geplant: nicht >systemsprengend<, wie man früher sagte, sondern systemerhaltend«, wirft Friedrich Christian Delius dieser Tage in der »Zeit« der RAF vor. Daran stimmt immerhin eines: Den »Herrschenden«, wie man vor Luhmann sagte, geht es prächtig. Bei der RAF muß sich dafür allerdings keiner bedanken. »Liberalität, Reformbereitschaft, politisches Engagement, soziales Handeln und Denken« hatten nicht, wie Delius meint, deshalb hierzulande keine Chance, weil die RAF bekämpft werden mußte. Daß und wie sie bekämpft werden konnte, daß ihre Kader so schnell und endgültig in die Hochsicherheitstrakte wanderten und der Rest der Gruppe politisch isoliert wurde, hatte seinen Grund darin, daß all die rechtsstaatlich-demokratischen Prinzipien in dem Moment, als sie eine Bedeutung hätten erlangen können, sofort und von fast allen preisgegeben worden waren.

Der Verzicht auf die Verteidigung der Bürgerrechte und der unbedingte Wille zur autoritären Lösung, die im September/Oktober 1977 deutlicher als je zuvor nach 1945 das gesellschaftliche Klima und die politische Diskussion bestimmten, haben diese Zeit zum »Deutschen Herbst« gemacht: Die Blätter waren gefallen, die braunen Stämme standen wieder nackt. Die Symbolfigur dieser Tage ist der Anwalt, dem die Justizwachtmeister auf Anordnung des Ministers den Besuch bei seinem Mandanten im Knast verwehren, obwohl er einen Gerichtsbeschluß in der Tasche hat, der ihm den Zutritt gestattet. Das Kontaktsperregesetz, das die totale Isolation der Gefangenen legalisiert, über deren Tötung in aller Öffentlichkeit diskutiert wird, dokumentiert, wie weit der Staat sein Gewaltmonopol ausdehnen will: Er beansprucht die totale Verfügungsgewalt über seine Feinde. Oder mit den Worten von Ernst Nolte: »Während der Entführungszeit Hanns Martin Schleyers war die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal ein Staat im Vollsinn des Wortes.«

Zwanzig Jahre später sind das alles Details, und sie sind kein Thema mehr. Die Ereignisse 1977 sind Geschichte - das ist die Botschaft der vielen erinnernden Essays und Berichte. Vorbei, vergangen, alle haben daraus gelernt. Wehe dem, der nicht, blitzt es gelegentlich auf. Deswegen will heute auch kaum mehr jemand wissen, was damals im einzelnen und wirklich geschehen ist: in Stammheim, auf den Straßen, in Mogadischu.

Breloers offiziöser Film zum Deutschen Herbst ist so begeistert aufgenommen worden, weil er dem Publikum gerade nichts vergegenwärtigt, sondern alles erspart, was über das Ungefähre hinausgeht. Er verzichtet auf die Zeitzeugen, die eine andere Perspektive einnehmen, blendet die politischen Auseinandersetzungen damals und die mühseligen Kontroversen danach einfach aus - und liefert gerade deswegen eine überwältigende, eine restlos stimmige, entschlossene Fiktion der Ereignisse. Wie sein Held Schmidt den Krisenstab dirigiert, nimmt Breloer die Geschichte in den Griff. Er konzentriert die Handlungen auf ihren dramatischen Kein, ein Dutzend Akteure, Personen, drei, vier Orte des Geschehens, eine auf die Entscheidung hindrängende Story. Auf die Zwangsläufigkeit der Ereignisse kommt es in der Nacherzählung an, ihr Ablauf wird nicht in Frage gestellt, so als hätte sich keine Möglichkeit zur Intervention geboten, als hätte niemand irgend etwas aufhalten können. Wir waren alle dabei - und sind alle frei von Schuld. Der Deutsche Herbst war eine Prüfung des Schicksals, und wir haben sie bestanden.

Wie ein Phönix steigt aus der Asche des Jahres 1977 die deutsche Zivilgesellschaft auf: Verzicht auf Sympathisantenjagd und offene polizeiliche Konfrontation, Absicherung rechtsstaatlicher Mindestgarantien und Öffentlichkeit - im Tausch gegen Friedensschluß mit den Verhältnissen und unbedingte Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Die einen wollen Effizienz, die anderen Sicherheit. Sicherheit für sich. Denn die Bereitschaft zur innerstaatlichen Kriegserklärung, zur Preisgabe von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Garantien ist nicht verschwunden. Es herrscht heute mehr Gewalt als vor zwanzig Jahren, aber der terroristische Ausnahmezustand, in dem Flüchtlinge, Immigranten und nicht deutschstämmige Inländer gehalten werden, geht restlos im deutschen Normalzustand auf, denn er richtet sich gegen Personen, die so anders sind, daß deutsche Zivilisten in ihrer Mißhandlung keinen Angriff auf Bürger- und Menschenrechte erkennen können.

»Die RAF war nützlich«, schreibt Delius. »Leichter war es nie, alles was jung oder links war oder zum Aufklärerischen, Liberalen, Sozialen drängte, in die Nähe des Terrors zu rücken.« Das ist das Deutsche in den Erinnerungen an den Herbst 1977: Das dringende Bedürfnis der Mitläufer sich selbst als Opfer zu inszenieren. Wer ohnmächtig ist, bleibt gut und verantwortet nichts.

Konkret 09/97, S. 14

Oliver Tolmein

Die Gefangenen

Zehn Gefangene aus der RAF sitzen derzeit noch in bundesdeutschen Knästen ein, einige von ihnen nach wie vor strikt abgeschottet von der Außenwelt. Zwei Stunden Besuchszeit im Monat, Anwaltsbesuche hinter Trennscheibe - das ist für manche immer noch die Regel. Während Peter Jürgen Boock und auch die DDR-Aussteiger der RAF die als Kronzeugen der Bundesanwaltschaft aufgetreten sind, vor den Kameras ihre Version des bewaffneten Kampfes erzählen dürfen, unterliegen Christian Klar und Breite Mohnhaupt striktem Interviewverbot. Weder »Zeit« noch »Spiegel« noch ein anderes Blatt durfte die beiden sprechen. Legitimiert wird diese Isolation der Gefangenen von der Öffentlichkeit in den Beschlüssen mit nicht näher bezeichneten »übergeordneten Gründen« und mit Fürsorgepflichten des Staates gegenüber den Gefangenen, die, so die Argumentation der Gefängnisleitungen und Justizminister in Süddeutschland, sonst vielleicht zu »Äußerungen verleitet werden, die ihnen eine spätere Integration erschweren könnten«. Daß Christian Klar ein unkontrolliertes Kassiber-Interview mit einem Reporter der »Süddeutschen Zeitung« geführt hat, hat die Anstaltsleitung in Bruchsal in Rage gebracht.

Auch ansonsten dokumentieren die Haftbedingungen Willkür und den totalen Verfügungsanspruchs des Staates über die Gefangenen. Besonders rigide reglementieren Bayern und Baden-Württemberg die Gefangenen: Christian Klar ist z.B. die Fortführung eines Informatikstudiums an der Fernuni Hagen verboten worden. Er darf auch weiterhin keinen Computer haben und mußte sich den von seiner Mutter in die Wege geleiteten Kontakt mit einem Mathematik-Professor regelrecht erstreiten. Weder er noch Brigitte Mohnhaupt oder Rolf Heißler dürfen an den Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast teilnehmen. In Hessen, wo der ehemalige RAF-Verteidiger von Plottnitz Justizminister ist, sind die Vollzugsbedingungen liberaler So durfte Helmut Pohl ein Interview mit KONKRET machen und kann zusammen mit Rolf-Clemens Wagner auch an Gemeinschaftsveranstaltungen im Knast teilnehmen. Allerdings sind Bemühungen, weitere Gefangene nach Hessen zu verlegen, um die Haftbedingungen anzugleichen und wenigstens wieder eine Kleingruppe zu haben, am Veto des Hessischen Justizministers gescheitert. Der in Schwalmstadt seit insgesamt 17 Jahren unter z. T schlimmsten Haftbedingungen inhaftierte Helmut Pohl ist offensichtlich schwer krank, möglicherweise sogar wegen lebensbedrohlicher Durchblutungsstörungen haftunfähig. Die Hinzuziehung eines Arztes seines Vertrauens zur Differential-Diagnose seiner Erkrankung war aber auch im vergleichsweise liberalen Hessen erst nach harten Auseinandersetzungen möglich.

Ende 1997 sind mehrere der RAF-Gefangenen 15 Jahre inhaftiert, das heißt: Sie könnten freigelassen werden. Die Justiz signalisiert aber durch ihr Verhalten, daß es zu keinen Entlassungen kommen soll. Sollten Verhandlungen über eine »vorzeitige Entlassung«, wie bei Verurteilung zu lebenslanger Haft nach 15 Jahren möglich, in Gang kommen, muß befürchtet werden, daß z. B. bei Christian Klar die Richter des OLG Stammheim eine »besondere Schwere« der Schuld festschreiben, was weitere zwei bis fünf Jahre Haft nach sich ziehen könnte. Da es derzeit auch wenig Unterstützung von außen gibt und sich keine größere Initiative zur Freilassung der Gefangenen entwickelt hat, stehen deren Chancen, noch bis zum Jahrtausendende frei zukommen, äußerst schlecht.

Alle in der DDR verhafteten Ex-RAF-Mitglieder. die als Kronzeugen ausgesagt haben, sind mittlerweile entlassen worden. Obwohl sie überwiegend wegen Beteiligung an den gleichen Straftaten verurteilt wurden wie die noch Inhaftierten und weitaus später in den Knast gekommen sind, ist bei ihnen von einer Schwere der Schuld keine Rede. Hauptsache, die Gesinnung stimmt. So wird aus dem liberalen Tat- ein rechtskonservatives Täterstrafrecht.

Konkret 09/97, S. 15

Jens Hoffmann

Mescaleros Bruder

Der Deutsche Herbst, gesehen durch die Augen eines Trottels - davon handelt Michael Wildenhains neuer Roman

Wenn der achtzehnjährige, namenlose Ich-Erzähler in Michael Wildenhains Roman Erste *Liebe Deutscher Herbst* kurz vor dem Abholen seines Abiturzeugnisses über das Ende der Schulzeit spricht, klingt er wie einer, der mit dem Leben und der Welt bereits abgeschlossen hat. »Das Ende all der Jahre, des Wartens und der Müdigkeit, des Hetzens, Hoffens, der so leeren Vormittage, Nachmittage ... Endlich, endlich ist es vorbei.« Seine Teilnahmslosigkeit grenzt an Idiotie. Wenn er Ärger mit den Eltern hat, verkriecht er sich auf einem Friedhof und dämmert regungslos vor sich hin.

Die medienmächtig gewordenen politischen Ereignisse des Jahres 1977 spielen auf vermittelte Weise in Wildenhains Roman hinein. Er beschreibt den sogenannten »Deutschen Herbst« aus der Perspektive unerfahrener, nicht besonders kluger Leute, deren Wille zur politischen Aktion von Reflexionen unberührt bleibt. Die aktuellen politischen Schlagworte von A wie Atomtod bis Z wie Zusammenlegung kennen sie mehr oder weniger. Denken aber ist ihnen suspekt oder schlicht zu sinnlos. In der Wohnung der Referendarin Manon finden politische Treffen statt. »Man saß im Halbkreis um sie herum und schaute zu ihr auf«

Der Schüler Schöpp fordert die Mitschüler wegen der Entlassung eines in einer kommunistischen Partei organisierten Lehrers zu einer Demonstration auf Er beleidigt den Direktor, wird Tage später von einer Polizeistreife betrunken unter einer Autobahnbrücke gefunden und meldet sich schließlich ohne Abitur von der Schule ab. Seriös gekleidet leitet er eine Betriebszelle in einer Metallfabrik und verschafft dem Ich-Erzähler einen Job. »Als ich den Arbeitsvertrag unterschrieb, empfand ich einen Stolz wie nie zuvor.« Er verdient das erste >eigene< Geld und empfindet den Zwang in der Fabrik als erotische Befreiung.

Zum ersten Mal seit seiner Zeit auf dem Friedhof scheint der unbewegte Ich-Erzähler wieder irgendwo angekommen zu sein. Wo genau er angekommen ist, darüber macht er sich weiter keine Gedanken. Die politischen Aktionen, an denen er teilnimmt, erreichen ihn nicht. Nach einem Streit mit den Eltern erlebt er eine Anti-Atomkraft-Demonstration wie unter Betäubung. »Was wir taten, ging mich nichts an. Die Eindrücke sickerten träge in meinen müden Kopf.« In dieser Verfassung läßt er sich widerspruchslos zum gehorsamen Befehlsempfänger machen: »Man sagte mir: >Bind dir ein Tuch vors Gesicht.< Man drückte mir eine Flasche, die nach Benzin roch, in die Hand. ... Man half mir, den Stoffetzen, der aus der Flaschenöffnung ragte, anzuzünden, und wisperte: >Wirf< Die Flasche zerbrach vor dem Wasserwerfer auf dem Asphalt des Fahrwegs.« Als Barbara, die Freundin des Erzählers, Schöpp während der Demonstration hilft, wird sie festgenommen und zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wieder fühlt er sich »wie hinter einer Wand«. Er zieht mit Schöpp, der sich die Schuld an Barbaras Verhaftung gibt, in eine Wohnung. »Nur wenn ich in seiner Nähe bliebe, hätte die Ordnung Bestand: Tag folgte auf Nacht, Nacht folgte auf Tag.« Er schreibt sich an der Universität ein. Schöpp verläßt kaum noch sein Zimmer. Als Barbara aus der Haft entlassen wird, ist Schöpp tot. Er hat für den Ich-Erzähler noch eine Klausur geschrieben und sich danach die Pulsadern aufgeschnitten. Barbara gibt Manon die Schuld am Tod Schöpps, prügelt auf sie ein und stößt ihr eine Glasscherbe durch die Wange. Der Ich-Erzähler sitzt bewegungsunfähig da und nimmt das Schlußbild des Romans auf. »Wie ein exotisches Schmuckstück ragte das braune Glas aus der Haut. ... Die Wunde blutete kaum.«

Am deutlichsten wird die seltsam aussichtslose, bestenfalls durch Selbstzerstörung endende Unfreiheit von Wildenhains Figuren am Beispiel des Ich-Erzählers, der aus stiller Panik vor den Möglichkeiten, die die Welt nun mal bietet, kaum zum Leben kommt. Wie einer, der glaubt, sich schon fürs bloße Existieren rechtfertigen zu müssen, hat er zu fast jeder seiner Handlungen eine >eigentlich< bessere Variante parat. Vor lauter »Ich hätte« bleibt dann selbstverständlich kein Platz mehr für so was wie -je nun - »Ich«. Bereits die Frage nach seinen Wünschen und Bedürfnissen löst beim Ich-Erzähler nur einsilbiges Gemurmel aus. Kein Wunder auch, daß ihm, als er einmal eine politische Handlung zu beurteilen versucht, kein eigenes Urteil einfällt, sondern bloß ein Standardspruch seines Vaters. Und noch etwas fällt ihm ein: Das, was er hätte tun müssen, um gar nicht da zu sein. Davon kann er dann allerdings stundenlang erzählen.

Michael Wildenhain: *Erste Liebe Deutscher Herbst. S.* Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1997, 237 Seiten, 38 Mark

Konkret 09/97, S. 16

Joachim Rohloff

Die Sache des Staates

Wie die deutschen Medien vergaßen, was sie über die Todesnacht von Stammheim einmal gewußt hatten

Am 30. Oktober 1980 faßte der »Stern« seine Beschäftigung mit der Stammheimer Todesnacht vom 18.10.1977 wie folgt zusammen: »Drei Jahre danach steht fest: Der Tod der Terroristen muß neu untersucht werden. ... Die bisherige Darstellung vom Ablauf der blutigen Nacht in Stammheim ist nicht haltbar.« - »Die bisherige Darstellung« des Jahres 1980 ist auch die des Jahres 1997. Keine Information ist aufgetaucht, kein neuer Sachverhalt bekannt geworden, die es nötig machten, die Schlußfolgerung des Jahres 1980 zu korrigieren. Gleichwohl kennt der »Stern« - wie der gesamte Rest der Bürgerpresse - heute nur mehr die von Heinrich Breloer so suggestiv wie demagogisch in Szene gesetzte Staatsschutzversion über den Tod der Stammheimer Gefangenen. Gibt es für diesen Gesinnungswandel eine Erklärung?

Nach der Stammheimer Todesnacht vom 18. Oktober 1977, in der Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe ums Leben kamen und Irmgard Möller schwer verletzt wurde, sagte der Bundesinnenminister Maihofer: »Man kann die Perfidie auch so weit treiben, daß man seine eigene Tötung zur Hinrichtung macht.« Umgekehrt sahen die RAF und ihre Sympathisanten in jedem Indiz, das auf Selbstmord deutete, nur einen weiteren Beweis für einen raffiniert verschleierten Mord.

Im Januar 1978 legt der parlamentarische Untersuchungsausschuß des badenwürttembergischen Landtags, der sich in 15 Sitzungen mit der Stammheimer Todesnacht beschäftigte, seinen Bericht vor: Es gebe keine Anhaltspunkte, die gegen einen kollektiven Selbstmord sprächen. Prompt fragt die »Zeit« in einer fünfteiligen Serie: »Was geschah in Stammheim wirklich? ... Es regen sich Zweifel an der offiziellen Version: War es gar kein Selbstmord? Sind Baader, Ensslin und Raspe ermordet worden?« Um auch diese rhetorische Impertinenz mit Fug zurückweisen zu können, müsse jeder Bürger »sich doch erst einmal fragen, ob es überhaupt Freiräume im Rechtsstaat geben kann, in denen amtlich bestellte Killer oder private >Todesschwadronen< nach südamerikanischem Vorbild ihr Unwesen treiben dürften. Jene, die von den Anhängern der Rote Armee Fraktion (RAF) als Anstifter oder als Mörder verdächtigt wurden - Kanzler, Minister, Justizbehörden, Geheimdienste, Bundesgrenzschutz -, sind an Recht und Gesetz gebunden, mannigfachen parlamentarischen oder rechtlichen Kontrollen unterworfen; der Kritik von Journalisten und Schriftstellern ausgesetzt; sie könnten sich nie in dem sicheren Gefühl weiden, eventuelle Fehltritte würden unentdeckt bleiben.«

Ist das noch liberal oder schon naiv? Was der verfassungstreue Journalismus von jedem befreundeten demokratischen Staat nicht nur allemal vermutet, sondern in vielen Fällen auch definitiv weiß, mag er dem eigenen doch niemals unterstellen. So gelingt es der »Zeit« denn auch, wenigstens vorläufig »von der Bundesrepublik den Verdacht zu nehmen, hier gehe es zu« wie überall. Eine Behauptung allerdings will der Redakteur Janßen dem Ausschuß nicht durchgehen lassen: Der Anwalt Arndt Müller habe die Pistolen eingeschmuggelt, mit denen Baader und Raspe sich erschossen. »Dieser Darstellung widersprechen die Aussagen Müllers, der kontrollierenden Polizisten und anderer Anwälte.« Ein Staat, der keine Verbrechen begehen kann, kann doch ausgemachte Trottel verbeamten: »Die Waffen könnten auch auf anderen Wegen hineingekommen sein, beispielsweise mit Kantinenfahrzeugen oder in Gipssäcken während der Umbauten im 7. Stock. Etliche Besuchergruppen wurden überhaupt nicht kontrolliert.« Zehn Jahre später heißt es in einer »Chronik des deutschen Terrorismus«: »In der Nacht zum 18. Oktober stürmt die GSG 9 und erschießt drei der Flugzeugentführer. Am frühen Morgen des nächsten Tages werden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in ihren Zellen in Stammheim tot aufgefunden. Irmgard Möller weist schwere Stichverletzungen auf.« Punkt. Gleichzeitig darf Daniel Cohn-Bendit im Gespräch mit Hans-Jochen Vogel, dem Justizminister des Deutschen Herbstes, die »radikalen Gruppen« verhöhnen, die »die antiimperialistische Widerstandsphraseologie«, also sein eigenes Geschwätz von gestern, »für bare Münze nahmen«, und sein Verständnis äußern für die Angst regierender Sozialdemokraten, »daß man ihnen später auf dem Hintergrund ihrer Geschichte vorwerfen könnte, daß sie den Staat nicht mit allen Mitteln verteidigt hätten«.

Im Juli 1997 kritisiert der Schriftsteller Delius in einem »Zeit«-Aufsatz, der vieles durcheinanderwirft, »Verfassungsschutz und BND, die immer noch viele Fragen offenlassen«, und entwickelt den christlichen Gedanken, irgendwie hätten sich damals alle schuldig gemacht. Dadurch fühlt sich Klaus Harpprecht zu der erbosten Replik genötigt, schuld seien allein das »Bürschchen« Baader, einer der »dürftig Begabten, die verzweifelt die Grenzen ihrer Talente mit Granaten aufzusprengen versuchen«, und Ulrike Meinhof, die dem Terror verfiel, weil sie den peinlichen Röhl geheiratet hatte und weil es bei ihr »zur Schriftstellerin nicht reichte«. Nein, »eine blutige Farce, mehr war es nicht«.

Gut drei Jahre nach der Nacht von Mogadischu und Stammheim konfrontiert im »Stern« Gerhard Kromschröder die gerichtsmedizinischen Gutachten, wie sie vor dem Untersuchungsausschuß abgegeben wurden, mit den Ergebnissen der

kriminalpolizeilichen Ermittlungen und deckt dabei zahlreiche Widersprüche und Schlampereien auf So habe Baader, wenn man die Aussagen aller Experten gleichermaßen ernst nehme, seine Pistole beim tödlichen Schuß mit der linken Hand und mit dem Griff nach oben, zugleich aber mit der rechten Hand und mit dem Griff nach unten gehalten. Den Widerspruch, daß Baader die Waffe an seinem Nacken aufgesetzt und zugleich aus 30 bis 40 Zentimetern Entfernung abgefeuert haben soll, versucht Kromschröder aufzulösen: »Bei der Tat wurde auf die Pistole ein Schalldämpfer gesteckt. Ein Schalldämpfer wurde allerdings in Baaders Zelle nicht gefunden.« Ferner hätten sich die Gutachter nicht einigen können, welches der drei vorgefundenen Projektile eigentlich das tödliche war. Das Beweismittel »Nr. 6, Gewebeteile oder Blut« an der Zellenwand, sei im Laufe der Ermittlungen schlicht verschwunden. An Raspes Hand habe man weder »die sonst bei Selbstmördern üblichen Blutspritzer« noch Schmauchspuren entdecken können. Ob seine Pistole bei einem aufgesetzten Schuß Schmauchspuren hinterläßt, habe man nicht untersucht. Im Fall Ingrid Möllers basierte die Selbstmordthese der Gerichtsmediziner vor allem auf der Feststellung, die Stiche in ihre Brust seien relativ zaghaft ausgeführt worden, der gefährlichste sei nur vier Zentimeter tief eingedrungen, obwohl doch die Messerklinge neun Zentimeter lang sei. Der Arzt jedoch, der Möller am 18. Oktober 1977 in der Tübinger Universitätsklinik operierte, habe einen »ca. 7 Zentimeter langen Stichkanal« festgestellt. »Außerdem muß dieser Stich mit ziemlicher Wucht geführt worden sein.« Was schließlich den Fall Ensslin betreffe, so sei es »geradezu haarsträubend, wie viele Spuren und Beweismittel aus der Zelle nicht ausgewertet wurden«. Weder das Kabel, mit dem sie sich erhängt, noch der Stuhl, auf dem sie gestanden, noch die Schere, mit der sie das Kabel abgeschnitten haben soll, seien untersucht worden. »Daß auch im Fall Ensslin drei Jahre danach Zweifel über Zweifel bleiben, ist nur mit der Arbeitshypothese von Kripochef Textor zu erklären: >Das ist Selbstmord.< Anders ist nicht zu begreifen, weshalb der entscheidende Test für die Frage Selbstmord oder Mord bei Gudrun Ensslin versäumt wurde - der sogenannte Histamin-Test. Das Gewebshormon Histamin sammelt sich immer dann an den Strangulationsstellen, wenn sich ein Mensch selbst erhängt. Wird ein Toter nachträglich aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen, fehlt der Histamin-Stau. Bei Gudrun Ensslin wird das nie mehr festzustellen sein.«

1987 widmet der »Stern« den »Tagen des Terrors« eine sechsteilige Serie. Die Todesnacht von Stammheim wird in einem einzigen kurzen Absatz erledigt, doch immer noch bestehen »erhebliche Zweifel«: »Bei Tagesanbruch gegen 7.45 Uhr werden in Stammheim Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot und Jan Carl-Raspe sterbend in ihren Zellen gefunden - erhängt und erschossen. Die Ermittlungen werden so schlampig geführt, daß erhebliche Zweifel an der offiziellen Feststellung bleiben

Gefangenen hätten sich selbst umgebracht.«

Erst 1997, zum zwanzigsten Jubiläum der »Helden von Mogadischu« (»Stern«), sind diese Zweifel restlos gewichen, und endlich »dokumentiert« der »Stern«, wenn auch ohne Dokumente, »wie es wirklich war«. Nämlich so: »Um 8.58 Uhr meldet die Deutsche Presse-Agentur den Tod von Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Baader hat sich selbst einen Genickschuß gesetzt und Kugeln in die Zellenwand geschossen, damit es wie Mord aussieht. Gudrun Ensslin finden die Justizbeamten am Fenster erhängt. Jan-Carl Raspe lebt noch, als man seine Zellentür öffnet. Er stirbt an den Folgen seiner Schußverletzungen um 9.40 Uhr. Nur Irmgard Möller überlebt. Sie hat sich mit einem Messer Stiche in die Brust gesetzt, die nicht tödlich sind.«

1985 erscheint Stefan Austs Buch über den *Baader-Meinhof-Komplex,* das eine »Einladung zur Spekulation« über die Schalldämpfer-Theorie ausspricht: »In der Eckzelle 619, ein Stockwerk unter Baader, lagen in jener Nacht fünf Häftlinge. ... Werner W sagte: >Zwischen 2.00 Uhr und 2.30 Uhr hörte ich deutlich, daß Baader in seiner Zelle in unregelmäßigen Zeitabständen zwei- bis dreimal die Wasserspülung betätigte. Davor habe ich noch ab und zu Schritte wahrgenommen. Bis zum Morgen ist mir dann nichts mehr aufgefallen Deshalb bin ich davon überzeugt, daß in der Zelle von Baader kein Schuß gefallen ist. Wenn aus einer Zelle Schritte, das Rücken eines Stuhles und das Rauschen der Wasserspülung auszumachen sind, müßte meiner festen Überzeugung nach auch ein Schuß zu hören sein.< Keiner von den 128 vernommenen Stammheimer Häftlingen hatte in dieser Nacht ein Geräusch gehört, das mit den Todesfällen im siebten Stock in Verbindung zu bringen war. Und doch fielen in dieser Nacht im siebten Stock der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim vier Schüsse.«

Den Umstand, daß Irmgard Möllers Pullover unbeschädigt geblieben war, bewerteten die medizinischen Gutachter vor dem Untersuchungsausschuß als wichtiges Indiz für ihre Selbstmordhypothese. Aust stellt widersprechend fest: »Irmgard Möllers Bekleidungsstücke wurden noch am 18. Oktober von Beamten der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Stuttgart aus dem Robert-Bosch-Krankenhaus, in dem sie ärztlich versorgt worden war, abgeholt. In dem Kripo-Bericht heißt es: >Der Pulli ist so zerschnitten, daß seine ursprüngliche Form nicht mehr brauchbar rekonstruiert werden kann. An den vorhandenen Resten ist zu erkennen, daß der Pulli großflächig mit Blut durchtränkt ist. Stichbeschädigungen sind wegen des schlechten Zustandes nicht mit der gebotenen Sicherheit auszumachen.<« Kein Wunder also, daß auch im achten Jahr »Fragen, Zweifel, Widersprüche bleiben«.

Der »Spiegel« kritisiert zwar wiederholt die »Nachlässigkeit und Ignoranz« der ermittelnden Behörden, ist aber von allem Anfang an vollkommen sicher, es gebe »keinen vernünftigen Grund für die Unterstellung, es habe sich um Mord gehandelt,

weder im Detail noch im allgemeinen. Heuchelei und Korruption und Machtgier, das und sonst noch Übles mag's wohl geben in der bundesdeutschen Politik. Mord und Totschlag aber zählen nicht dazu. ... Nur das blanke Nichtwissen über die politische Szenerie und die Ämtermentalität macht die Überzeugung möglich, da sei behördlich gemeuchelt worden.«

Diese Überzeugung wird im Juni 1990 von Susanne Albrecht und Monika Helbing bestätigt: »Zwei ehemalige RAF-Mitglieder haben jetzt die Legende vom Märtyrertod nachhaltig erschüttert. Die im Juni in der DDR festgenommenen Ex-Terroristinnen ... haben vor der Karlsruher Bundesanwaltschaft ausgesagt, die Stammheimer Häftlinge hätten ihren Tod von vornherein für den Fall eingeplant, daß ihre Befreiung scheitern würde. Die makabre Maßnahme sei damals unter den aktiven RAF-Kadern als >Suicide Action< gehandelt worden. Die Geschichte vom >Mord an den Gefangenem war laut Monika Helbing eine >Lüge<... Die Frauen, die 1980 aus der RAF ausstiegen und mit Stasi-Hilfe in die DDR übersiedelten, waren selber in die Terror-Serie von 1977 verstrickt. Beide entschlossen sich zu umfangreichen Aussagen über eigene und fremde Tatbeiträge, offenbar nicht zuletzt, um von der umstrittenen Kronzeugenregelung zu profitieren.« Seitdem »untermauern medizinische Gutachten und Aussagen ehemaliger RAF-Mitglieder, daß sich die Häftlinge selber töteten«.

»Wir fühlten uns 1977, ob berechtigt oder unberechtigt, an die Wand gestellt«, schreibt im Juni dieses Jahres Ute Scheub, eine »Taz«-Frau der ersten Generation, die aber immer noch nicht auf der Kommandoebene räsonniert. »Die einen gingen in den Untergrund. Die anderen, zu denen ich gehörte, wollten lieber eine Tageszeitung gründen, um in kommenden finsteren Zeiten eine dissonante Stimme zu haben, die nicht in eine neuerliche freiwillige Unterwerfung unter die Nachrichtensperre einstimmt. In dieser Hinsicht erwies sich die >Taz< zum Glück als überflüssig.« Und nicht nur in dieser. Immerhin aber will die »Taz«, anders als all die dissonanten Stimmen im Presseclub, die Frage nach Mord oder Selbstmord bis heute nicht endgültig beantworten.

1987 darf Oliver Tolmein im Dossier zur zehnten Wiederkehr des Deutschen Herbstes schreiben: »Die Frage, ob es Mord war oder Selbstmord, ist bis heute nicht geklärt. Fest steht aber, daß der Staat nichts getan hat, um ihre Beantwortung zu ermöglichen. Die Indizien lassen allerdings die Mordversion wahrscheinlicher erscheinen als die Selbstmordthese.« Inzwischen neigt die Wahrscheinlichkeit, trotz unveränderter Indizien, doch eher zur Selbstmordversion. Denn Mariam Niroumand hat eingesehen, daß »die Sache des Staates ... mitunter vielleicht nicht die schlechteste ist«, und Jürgen Gottschlich wirft Irmgard Möller vor, sie sei, da sie »die Mythen der RAF unverdrossen weiter am Leben« halte, »im Deutschland von 1997 noch lange nicht angekommen«. Ihre Ankunft aber prophezeit Wiglaf Droste noch fürs laufende Kalenderjahr: »Noch immer gibt es Sympathisanten, die ihre Märtyrer lieber im Bau sehen als draußen, weil man nur aus Gefangenen die eigene politische Identität als autonomer Struppi herausquetschen kann. Was werden die für Augen machen, wenn in diesem Jahr die RAF-Frau Irmgard Möller über die Todesnacht von Stammheim auspackt und der Mythos von der Ermordung der RAF-Gefangenen durch den Staat platzt? Heulen werden sie, daß man ihnen Jesus, Maria und den Hl. Geist zugleich weggenommen hätte. Und dann hoffentlich, inklusive ihres Obermarktschreiers Tolmein, auf ewig den Schnabel halten.«

Weil er sich, selbst unter der Chefredaktion eines notorischen Zweiflers, von keinem Indiz je irritieren ließ, gebührt das letzte Wort dem »Spiegel«. Ein Autor, dessen Namen man niemals vergäße, wüßte man ihn denn, schrieb im Juni über den Fernsehfilm »Todesspiel« dieses: »In den Händen hält der entführte Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer ein Schild: 4 9. 1977 GEFANGENER DER R.A.F<. Und dazu seine unsäglich traurigen Augen ... Schleyer wird zusammen mit einem der Täter als Aufpasser stundenlang in einen Autokofferraum gesperrt ... Erfolgreich hatten sie die Zellen verkommen lassen, ihr Leben auf den Fußboden verlagert, um durch den Dreck von Essensresten beim Wachpersonal die Ekelschwelle so zu erhöhen, daß die bei Kontrollen vieles übersahen ... Der Film mißtraut keine Sekunde, daß sich die RAF-Häuptlinge selbst umbrachten.« Was der Film nicht mißtraut, verarbeitet der anonyme »Spiegel«-Schreiber zu einer völlig neuen Theorie: Die »RAF-Idole Baader, Ensslin und Raspe« nämlich hätten sich »im Gefängnis Stammheim durch die eigene Hand gerichtet«.

So wird's wohl gewesen sein. Am Morgen des 18. Oktober 1977 vollstreckten sie die Todesstrafe, die sie, in der Erwartung eines allzu milden Urteils der bürgerlichen Justiz, vor einem imaginären Revolutionstribunal über sich selbst verhängt hatten. Wegen groben Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz und der Mißachtung baupolizeilicher Auflagen bei der Erhöhung einer Ekelschwelle.

Konkret 09/97, S. 22

Georg Seeßlen

Nachruf auf einen Nachruf

Der Film »Deutschland im Herbst« (1978) erzählte nicht nur viel über das Durcheinander, das damals in linksliberalen Autorenfilmerköpfen herrschte. Er führte auch vor, wer warum in Zukunft seinen Weg machen würde

Es ist nun zwanzig Jahre her: Die Ermordung Schleyers, die Flugzeugentführung und der Einsatz der GSG 9, das ungeklärte Sterben der inhaftierten Mitglieder der RAF, Pogromstimmungen und Paranoia - und doch ist es (noch) nicht Geschichte geworden. Es hat sich nicht abgelagert in den Korallenriffen des kollektiven Bewußtseins. Die Älteren haben sich noch keinen oder zu viele Reime darauf gemacht, was damals geschah, die jüngeren, die in ihrer politischen Biographie nie etwas anderes erlebt haben als Helmut Kohl und den »Geschichtsunterricht« seiner Ära, blicken vor sich selbst zurück - und sehen da nur seltsame Mythen, seltsame Lücken.

Natürlich hilft da auch nur sehr bedingt das nochmalige Betrachten einer mehr oder minder kollektiven Anstrengung des damals noch sich als jung begreifenden »Neuen deutschen Films«, in Bildern auf das Geschehen - das innere wie das äußere - zu reagieren. Aber damals begannen die Bearbeitungen und Verdrehungen, die Karrieren und die Verluste. Wenn es nicht so offensichtlich wäre, müßte es wie ein furchtbarer Mythos erscheinen: Der eine, der sich unversöhnlich und direkt dem Geschehen stellte, ist tot; die anderen, die an diesem Projekt beteiligt waren, haben Karrieren gemacht, die zum Teil unheimlich erscheinen mögen, und daß es so kommen würde, ist an ihren Beiträgen abzulesen.

»Deutschland im Herbst« also. Ein Film, eine Erinnerung, eine Geschichte. Das ganze Projekt ist als Collage angelegt, in der sich der Beitrag der einzelnen Mitarbeiter nicht ausweist. Nur Rainer Werner Faßbinders Beitrag am Beginn - nach der dokumentarischen Eingangssequenz mit dem Brief Schleyers an seinen Sohn - bricht aus dieser (scheinbaren) Kompatibilität aus; es ist ein ganz eigener Film, eine eigene Collage, eigen-sinnig und wider-willig. Faßbinder antwortet auf die Herausforderung mit einem Akt der künstlerischen Selbstentblößung (die indes sehr viel mehr Inszenierung enthält, als man früher meinte): Es ist ein »Faßbinder-Film«, der in der Behandlung seiner Hauptperson Faßbinder jedes Appeasement, jeden Konsens verweigert: Da ist einer, der ist schwul, der säuft, der kokst, der benimmt sich wie ein Kotzbrocken. Er ist in der ganzen Zeit nicht einmal richtig bei sich, faßt keinen »klaren Gedanken« und stellt doch die richtigen Fragen. Das noch am meisten dokumentarische Element seiner Collage ist das Gespräch mit seiner Mutter, das er führt, als wäre er eine Art Kommissar der bereits verlorenen demokratischen Verfassung - und doch endet der Film mit einer beinahe zärtlichen Einstellung auf die Mutter, die von einem autoritären Herrscher träumt, der ein »ganz lieber« ist. Die überaus kunstvolle Verschachtelung des Dokumentarischen und des Inszenierten zeigt den Künstler als einen Menschen in höchster Bedrohung (auch von Paranoia bedroht, wenn er, als er eine Polizeisirene hört, seinen Stoff ins Klo schüttet und einen Mann, den sein Freund mit in die Wohnung bringt, rausschmeißt, ohne Gründe dafür nennen zu können), der dennoch nicht daran denkt, sich durch eine Geste der Unterwerfung, des Sich-nett- und Kompatibel-Machens sein Recht auf Widerstand abkaufen zu lassen.

Alexander Kluge arbeitet in seinem Beitrag mit der entgegengesetzten Methode, einer Distanzierung in Form einer dialektischen Fabel. Er beginnt mit Bildern einer idealen deutschen Landschaft, unterlegt mit der sanften Haydn-Urfassung der Hymne, und schickt Gaby Teichert los, einen Unterstand für den Weltkrieg zu graben, oder sich einfach nur archäologisch zu betätigen. Wie sie durch den deutschen Schlamm stapft, ist sie eine Mischung aus einem trotzigen Kind und einem Weltkriegssoldaten. Während Faßbinder in dunklen Bildern erzählt, in denen allerdings nur scheinbar die Dinge eher zufällig geschehen (in Wahrheit ist der Film ein Beispiel für seine Inszenierungskunst und -methode, die beim Zuschauen eben immer auch eigene Prozesse zuläßt), komponiert Kluge die Bilder zu einem visuellen Poem - er gräbt in der Geschichte nach dem Passionsmord.

Die Beziehung zwischen dem Staatsmord und dem Schleyer-Begräbnis (und die Formen der Inszenierungen von Faschismus und »demokratischem« Staat) faszinieren nach wie vor: Wie der Staat an seinen Opfern wächst, wie er sich, ganz bildlich, formiert, durch Nekrophilie vorankommt - das ist auf seine Weise nicht weniger wahrhaftig und widerständig als Faßbinders persönliche Passion. Der serbische Herrscher. Ein Mord des deutschen Geheimdienstes in Marseille. Kluge erinnert an den Staat als Täter in einem Moment, in dem er sich als Opfer inszeniert. Es ist gespenstisch, wie das einen Schub der Medialisierung auslöst in einer Öffentlichkeit, deren Faszination sich Kluge, Schlöndorff usw. gar nicht erwehren können, während Faßbinder sich drastisch verweigert. Die Übertragung des Schleyer-Hochamtes, die trauerflorgeschmückten Mercedes-Flaggen, das ist wie der neue, negative Reichsparteitag dieses Staates, im nachhinein seine eigentliche Inauguration: Trauerfeiern, die schon die »Menschenwürde des Terroristen«, als besonderes humanistisches Angebot in den Versöhnungsmythos einbauen wollen wie in Scheels Ansprache (wir sehen anderes in den Gesichtern der Politiker und Wirtschaftslenker).

Und doch steckt in dieser ironischen Distanzierung auch schon ein Stück Akzeptanz. Auf Faßbinders Verweigerung folgt die Illusion einer analytischen Zeugenschaft. Leider bereitet sie den Boden für das, was dann kommt. Spielszene: Eine Frau

wird nachts niedergeschlagen; Wolf Biermann singt »Was wird aus unseren Träumen«; die verschmutzte, geschlagene Frau wird in einem Hochhaus von einer anderen getröstet, ihre Wunden werden versorgt. Die Frau bereitet Tee, und man sieht ein Poster von Fred Astaire und Ginger Rogers. Schnitt auf das Gefängnis: Helmut Griem als »Reporter« besucht Horst Mahler, nun wird die helfende Frau vorgestellt (sie arbeite, heißt es, in einer politischen Gruppe, »privat gehört sie einem bedeutenden Fernsehredakteur«, und sie habe bereits sieben Veröffentlichungen Mahlers gelesen), der eine erste Selbstkritik der Bewegung formuliert. Hier ist die Ironie bereits in etwas umgekippt, was man damals »Affirmation« nannte. Die Montage ist ausschließlich rhetorisch, die Einstellung fetischistisch (sie glaubt an nichts anderes als an sich selbst).

Nun also erklärt Mahler das Scheitern der linken Bewegung. Er schafft, scheint's, nur zu schnell den nächsten Mythos in seiner Inszenierung (kein Versprecher, kein Suchen nach Worten, die große Rede vor Gericht, schon lange fertig in der Aktentasche). Hier hat der Film keine Brechung mehr, hier ist der Abschied, in der Inszenierung Mahlers aus leichter Untersicht, schon programmiert. This Way Out. Man distanziert sich zugleich vom Revolutionär (der, so erfahren wir, es mit der Moral übertreibe) und muß sich deshalb mit Strauß und Konsorten noch nicht gemein machen (der in Chile gerade wieder erklärt, daß der Kapitalismus, wenn es notwendig ist, zum Faschismus werden muß). Diese intime Szene, die, ganz anders als Faßbinders Passagen, das Inszenierte und das Dokumentarische nicht gegeneinander setzt, sondern in einem Mythos aufheben zu wollen scheint (so, als wäre Mahler Schauspieler und Mensch in vollkommener Gleichung), ist auch ästhetisch ein Bruch mit dem »Revolutionären«. Rette wer kann (das Leben). Nicht nur Mahlers Aussagen, sondern die gesamte Inszenierung seines Auftritts ist ein Entrebillet in die spätere Konsenskultur. Es ist alles bereits rationalisiert, vor allem ist die in Frage gestellte Person völlig intakt und unfragmentiert, was die Inszenierung des fiktiven Fernsehinterviews zum genauen Gegenteil einer Reflexion werden läßt. Der Interviewte scheint in der Interviewsituation völlig autark zu sein, das Medium weigert sich, sich selbst in Frage zu stellen. Da ist jemand am Werk, der in diesem Medium Karriere machen wird. (Kluge? Bernd Sinkel? Alf Brustellin?)

Die nächste Episode, von Katja Rupé und Hans-Peter Closs ein wenig nach Art eines Visconti für Arme inszeniert: Ein Flüchtling nach einem Autounfall, der Wasser (keinen Schnaps) haben will. Terroristen trinken keinen Schnaps. Aber dann ist das ganze mehr ein »Tatort«-Krimi, der sympathische Täter auf der Flucht (furchtbar peinlich der Musikeinsatz, die verzögerten Blicke, die Detailaufnahmen: Zeitung mit Fahndungsfotos). Blick des »Terroristen« über Fernsehmonitor und hochmoderne Aufnahmeanlage zu Frau in eben solcher Küche, der existentielle Tat-Mann und die Besitzbürgerfrau (die, wie wir ja wissen, »privat« einem Fernsehredakteur gehört); Monitor zeigt Afrika, Mogadischu; Musik setzt ein: Schlagzeug, Blick zurück (nun mit Saxophon: Einsamkeit), der Mann verdeckt / Nahaufnahme: Zeitung mit Fahndungsfotos (»Süddeutsche«). Frau nimmt Obstschale, nachdem sie Wasserglas (»Das wird Ihnen gut tun«) von Zeitung genommen hat; Nahaufnahme, was denn sonst!, von Fahndungsfotos, Nahaufnahme: Obstschale - mit Messer darin. Wer so inszeniert, ist offensichtlich doof

Diese Rhetorik der Überdeutlichkeit - jetzt fällt, natürlich, auch noch der häßliche Schmuckdolch aus der Obstschale auf den Boden, Nahaufnahme, wir machen es nicht anders, blutverschmiertes Taschentuch, aber rasch, schon wieder Dolch (und häßlicher Teppichboden): Mann nimmt Dolch, immer noch Nahaufnahme, auf, kleine Genre-Zitate, haha, kreischender Frauenmund, Thriller, netwahr, Kreischsound, Auflösung: »Sie waren in Spanien, nicht wahr.« So häßliche Dolche in Obstschalen kriegt man nur dort unten, Licht übrigens kommt auch nur von unten auf die Gesichter. »Bitte, wischen Sie sich das Blut ab«, sagt die Frau, schickt ihn ins Bad, und die Kamera, Brennweitenveränderung und Schwenk zugleich - mein Gott, ist das übel! -, zeigt Katze auf dem Klavier; Frau zieht sich Mantel an, wir haben es: Das kann nur Satire sein. Blick auf Fernsehapparat, schon wieder nah: Es brennt! Grübelfrau setzt sich ans Instrument, Mann kommt herein, grinst jetzt, Herr der Lage oder was - all das spricht von der verzweifelten Hoffnung, einerseits sich eine »Sprache« des Films gefügig zu machen und andrerseits schon vom Eifer dazuzugehören: Schuß/Gegenschuß/Schnittfehler, schreit der Student in uns, aber darauf kommt es jetzt auch nicht mehr an, noch ein seltsamer Schnitt, Helmut Griem ist jetzt wieder Regisseur: »Ton ab. Wolf Biermann. Mädchen in Stuttgart.« Jetzt kommt ein Alltime-Favorite des schlechten Geschmacks! Kamera im Bild, dann Kamerafahrt selber: Biermann: »Ich traf ein Mädchen, und das tat weh.« Und ach! das gläubige Mädchengesicht dazu. Und wie Mahler hat er die Formel parat: »Ich glaube«, niemand kann so »ich« sagen wie Biermann, »sie haben sich selbst und sie wurden so weit gebracht.« So wie Mahler einen Mythos des verfehlten Revolutionärs als übertriebenen Moralisten produziert, so produziert, um vieles schlimmer, Biermann nun einen Mythos des verlorenen heiligen und sündigen »Mädchens«.

Was in Faßbinders Beitrag verweigert wurde, ist hier schon wie auf einem Tablett präsentiert und in einer Ästhetik, die geradezu furchterregend Ufa-Rhetorik, Hollywood-Routine und Fernseh-Evidenz verbindet. Hat damals wirklich niemand darüber gelacht, wie Biermann sich allertreuesten Dackelblicks in eine Kamera hinein inszenierte, die so tat, als habe es nie einen Clair, einen Eisenstein, einen Fuller, einen Godard, als habe es überhaupt nie etwas anderes gegeben als Veit Harlan?

Noch furchtbarer wird diese Inszenierung durch die Behauptung, sie reflektiere bereits ihre Mittel. Die politische Gruppe der »Franziska Busch«, heißt es weiter, stellt einen Film her, »der in seiner Form an die politischen Filme der zwanziger

Jahre erinnern soll«. Erstens: Warum denn das? Zweitens: Die Bilder behaupten eher das Gegenteil: Jemand versucht, etwas herzustellen, was möglicherweise mit einem Pepsi-Cola-Clip zu tun hat, aber nicht mit dem Gewissen der Filmgeschichte. (Film im Film: Man sieht, wie eine rote Fahne verbrennt im Sog einer Windmaschine - Klaviermusik, Schwenk auf die Kamera, Überblendung zu »echtem« Revolutionsfilm.) Das tut weh, um Biermann aufzugreifen, und dann das Spiel mit den Motiven und immer die Filmrollen im Hintergrund: Wirklichkeit zu suchen, hat gar keinen Sinn. Wir haben einen Blick in die Zukunft der deutschen Audiovision geworfen.

Franziska Busch, heißt es nun, hat eigene Filmpläne, doch sie konnte weder ihren Freund, den Fernsehredakteur, noch ihre politische Gruppe von ihnen überzeugen. Schubert und Waldwinter - wir sind bei Edgar Reitz, plötzlich werden wir daran erinnert, daß es in allem Schrecken auch schöne Bilder gibt. Wir sind wieder in einem Moment des Filmemachens, Vadim Glowna reicht ein schneebedecktes Bäumchen in einen Wagen; ein Grenzer beugt sich ins Auto: »Sie, des war dene unangenehm, daß die den Schleyer gfunde habe.« Und dann sagt er: »Uff'd Mädle gebbe mer bsonnders acht«, als eine Frau vorfährt.

Wir kehren zurück zum Staatsakt, zu Begräbnis und Selbstfeier, gar in die Fabrikhallen, in denen vor allem »Gastarbeiter« beschäftigt sind. Wir sehen in verständnislose Gesichter. Doch für viele deutsche Menschen werden so Staat und Wirtschaft erst wirklich verständlich, jener wird aus dem Terrorismus geboren, seine Repression tritt an die Stelle des fehlenden Gesellschaftsvertrages. Rainer Werner Faßbinder hatte in seiner nächsten Umgebung, bei der Mutter wie beim Geliebten, nichts anderes erfahren als den Impuls, die »Terroristen« zu töten: mehr oder weniger öffentlich, mehr oder weniger exemplarisch.

Die Aufnahmen von den Beerdigungen der Terroristen sind dann wieder gespenstisch genug, um real zu sein. Eine Frau mit ihrem Kind, kleine Tochter mit langem, sehr langem Rock, hippiemäßig gekleidet, versucht per Anhalter von dem Ort wegzukommen, an dem Trauer, absurder Ordnungswille der Obrigkeit und letzter Trotz zusammenkamen, und der Text des Anfangs ist noch einmal da, ohne Quellenangabe diesmal, und noch deplazierter als zu Beginn, als er einer Frau am Ende des faschistischen Krieges zugeschrieben war: »An einem bestimmten Punkt der Grausamkeit angekommen, ist es schon gleich, wer sie begangen hat, sie soll nur aufhören.« Und Joan Baez singt dazu.

Dieses mythische Schlußbild nimmt in der Tat die Entwicklung des nächsten Jahrzehntes vorweg. Ein Erlösungsbild, das uns von der Widersprüchlichkeit der Gewalttätigkeit, der Unabgeschlossenheit der Ereignisse ablenkt - eine Denunziation im übrigen auch noch des Dargestellten durch Darstellung und Montage. Aber jetzt, freilich, ist gut reden. Jetzt, wo man es besser wüßte.

Konkret 09/97, S. 24

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe

Stammheim und die Linke

Ein halbes Jahr vor ihrem Tod in Stammheim meldeten sich die inhaftierten RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe ein letztes Mal öffentlich zu Wort - mit einer zweiteiligen Erklärung in KONKRET (2 und 3/77). Zum Schutz der Redaktion und der Anwälte, die die (unerlaubte) Kommunikation zwischen den Gefangenen und KONKRET besorgten, wurde der Text als Antwort auf Fragen eines freien Mitarbeiters von »Le Monde Diplomatique« deklariert. Nach Abschluß der langwierigen Redaktionsarbeit (die Anwälte mußten sich jede Kürzung, jede Korrektur von ihren Mandanten genehmigen lassen) ging in der Redaktion ein Briefchen ein - mit Dank und Gruß, gezeichnet »g.«. Die folgenden Auszüge aus Teil 2 der Erklärung, der auch im Original den Titel »Stammheim und die Linke« trug, dokumentieren eine bemerkenswerte politische Scharf- und Weitsicht der Autoren

Es gibt ein paar Signale von Widerstand - einen diffusen Mobilisierungsversuch gegen Repression. Aber die Linke hat Angst. Die kleinen, tendenziell subversiven Gruppen verdrängen den (Stammheimer) Prozeß. Sie wissen, daß es ihr Prozeß ist, daß es die Vietnamopposition der 60er Jahre ist, die hier endgültig liquidiert werden soll, daß der Staatsschutz mit der psychologischen Kriegführung gegen die RAF, wovon die Prozesse ein Teil sind und Stammheim die Spitze, jede Opposition meint. Also auch sie. Aber der Terror wirkt. Er agonisiert. Man hat Wut, aber steckt den Kopf in den Sand.

Von den maoistischen Gruppen hat der KBW den Prozeß wenigstens justizkritisch kommentiert. Daß die Rechtsbrüche, daß die Verrechtlichung der Isolationsfolter durch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht Signale von Krieg und Faschismus sind, faßt er nicht ... Diese Sekten wiederholen die Tragödie der III. Internationale nicht als Farce, sondern als Witz: Inzwischen propagieren sie mehr oder weniger offen die US-Militärstrategie: Stärkung der Nato, der Wehrkraft der Bundeswehr, so der Hegemonie des westdeutschen Imperialismus in Westeuropa als »Vaterlandsverteidigung«.

Das Problem der DKP wie der maoistischen Parteikarikaturen hier ist, daß das instrumentelle und ideologische Medium der institutionellen Strategie die totale Verrechtlichung ist, also auch das Parteiengesetz. An der Strategie der DKP stellt nichts den Staat des Kapitals in Frage. Ihre Linie und Funktion sind nicht revolutionär, sondern ein institutionelles Surrogat und in der Bundesrepublik eine besonders triste Politik der Degradation proletarischer Organisation - also des Moments von Klassenbewußtsein, das sie in der Illegalität noch war - zur Manövriermasse von Staatspolitik bzw. zu einer Frage der Beziehungen zwischen den Blöcken.

Wenn Mies, der Vorsitzende der DKP, genau in einem Moment, in dem die Bundesrepublik nach innen und außen offen als Protagonist des neuen Faschismus auftritt, vor allem die erstaunliche Message drauf hat, »daß wir Kommunisten auch Menschen sind«, spricht er von diesem Elend: einer proletarischen Partei, die nach den Erfahrungen von 33, statt gegen die Internationalisierung der faschistischen Doktrin »innere Sicherheit« im internationalen Kontext des Widerstands mit allen Mitteln zu kämpfen, die Koexistenzpolitik besingen muß ...

(Die DKP) durfte also den durch die SPD als Regierungspartei integrierten Teil ihrer Geschichte, den alten Antifaschismus - die authentische Bündnislinie ihrer Defensive, mit der sie im Nationalsozialismus und im Kalten Krieg überwintert hatte - hochhalten; das Versprechen ihrer illegalen Politik und des proletarischen Widerstands im Dritten Reich hat sie dementiert. Ihr Programm und ihren Namen hatte sie - praktisch nach Maßgabe der SPD - zu ändern, was übrigens - soviel ich weiß - einer der Gründe ist, warum Ulrike, die früher in z. T. wichtigen Funktionen in der illegalen KPD gearbeitet hat, 1968 mit ihr gebrochen hat ...

Das Problem des Widerstands ist das Problem der allgemeinen Entpolitisierung der Linken - ihrer Liquidierung des Internationalismus. Es ist ja real eine Frage der Entscheidung für die proletarische Situation, die Frage des Bruchs mit diesem System, der Seite, auf der man steht,

· ob der Schmerz, der Zorn über die Verelendung und Entfremdung hier uns auf die Seite der Slums, der Ghettos, Reservate, Lager, Trakts, auf die Seite der Besitzlosen bringt, auf die Seite, die die Frage nach einem anderen Leben als Machtfrage stellen muß,

· oder ob es der Blick aus einem Milieu ist, das zwar ein Ghetto, aber so, wie die zerfallene Linke ihre Resignation kultiviert, auch ein Freiraum, eine Idylle ist, privilegiert, aus deren Konflikten, ihrem Mittelstandscharakter nach, zu keinem politischen Begriff von Imperialismus, imperialistischem Staat und proletarischer Politik zu kommen ist.

Tatsächlich hat nicht mal die Kampagne gegen die Berufsverbote den Staat thematisiert, was für ein Staat und wessen Staat die Linke aus dem Öffentlichen Dienst raussäubert. Die neue Linke hat den Marsch durch die Institutionen 68 mit der Behauptung einer strategischen Perspektive angetreten. Obwohl die Ambivalenz, ob »revolutionäre Berufsperspektive« nicht nur ein anderes Wort für »Beamtenbesoldung« ist, schon damals drin war ...

Brandt erkannte 72/73 Staatsverdrossenheit daran, daß bis zu 20 Prozent der Erwachsenen bereit waren, ins Gefängnis zu gehen - »strafrechtliche Verfolgung in Kauf zu nehmen« -, um einen Illegalen aus der RAF eine Nacht vor der Polizei zu schützen ... Diese Erfahrung und das Legitimationsdefizit, das sie bedeutet, mit allen Mitteln der Repression und Manipulation zurückzurollen, ist eine wesentliche Funktion der Prozesse. Sie sollen die Bevölkerung an den Ausnahmezustand als Normalzustand gewöhnen, daran, daß, wer Widerstand leistet, vernichtet wird. Innenpolitisch klappt das auch ...

»Nichtstaatliche Gewaltanwendung« zu ächten bedeutet, daß das Moment revolutionärer Umwälzung, das als Widerstandsrecht in bürgerlichen Verfassungen vermittelt und tradiert ist, eliminiert wird, d. h. praktisch, politische Opposition, die klassischen und neuen politischen Delikte kriminalisiert werden, das politische Asyl beseitigt und das Widerstandsrecht und damit die Essenz der Menschenrechte - daß Rebellion legitim ist, um sie durchzusetzen aufgehoben werden soll.

Zwischen der Tatsache, daß die Gefangenen unter der enormen Repression nicht zusammengebrochen sind, und der allgemeinen Entpolitisierung der legalen Linken gibt es nicht viele Vermittlungen. Die Prozesse werden hier wenig Wirkung haben. In ihnen beherrscht der Staatsschutz total das Bild, und sie sind bis ins Detail durchprogrammiert. Man muß kämpfen, weil man immer kämpfen muß

Konkret 09/97, S. 26

Otto Köhler

Der dritte Denunziant

20 Jahre nach dem Deutschen Herbst ist von dem ehemaligen SS-Führer und späteren Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer nur das Opfer der RAF übriggeblieben

Vormittags, am 29. Mai, waren die drei Denunzianten beim Parteigenossen Friedrich Metz, dem Rektor der Universität Freiburg, erschienen: Man habe Angelegenheiten des Studentenwerks zu besprechen. Bald geriet man ins Plaudern: Über die Ausschmückung der Universität am Fronleichnamstag durch katholische Studenten und über einen Sportwettkampf am Nachmittag zwischen Freiburger und Basler Studenten. Dann gingen sie.

Noch am gleichen Tag schrieben die drei Denunzianten einen Brief an die vorgesetzte Behörde des Rektors Metz, an das Kultusministerium von Baden. Der Brief beanstandete, daß »ein Teil der Universität Freiburg am Fronleichnamstag geschmückt war«. Rektor Metz habe auf Vorhaltungen geäußert, »er könne dagegen nichts machen; außerdem seien die katholischen Dozenten und Studenten auch Deutsche, die zu uns gehörten ... !« In diesem Zusammenhang merkten die drei Denunzianten an, daß »nach Aussagen von verschiedenen Männern die Universität Freiburg am 1. Mai nicht geschmückt war« - den die Nazis zum nationalen Feiertag erhoben hatten.

Man schrieb nämlich das Jahr 1937, und so war der Höhepunkt der Anschwärzung dies: Rektor Metz habe dem gerade in Freiburg anwesenden Reichsstudentenführer Gustav Adolf Scheel verboten, vor den Teilnehmern eines Sportwettkampfs zwischen den Universitäten Freiburg und Basel zu sprechen. Die drei Denunzianten: »Zu dieser Frage äußerte sich Rektor Metz folgendermaßen: Der Reichsstudentenführer darf unter gar keinen Umständen zu den Studenten sprechen ... - es sei auf die Gefühle der Gäste aus der neutralen Schweiz Rücksicht zu nehmen! - Uns wäre es auch nicht recht, wenn wir in Basel von Sozialdemokraten (!) empfangen würden.«

Die Namen von zwei der drei Denunzianten kann man im zweiten des auf viele Bände angelegten und noch unvollendeten Monumentalwerkes *Universität unterm Hakenkreuz* von Helmut Heiber nachlesen. Einer war der Gaustudentenführer Richard Oechsle, der zweite der NS-Studentenführer Gernot Gather. Doch den Namen des Dritten nennt Heiber nicht, und das bedeutet viel. Wenn nämlich ein konservativer, aber unerschrockener und sich mit Gewißheit eigentlich nur der historischen Wahrheit verpflichtet fühlender Mann wie dieser Historiker es für angemessen hält oder halten muß, den Namen des dritten Denunzianten nicht zu nennen, dann sagt das allerlei über den Zustand dieses Landes im Jahr 20 nach dem Deutschen Herbst. Denn Heiber hätte allerdings an *das* Tabu der Republik gerührt, er wäre ihrem Blutzeugen zu nahe getreten, wenn er den Namen dieses dritten Denunzianten genannt hätte.

»Es entsprach ganz seiner Freude am Dialog« - beurteilte 50 Jahre später sein Biograph den »mit einer ungewöhnlichen Kommunikationsfähigkeit« ausgestatteten dritten Denunzianten -, »daß er zur lebendigen Auseinandersetzung in der Suche nach dem richtigen Weg aufforderte.« Wobei es wichtig war, daß - wie der Biograph betonte - der dritte Denunziant Anhänger jener »Denkweise« war, die »zunächst einmal nach Erkenntnissen sucht und dann erst nach den darauf bezogenen Richtungen des Handelns fragt«. Tatsächlich, kaum lagen die richtigen Erkenntnisse über Rektor Metz vor, mußte er sein Amt verlassen. Wer aber war sein dritter Denunziant, und warum wurde sein Name nicht preisgegeben?

40 Jahre nach der Denunziation des Freiburger Rektors, 1977, untersagte der Hamburger Schulsenator Günter Apel den Hamburger Lehrern, etwaige »dunkle Punkte« im Leben des Hanns Martin Schleyer auszuleuchten. Die RAF hatte soeben ihre übelste Tat vollbracht. Sie hatte Schleyer ermordet und ihn damit aus einer Symbolfigur der deutschen Kontinuität zu jenem Märtyrer des Nachfolgestaates gemacht, der Horst Wessel für das Vorgängerreich gewesen war. Der Unterschied: Schleyer, der schon 1931, als 16jähriger Schüler, in Rastatt der Hitlerjugend beigetreten war, trug, als er 1933 die Universität Heidelberg bezog, nicht die braune Uniform der SA, sondern die schwarze der SS (Mitgliedsnummer 221714) mit dem Goldenen Ehrenzeichen. Seine Motive waren verständlich und galten über das Ende seines Lebens hinaus gerade - in seiner beruflichen Position als ehrbar. Schleyer beim Empfang des Präsidiums der deutschen Arbeitgeberverbände aus Anlaß seines 60. Geburtstags: »Es kam die Zeit des Dritten Reiches, bei dessen Ausbruch ich 17 Jahre alt war, und ich scheue mich gar nicht zu erklären, daß für uns Jugendliche damals ein Auftrieb sichtbar wurde, dem wir uns zur Verfügung stellten: Ich trat sofort in den freiwilligen Arbeitsdienst ein und freute mich in Wirklichkeit auch darüber, daß der Klassenkampf, der sich in den furchtbarsten Formen auf den Straßen abgespielt hatte, nun ein Ende nehmen konnte.«

Schleyers Biograph Fritz Lüttgens, der seine staatsbürgerlich wertvolle Mühewaltung *(Hanns Martin Schleyer - eine Verkörperung der sozialen Markwirtschaft)* bescheiden eine »soziologische Studie« nennt, entstammt der berühmten Schule des Würzburger Gelehrten Lothar Bossle, dessen wissenschaftliche Tätigkeit dem Ruf der ortsansässigen Universität weit über die Bundesrepublik hinaus einen ganz eigentümlichen Klang verleiht. Bossle akzeptierte das Werk 1987 - mutmaßlich freudig - als Dissertation, und sein kongenialer Kollege Dieter Blumenwitz, bekannt aus Gutachten, spielte den Korreferenten. Lüttgens kommt zu dem Ergebnis, daß sich schon in Schleyers Studentenzeit dessen »ausgeprägtes Interesse an den sozialen Zusammenhängen der modernen Welt und den Institutionen des Staates« gezeigt

habe. Das läßt sich ohne Zweifel so sagen. Lüttgens: »So begann er sich für das Studentenwerk zu engagieren und zwar so erfolgreich, daß er später dessen Leitung übernahm.«

Schleyer war zugleich Beauftragter des SD für den Universitätsbereich und mischte sich, wo es ihm nötig schien, auch in die Angelegenheiten der Nachbaruniversität Freiburg ein. Daß deren Rektor Metz seinen Freund, den Reichsstudentenführer Scheel, mißachtet hatte, war eine Provokation, die nicht ungesühnt bleiben durfte. Denn Schleyer besaß neben seiner Ehre als SS-Mann auch noch einen ganz besonderen Ehrenstandpunkt. Außer der schwarzen Uniform trug er bald auch das Kostüm des blutigen Corps Suevia im Kösener SC. »Blutig« nannten sich damals die Mitglieder solcher Vereinigungen selbst, weil sie ihren Ehrenhöhepunkt im wechselseitigen Zerhacken ihrer Gesichter fanden und immer noch finden.

Nach Schleyers Ermordung durch die RAF erklärte der Vorort im Kösener SC-Verband: »Alle Kösener Corpsstudenten in Deutschland und Österreich trauern um Hanns Martin Schleyer ... Er hatte Freunde überall dort, wo er wirkte; seine wenigen Gegner achteten ihn stets. Todfeinde hatte er nur unter den Terroristen, die unser aller Todfeinde sind.« Der Vorort unterstrich: »Hanns Martin Schleyers Verdienste um sein Corps Suevia in Heidelberg sind Verdienste um das Corpsstudententum in schwieriger Zeit gewesen! Wo er seine Spuren hinterlassen hat, werden sie unauslöschlich bleiben.«

Richtig ist, wo Schleyer seine Prinzipien der Auslese verwirklichte, hatte er bald keine Feinde mehr. »Auslese bedingt immer zugleich Ausmerze«, schrieb er 1937 im *Hochschulführer der Universität Heidelberg* und verlangte: »Wenn sich alle jungen Semester, die ehrlich bemühte Nationalsozialisten sind, denen die Ehre unantastbar ist, und die bereit sind, sich überall und immer für Volk und Bewegung und nicht zuletzt für unsere nationalsozialistische Hochschule einzusetzen, in den Kameradschaften finden, ist von selbst kein Raum mehr für jene, die diesen Anforderungen charakterlich oder politisch nicht genügen.«

Corpsbruder Schleyer machte unter Anrufung des Führers klar, wie eng sich das Ideengut der blutigen Korporationen mit denen des deutschen Faschismus verbinden ließ: »Mit besonderem Nachdruck wird auf die Durchführung der unbedingten Satisfaktion gesehen werden. Der Führer selbst hat bei der Zehnjahresfeier des NSDStB (Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes) im Januar 1936 unseren Ehrenstandpunkt verkündet: daß Ehre nur durch Blut wiederhergestellt werden kann.« Als er das schrieb, hatte Schleyer schon das einzige Corps, das treu zu seinen Mitgliedern stand, das Corps Vandalia, an seine NS-Parteigenossen verraten: »Corps ohne Maske. Ein Nationalsozialist zieht die Konsequenzen« - so überschrieb »Der Heidelberger Student« im Sommersemester 1935 einen offenen Brief von Schleyer an den Verbandsvorsitzenden des Kösener SC, Dr. Max Blunck. Dort rühmte sich Schleyer, daß er sich schon als Schüler nationalsozialistisch betätigt habe: »Ich muß es allerdings ablehnen, daß man den Begriff der Treue, der uns Deutschen heilig ist, in irgendeiner Weise mit Juden in Verbindung bringt, und ich werde es nie verstehen können, daß ein Corps aus der Auflage, zwei Juden aus der Gemeinschaft zu entfernen, eine Existenzfrage macht.«

In seinem Brief an den SC-Vorsitzenden kritisiert Schleyer aber die traditionellen Formen verbindungsstudentischen Lebens, »denn kranke Formen aus vergangener Zeit zerbrechen heute«; den Corps fehle ganz einfach »der Wille zur nationalsozialistischen Leistung«. Mehr noch, man habe ihm den Vorwurf gemacht, er verhalte sich »uncorpsstudentisch«, zugleich sei er für vier Monate und dreizehn Tage in Verschiß - Schleyer formulierte: in »SC-Verruf« - geraten. Weil ihn somit seine eigene Verbindung an der Arbeit für die Durchsetzung des Nationalsozialismus behindert habe, erklärte Hanns Martin Schleyer seinen Austritt aus dem Corps Suevia, das ihn als Erstchargierten vorgesehen hatte.

Nach dem Krieg war Schleyers Verrat am eigenen Corps schnell vergessen. Das gemeinsam vergossene Blut überwand die vorübergehenden Zwistigkeiten von gestern. Nicht umsonst hatte Schleyer seine akademische Sozialisation durch Fritz Ries erfahren, den später so erfolgreichen Arisierer (»Miguin - Jetzt arisch!« warb er für seine Kondom-Produktion) und Nachkriegs-Gründer der Pegulan-Werke. Ries war der politische Ziehvater von Helmut Kohl. »Wenn ich nachts um zwei anrufe, muß er springen«, sagte er, als der spätere Kanzler 1969 Ministerpräsident in Mainz wurde. Und Ries war der Fuchsmajor von Hanns Martin Schleyer.

Das erklärt viel. Keine Beziehung im Korporationswesen prägt einen jungen Menschen stärker als das Verhältnis von Fuchs zu Fuchsmajor. Sklavischer Gehorsam ist verlangt, der sich oft bis in hündische Ergebenheit hineinsteigert. Ries begnügte sich nicht mit dem Zerhacken von Gesichtern. Sein Blutdurst war größer, seine Suevia-Ehre verletzlicher. Leibfuchs Schleyer mußte ihm die Pistole zu einem der letzten Schieß-Duelle im Dritten Reich tragen. Ries starb 1977 durch Selbstmord mit der eigenen Waffe - auf den Tag genau drei Monate vor Schleyers Ermordung.

Die blutigen Seilschaften von damals hatten die schlimme Zeit der Katastrophe von 1945 überstanden. Auch wenn sie nicht mehr eine gemeinsame NSDAP-Mitgliedschaft verband, Schleyer blieb seinem Fuchsmajor treu, zog als verläßlicher Vizechef in den Aufsichtsrat der Pegulan AG und gehörte als einer der ersten zu den vielen Größen aus Wirtschaft und Politik, die in der Frankenthaler Ries-Villa ihre Feldzugspläne gegen die sozialliberale Koalition Willy Brandts schmiedeten.

So wie Schleyer im Heidelberger Studentenwerk und SD als Multifunktionär tätig war, so vereinte er zuletzt in Personalunion drei entscheidende Funktionen der bundesdeutschen Wirtschaft: Vorstandsmitglied von Daimler-Benz (1963), Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (1973) und Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (1977). Und seine Blut-Bande hielten die deutsche Wirtschaft zusammen. Das »manager-magazin«: »Selbst wenn BDA-Präsident Schleyer mit dem derzeitigen Bundeswirtschaftsminister verhandelt, hat er es mit einem Verbandsbruder aus dem Kösener zu tun.«

Die Grundsätze der Menschenführung, die er sich als Leibfuchs von Fritz Ries erworben hatte, hat Schleyer besonders schlagend bei der Aussperrung im Jahr 1971 praktiziert, als er mit brutaler Härte gegen die streikenden baden-württembergischen Metall-Arbeiter vorging. Die - wie Schleyer in einem »Spiegel«-Interview formulierte - »artgemäße Führung« erlaubte nun mal keine »volle Mitbestimmung« durch die »Belegschaft«, eine Teilhabe durch den schon vorhandenen Betriebsrat und ein Drittel Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat war für seine Vorstellungen von etwaigen Arbeitnehmerrechten schon »optimal«. Schleyers Begründung: »Wenn man der Meinung ist, daß unsere derzeitige Ordnung im wesentlichen auf dem Eigentum basiert und das Eigentum eines der entscheidenden Ordnungselemente ist, dann ist die Mitbestimmung ein Angriff auf diese Ordnung, denn sie ist zweifellos ein Angriff auf die Funktion des Eigentums.«

Seine Unternehmerkarriere hatte Schleyer im Auftrag des SD-Chefs Reinhard Heydrich in Prag begonnen. Der sorgte 1941 dafür, daß der damals 26jährige SS-Hauptsturmführer Schleyer die Leitung des Präsidialbüros des »Zentralverbands der Industrie für Böhmen und Mähren« übernahm. Als Schleyer - eigentlich Gerichtsreferendar - von den zuständigen Behörden im Alt-Reich aufgefordert wurde, seinen normalen Dienst aufzunehmen, schrieb er empört: »Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier festhalten. ... Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, der ständige Einsatz für die Bewegung, auch nach der Machtübernahme, haben uns früher als sonst üblich in Verantwortung gestellt. Diese Aufgabe glaube ich hier im Protektorat gefunden zu haben ... Heil Hitler!«

Von der Einberufung zur Wehrmacht blieb Schleyer freigestellt. Auf Intervention seines Schwiegervaters, des SA-Gruppenführers Dr. Ketterer, wurde er als »unabkömmlich« eingestuft, denn er war »bewährter« - diese Vokabel erweist sich als zeitlos - »SS-Führer aus der Kampfzeit mit besonders wichtigen politischen Aufgaben in Prag«.

Der verstorbene Schriftsteller Bernt Engelmann hat frühzeitig und in zahlreichen Veröffentlichungen dazu beigetragen, die dunklen Punkte in der Karriere des Hanns Martin Schleyer aufzuklären. Sein erstmals 1974 veröffentlichter Dokumentarroman *Großes Bundesverdienstkreuz* über den Kreis um Ries, Strauß, Kohl und Schleyer erregte Aufsehen, einige der dort Porträtierten klagten, mit wenig Erfolg. Schleyer unternahm nichts. Dem »Stern« erklärte er zu Engelmanns Vorwürfen: »Warum. sollte ich klagen? Es stimmt ja alles.« 1987 bezeugte Engelmann in der erweiterten Neuauflage *Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern,* daß Schleyer in einem Gespräch mit ihm geäußert habe, er sei tatsächlich »ein SS-Haudegen, ein toller Hecht, auch der letzte Kampfkommandant von Prag gewesen«. Und schmunzelnd habe er hinzugefügt: »das Schlimmste« habe er, Engelmann, ja »nicht herausgekriegt«.

Engelmann recherchierte in Prag, was dort über den letzten Kampfkommandanten bekannt war. Tschechische Zeugen beschrieben ihn als einen »gedrungenen breitgesichtigen Mann mit dicken Lippen«, dessen Name jedenfalls mit einem Sch-Laut begann und auf »Meier oder so ähnlich« endete. Dieser Kampfkommandant hatte Prag als mutmaßlicher Massenmörder an Frauen und Kindern verlassen. Engelmann ermittelte: Am 5. Mai 1945, zwei Tage vor der deutschen Kapitulation, umzingelten tschechische Aufständische ein Schulgebäude, in dem sich eine SS-Abteilung verschanzt hatte, die 20 Geiseln in ihrer Gewalt hatte. Ein Parlamentär handelte freien Abzug für die Geiseln aus gegen Garantien für die SS-Leute. Der SS-Kampfkommandant verlangte, daß man seine Frau und sein Kind aus der Wohnung herbeibringe. Sie wurden gegen die Geiseln ausgetauscht, und die tschechischen Aufständischen zogen sich vereinbarungsgemäß zurück. Am nächsten Morgen richtete die SS in unmittelbarer Nähe des Schulgebäudes ein Massaker an: 41 Menschen, unbewaffnete ältere Männer, Kinder unter drei Jahren und Frauen, darunter zwei Hochschwangere, waren die Opfer.

Am 7. Mai 45, während in Reims die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet wurde, hatten sich die Mörder mit neuen Geiseln abermals in einem Schulgebäude verschanzt - es gab neue Verhandlungen mit ihrem Kornmandanten. Engelmann: »Bei diesem - wahrscheinlich letzten - SS-Kommandanten, einem nach tschechischen Angaben etwa dreißigjährigen Mann mit Mensurnarben ... soll es sich um den für das Massaker Verantwortlichen, der daran auch persönlich teilgenommen hatte, gehandelt haben.«

Hanns Martin Schleyer war nach Engelmanns Ermittlungen der einzige SS-Führer in Prag, auf den die Beschreibungen paßten: Er war dreißig Jahre alt, durch Schmisse gekennzeichnet, verheiratet, sein Sohn zählte sieben Monate. Vor Erscheinen der zweiten Ausgabe seines Buches schrieb Engelmann am 1. Juni 1987 dem mittlerweile 42jährigen Schleyer-Sohn Hanns-Eberhard, damals Chef der rheinlandpfälzischen Staatskanzlei. Die Reaktion des Sohnes: Er halte es für »völlig ausgeschlossen«, daß sich der Vater als »letzten Kampfkommandanten von Prag« bezeichnet habe. Doch rechtliche

Schritte unternahm er nach Erscheinen des Buches nicht. Auch nicht, als Engelmann 1989 die Ergebnisse seiner Prager Recherchen in dem Buch *Rechtsverfall, Justizterror und das schwere Erbe* wiederholte.

Die Familie Schleyer konnte sich auf das Schweigen der Medien verlassen. Und auf den Biographen. Bossle-Schüler Lüttgens 1987: »Die Zeit von 1942 bis Kriegsende umfaßte die ersten beruflichen Lehrjahre von Hanns Martin Schleyer. Durch sein soziales Engagement während seiner Studienzeit hatte er bereits Kontakt zum >Centralverband der Industrie in Böhmen und Mähren< mit Sitz in Prag.« Soziales Engagement - Schleyer war dem Chef des Reichssicherheitshauptamts Reinhard Heydrich, dem Organisator der »Endlösung«, durch seine Zuverlässigkeit im Dienst des SD aufgefallen. Nachdem Heydrich im September 1941 das Amt des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren übernommen hatte, folgte Schleyer 1942 nach, um die Kontrolle und Ausbeutung der tschechoslowakischen Industrie zu übernehmen.

Seine Kompetenzen waren umfassend. Als Leiter des Präsidiums des Industriezentralverbandes erteilte er zuletzt sogar - am 12. April 1945 - dem Ministeramt in Prag Anweisung für den »R-Fall«, gemeint war das Vordringen der Roten Armee. Biograph Lüttgens: »Am 5. Mai 1945, wenige Stunden nach Gelingen des tschechischen Aufstandes, konnte Schleyer sein Amt noch in Ruhe einem tschechischen Kollegen übergeben und das Protektorat ungehindert verlassen. Im nachhinein sagte er zu dieser Zeit: >Es kam der Krieg, es kamen die eigenen Kriegserlebnisse, es kam nach meiner Entlassung - nach einer Verwundung - meine Versetzung nach Prag und mein wahrscheinlich dort schönstes Erlebnis, als es mir gelang, als junger Mann im Verein mit vier anderen zu verhindern, daß der >Verbrannte Erde-Erlaß< im Protektorat durchgeführt wurde, weil wir nicht einsehen konnten, daß die Arbeitsstellen derer, die auch im Krieg treu ihre Pflicht erfüllt hatten an ihrem Arbeitsplatz, nun bei unserem Ausrücken zerstört wurden.<«

Lüttgens Resümee: »Daran läßt sich ermessen, daß die Arbeit Schleyers für den Centralverband, die auf rein wirtschaftlichem Gebiet lag, aufgrund ihres Erfolges für die tschechische Industrie sehr wohl von tschechischer Seite nicht nur geschätzt, sondern auch anerkennend honoriert wurde.« Zu bedenken aber ist: Die Opfer des letzten Kampfkommandanten von Prag hatten mit einiger Sicherheit ihre Pflicht am Arbeitsplatz nicht erfüllt.

Konkret 09/97, S. 32

Zu Protokoll

»Lohnverzicht oder Massenarbeitslosigkeit für immer?« Zur Beantwortung dieser Frage trat am 29. Juni in der Sat.1-Sendung »Talk im Turm« der ökonomische Sachverstand dieses Landes gleich in vierfacher Ausfertigung an. Es diskutierten unter der Leitung von Erich Böhme: Walter Riester (IG Metall), Oskar Lafontaine (SPD-Chef), Hans Peter Stihl (Prosident des Deutschen Industrie- und Handelstages) und Martin Walser (Schriftsteller). KONKRET dokumentiert Auszüge aus der Debatte

Böhme: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiß Gott nicht rosig. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung scheint Illusion, der Kanzler Kohl, der mal versprochen hatte, bis zum Jahrtausendwechsel die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren, hat inzwischen zurückgezogen. Ein Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß in gut zehn Jahren die Hälfte aller einfachen Arbeitsplätze weggefallen sein wird. Wie wird ein demokratisches Staatsgebilde mit Dauerarbeitslosigkeit fertig? Wir wollen mal den Versuch machen, uns Vorschläge anzuhören, wie man die Massenarbeitslosigkeit abbauen kann. Herr Walser, normalerweise sitzen Sie ja am Bodensee und schreiben Bücher. Sie haben sich Gedanken gemacht, wie man die Massenarbeitslosigkeit wegkriegt. Sie empfehlen einen massiven Lohnverzicht. Können Sie uns mal erzählen, wie Sie sich das vorstellen?

Walser: Also, das Wort »Lohnverzicht« käme mir nie über die Lippen, weil es mir zu negativ klingt. Ich habe, wie alle anderen auch, 15, 20 Jahre lang die Nachrichten konsumiert. Ich habe im Jahre 1981 ein Arbeitslosenstück geschrieben, weil damals stand in der Zeitung: »Trotz auflebender Konjunktur Zunahme der Zahl der Arbeitslosen.« Und dann habe ich halt in einem Interview einfach einmal gesagt.. dieses ewige Tarifpartnerwesen, dieses Voreinandersitzen an Tischen und dieses Über-die-Prozente-Sprechen, das kam mir vor wie ein Dilemma. Da bewegt sich nichts mehr. Ich habe gedacht, warum könnte man nicht als Gewerkschaft die Arbeitskraft, die man organisiert, die man verwaltet, warum könnte man sie nicht behandeln wie Kapital, wie Geld. Man setzt sie so ein, man macht mit den Unternehmern Verträge; allerdings Voraussetzung dazu wäre, daß man weggeht von diesen Flächentarifverträgen, für alle Metaller und so weiter. Man macht möglichst betriebsnahe maßgeschneiderte Verträge, und die Arbeiter sagen, wir arbeiten drei Jahre oder sechs Jahre zu dem und dem Tarif Aber das, worauf wir da momentan verzichten, das wird uns gutgeschrieben...

Böhme: Wenn Sie sagen, »zu dem und dem Tarif«, meinen Sie einen niedrigeren.

Walser: Ja, ja. Das ist aber nicht ein Verzicht, sondern das ist eine Investition. Und wenn die Konjunktur dann wieder zunähme... die Unternehmer müßten sich verpflichten, daß sie in der Zeit dann keinen Arbeitsplatz exportieren, das war mein Hauptmotiv. Wenn das überhaupt nicht klappen sollte, dann ist unser Modell eher trübsinnig dran und kommt mir vor als reformbedürftig.

Böhme: Herr Riester, würden denn Ihre IG-Metaller auf dieses Eis gehen?

Riester: Ich glaube nicht. Ich habe den Vorschlag von Herrn Walser mit Interesse gelesen. Er hat gesagt, wenn die Konjunktur wieder anzieht, müßten die Unternehmer dieses Geld dann verzinst zurückzahlen.

Böhme: Was sie vorher nicht ausgezahlt haben. Machen wir ein Beispiel: 20 Prozent weniger Lohn jetzt, und in zwei Jahren, wenn es Herrn Stihl hervorragend geht, dann zahlt er 20 Prozent auf den normalen Tariflohn drauf So.

Riester: Ich habe den Vorschlag gelesen. Zuerst mal ist das Problem, daß die Beschäftigten keine Banken sind, die Geld verleihen. Und meine Erfahrung ist, Herr Walser, wenn wirklich Lohn abgebaut wird - und wir haben ja solche Fälle, auch unterhalb des Tarifs -, dann bauen die Unternehmen das nicht ab, um das später verzinst wieder zurückzuzahlen - dann könnten sie das Geld gleich bei der Bank holen -, sondern sie bauen das ab und behalten das. Und im Regelfall bedeutet dieses nicht ein Mehr an Arbeitsplatzsicherheit. Also dieser Vorschlag ist von Ihnen zwar gut gemeint, aber die Realität, die ich erfahre, ist eine andere.

Walser: Aber es gibt in der Zwischenzeit, zum Beispiel bei Herrn Stihl, da schon so maßgeschneiderte Verträge, die nicht mehr flächendeckend sein wollen, und das, was man bei Ihnen das flexible Arbeitszeitkonto nennt. Von 150 Plus- bis 100 Minus-Stunden. Das sind alles solche Sachen, wie ich das meine.

Riester: Das wird aber mit bestehenden Tarifverträgen gemacht. Wir haben auch maßgeschneiderte. Sie haben sicherlich gehört, daß man bei VW einen Tarifvertrag gemacht hat, so was wie einen Generationenvertrag, wo ältere Mitarbeiter früher raus können, und VW sagt, wir können damit tausend junge in die Ausbildungsverhältnisse nehmen und dann in den Arbeitsprozeß.

Böhme: Herr Stihl, wie ist das bei Ihnen, wäre so etwas zu machen? Es klingt doch zunächst überzeugend. 20 Prozent weniger Lohn jetzt, würde Ihnen doch schon einen Wettbewerbsvorteil bringen.

Stihl: Das ist eine Möglichkeit unter vielen. Aber lassen Sie mich grundsätzlich mal sagen, daß wir in Deutschland genügend Arbeit haben. Nur nicht zu den Kosten, die wir derzeit dafür verlangen. Das Kartell, das besteht zwischen

Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Form eines Flächentarifvertrages, ist zunehmend überholt. Und das zeigt sich dadurch, daß immer mehr Firmen an den bestehenden Tarifverträgen vorbei, vielleicht teilweise auch gerade noch innerhalb dieser Tarifverträge, separate Abmachungen treffen, um Arbeitsplätze halten zu können, um weltweit auch weiterhin konkurrenzfähig zu sein. Wenn man das erreichen will, wenn wir also mehr Beschäftigung schaffen möchten, dann müssen wir vor allen Dingen das Kostenproblem angehen. Das kann man angehen über Lohnzurückhaltung. Die letzten Lohnabschlüsse für die Jahre 97 und 98 verdienen die Bezeichnung »maßvoll«. Auch deswegen können wir in der Zwischenzeit wieder mehr beschäftigen. Aber über eines müssen wir uns im klaren sein: Geringwertige Arbeit, die wir in Deutschland natürlich auch anbieten können, können wir nicht mit den jetzt geltenden Tariflöhnen bezahlen.

Böhme: Herr Ministerpräsident Lafontaine, Sie wollen doch Kanzler werden. Und wenn Sie das werden wollen, dann haben Sie ja irgendeine Vorstellung, wie Sie mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit fertig werden. Vielleicht könnten Sie da einen Zipfel von rausgucken lassen. Neues Denken muß ja wohl sein.

Lafontaine: Ja, neues Denken muß sein, denn wir haben uns in Deutschland aufgrund einer falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in immer größere Schwierigkeiten gebracht. Diese falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik geht beispielsweise davon aus, daß Autos Autos kaufen, oder Stihlsägen kaufen Stihlsägen. Das ist aber nicht wahr. Die Wirklichkeit ist so, daß gut verdienende Arbeitnehmer Autos oder Stihlsägen kaufen. Wenn wir diesen Zusammenhang nicht mehr sehen, und wenn wir übersehen, daß wir seit 1989 keinen Zuwachs mehr bei Reallöhnen haben, dann werden wir niemals erfolgreich sein. Die Länder, die Erfolge haben, wie die Vereinigten Staaten beispielsweise, haben die Löhne der Produktivität folgen lassen. Wir haben hier einen Durchhänger seit etwa sechs, sieben Jahren, und wenn wir diesen Unsinn nicht aufgeben, daß wir meinen, durch die Schwächung der Massenkaufkraft würden wir etwas gewinnen, dann werden wir bei noch höheren Arbeitslosenzahlen landen.

Stihl: Was Herr Lafontaine hier sagt in Bezug auf die USA, ist schlicht unrichtig. Wir müssen feststellen, daß in den USA über Jahre hinweg die Realeinkommen nicht gestiegen sind. Und wir müssen ebenso feststellen, das kann ich als praktizierender Unternehmer sehr genau belegen, daß wir in den vergangenen sieben, acht Jahren keineswegs nur normal zunehmende Kosten hatten, sondern überproportional zunehmende Kosten, und wenn ich mir mal den Tarifabschluß im Jahre 1995/96 anschaue, dann ist der dafür verantwortlich, daß die damals anlaufende Konjunktur überhaupt nicht in die Gänge kam, sondern daß sich die IG Metall weiterhin als Arbeitsplatzvernichter profiliert hat...

Böhme: Ihr habt die Arbeitsplätze vernichtet?

Riester: Herr Stihl profiliert sich immer mit solchen Sprüchen. Ich habe vorhin ein ganz konkretes Beispiel genannt, das nicht der Arbeitgeberverband, sondern die IG Metall in der letzten Woche gemacht hat: tausend Arbeitsplätze für junge Menschen, ermöglicht durch eine Vereinbarung mit VW Das sind konkrete Beispiele. Mosaiksteine, wie man rangehen muß.

Stihl: Sie haben doch, beginnend im Jahr 1990, mit völlig realitätsfernen Tarifabschlüssen dafür gesorgt, daß nicht nur die Wiedervereinigung relativ schlecht verkraftet wurde, sondern daß darüber hinaus auch die Konkurrenzfähigkeit am Standort Deutschland massiv beschädigt worden ist. Das war die Leistung der Tarifpolitik dieses Kartells von der IG Metall.

Riester: Also jetzt wollen wir mal den Sprüchen ein paar Fakten entgegensetzen. Im Jahr 1991 hat die Metallindustrie der Bundesrepublik 105 Mrd. Exportüberschüsse gehabt. Im letzten Jahr waren es 163 Mrd., also rund 60 Mrd. Steigerung. Und da redet dieser Herr hier von einer Vernichtung der Wettbewerbsfähigkeit. Das ist schlicht albern.

Stihl: Das ist keineswegs albern. Wenn Sie in den Betrieben mal nachschauen, wieviel die Betriebe in der Zwischenzeit im Ausland einkaufen, dann ist diese Exportleistung der deutschen Wirtschaft natürlich vor allen Dingen auch durch niedrige Preise von Teilen, die im Ausland beschafft wurden, gewährleistet worden.

Riester: Außenhandelsüberschuß entsteht doch nicht dadurch, daß ich von außen einkaufe...

Stihl: Aber natürlich...

Riester: ... so viel volkswirtschaftliches Wissen müßte eigentlich da sein.

Walser: Mir hat ein Freund gesagt, der bei Siemens beschäftigt ist, die Fahrgestelle für Lokomotiven lassen sie in England machen, weil sie da 30 Prozent billiger sind. Die kommen dann herüber, und dann können die Sachen wieder exportiert werden.

Riester: Wenn die rüberkommen, kauft Siemens die zuerst einmal vom Ausland ein, das heißt, da wird importiert. Und ich habe gerade deutlich gemacht, daß um 160 Mrd. mehr verkauft als eingekauft wurde von der deutschen Metallwirtschaft.

Lafontaine: Ich möchte Herrn Riester beitreten. Das ist eine der Unwahrheiten, die die Industrieverbände immer wieder verbreiten. Ausfuhren und Einfuhren werden in Deutschland exakt von der Statistik erfaßt. Wenn also Motoren irgendwo produziert werden, dann wird das von der Statistik erfaßt. Nun haben wir seit Jahren einen starken Handelsüberschuß. Das

ist ein Ausweis, daß wir die exportstärkste Nation der Welt überhaupt sind. Kein einziges Volk hat pro Kopf eine solche Leistung wie die Bundesrepublik Deutschland. Wollen Sie das bestreiten? Dann müßte man...

Stihl: Pro Kopf ja, aber die USA sind natürlich der größte Exporteur.

Lafontaine: Die Chinesen werden uns auch eines Tages übertreffen...

Stihl: Dann nehmen Sie mal Europa weg, dann sind wir ein ganz kleiner Exporteur.

Lafontaine: Die Chinesen werden uns eines Tages auch übertreffen im Export. Ganz einfach, weil eine Milliarde Menschen nach Adam Riese mehr produzieren als 60 oder 80 Millionen. Wir sind pro Kopf die exportstärkste Nation der Welt.

Böhme: Herr Walser, so könnten wir Sie jetzt noch stundenlang reden lassen. Wir wollten eigentlich Rezepte haben, wie wir die Arbeitslosen wegkriegen.

Walser: Ich wollte gerade sagen, Herr Lafontaine, die Polemikmelodie ist sehr hübsch, die Sie da singen, aber einen Vorschlag haben Sie, den habe ich schon gelesen in einem Interview von Ihnen, und ich bin sehr froh, daß ich das einmal nachfragen kann, das haben Sie heute wieder gesagt: Stärkung der Binnenkaufkraft durch höhere Lohnabschlüsse führt letzten Endes zu Arbeitsplätzen. Woher nehmen Sie diesen Glauben?

Lafontaine: Noch einmal: Sie müssen unterscheiden zwischen Export und Binnenmarkt. Die deutsche Volkswirtschaft hat 20 Prozent Export und 80 Prozent Binnenwirtschaft. Wenn ich also durch Lohnsenkung versuche, über den Export Erfolge zu erreichen, dann kann das gutgehen - wir haben Erfolge gehabt im Export, weil wir eben jetzt wiederum pro Kopf mit großem Abstand Exportweltmeister sind. Was bei uns durchhängt, ist die Binnennachfrage, weil die Löhne seit 89 praktisch null Zuwachs haben. Und das geht auf Dauer in keiner einzigen Volkswirtschaft gut. Die Löhne und Gehälter sind das größte Nachfrageaggregat, das es überhaupt gibt. Wenn noch mehr Nullrunden hier stattfinden, dann wird Herr Stihl seine Motorsägen vielleicht irgendwo verkaufen, aber nicht mehr in der Bundesrepublik. Das ist Volkswirtschaft.

Stihl: Da muß ich wirklich widersprechen.

Lafontaine: Wenn richtig wäre, was Herr Stihl sagt - möglichst niedrige Unternehmenssteuern, niedrige Löhne und niedrige soziale Leistungen -, dann müßte in der Sahelzone die Wirtschaft blühen, denn da ist das alles erreicht.

Stihl: Wenn Sie schon die Wüste ansprechen, Herr Lafontaine, dann würden wir den Sozialismus in die Wüste verbannen, dann wird nach drei Jahren der Sand knapp.

Lafontaine: Das war jetzt wirklich ein niveauvoller Beitrag.

Walser: Das war auf Ihrem Niveau.

Böhme: Herr Walser, wir haben gehört: ein bißchen Differenzierung, ein bißchen individuelle Verträge. Überzeugt uns das, daß wir damit die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland wegbringen? Sie wollten es ja kräftiger.

Walser: Ich habe ja nur so ein Wunschdenken ein bißchen produziert. Aber ich finde, das Thema ist so entsetzlich, daß ich Parteiung und Zwist da fast nicht für möglich halte. Wir stehen alle gemeinsam vor einem Problem, und keiner von uns kann sagen... auch Ihre Binnennachfragetheorie überzeugt mich nicht so... Herr Lafontaine, ich möchte mal Sie zitieren, weil es ist ja eine Frage der Wirtschaftspolitik dann, wenn Sie dran wären. Als Gerhard Schröder diesen schönen Satz gesagt hat, daß es keine konservative und keine sozialdemokratische, sondern nur moderne und unmoderne Wirtschaftspolitik gibt, da haben auch Sie mitdefiniert und gesagt, eine moderne Wirtschaftspolitik ist eine Politik, die die internationale Zusammenarbeit und die technologische und soziale Innovation unterstützt. Na, da haben wir was davon.

Lafontaine: Wer wirklich in der Weltwirtschaft glaubt, er käme ohne internationale Zusammenarbeit aus, der irrt eben. Sie erleben doch selbst, wie die Wechselkurse überall schwanken, weil wir freie Wechselkurse haben. Das hat erhebliche ökonomische Folgen. Wenn die Wechselkurse nämlich falsch sind, dann gibt es Fehlentwicklungen in allen Ländern. Zweitens: Sie sagen, wir dürfen uns eigentlich nicht streiten. Aber bei der Wirtschaft sind immer Interessen im Spiel. Der Unternehmer möchte verdienen, das ist in Ordnung. Nur, sehen Sie, die Arbeitnehmer haben auch Interessen, und die Wirtschaft hat eine merkwürdige Philosophie. Die Wirtschaft kommt nämlich nur dann zum richtigen Ergebnis, wenn der Interessenausgleich gewahrt ist. Wenn nur die Unternehmerinteressen sich durchsetzen, wird es katastrophal. Wenn nur die Arbeitnehmerinteressen sich durchsetzen, wird es auch katastrophal. Wenn aber der Ausgleich sich durchsetzt, dann haben wir die richtige Wirtschaft.

Walser: 1995 war im Vermont-Hotel in San Francisco eine Tagung, der Gorbatschow hat dazu eingeladen, gesponsert von reichen Amerikanern, und da haben sich alle möglichen Fakultäten über unser Problem unterhalten. Und ein Ergebnis war damals: Um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten, würden *20* Prozent der Arbeitskräfte genügen, die anderen *80* Prozent muß man befriedigen - da haben sie ein Wort geprägt aus Ernährung und Unterhaltung, ein englisches Wort. Nächste Woche ist in Wolfsburg eine Tagung, Wolfsburger Gespräch, unter dem Thema »Vom Homo Faber zum Homo Ludens«. Das heißt, rundum überlegen sich Leute, was machen wir mit denen, die keine Arbeit mehr haben. Ich will nicht sagen, Herr Stihl, daß das etwas gegen die Legitimität unserer Wirtschaftsverfassung sagt, und ich finde es

bewundernswert, wie Sie versuchen, da Garantien einzubauen und das ganz handgestrickt für Ihre Betriebe zu machen. Und trotzdem: Glauben Sie, Sie könnten damit fertig werden...

Stihl: Tatsache ist, daß wir mit immer weniger Menschen immer mehr produzieren können. Der technische Fortschritt wird weitergehen, die Rationalisierungsbemühungen in allen Betrieben werden dafür sorgen, daß wir immer bessere und immer billigere Waren mit immer weniger Menschen herstellen können. Der Ausweg daraus ist der Dienstleistungsbereich, und zwar der qualifizierte Dienstleistungsbereich. Gerade die USA machen es uns sehr gut vor. In den USA existiert eine Jobschöpfungsmaschine von einem unglaublichen Umfang. Was die an neuen Arbeitsplätzen innerhalb der vergangenen *15* Jahren produziert haben, kann man mit der Zahl *25* Millionen nur unvollständig umschreiben. Und das sind keine McDonald-Jobs, sondern das sind zum größten Teil qualifizierte Jobs mit entsprechend gut ausgebildeten Arbeitnehmern.

Lafontaine: Die entscheidende Frage, wenn man Löhne betrachtet und wenn man immer wieder die Klage hört, die Löhne seien bei uns zu hoch, ist: Wie erklärt sich dieses Weltwunder, daß wir Exportweltmeister sind? In Afrika sind die Löhne viel niedriger, aber die sind keine Exportweltmeister.

Stihl: Die Wirtschaft plädiert keinesfalls dafür, daß wir jetzt hergehen und Löhne absenken um *25* Prozent oder so was, im Gegenteil, wir würden dafür plädieren, daß wir in den nächsten Tarifrunden ähnlich moderate Abschlüsse machen, wie wir sie jetzt für das Jahr *97* und *98* gemacht haben.

Böhme: Keine Reallohnsteigerung.

Stihl: Keine Reallohnsteigerung.

Böhme: Drunter bleiben.

Stihl: Drunter bleiben. Eine Beibehaltung der Reallöhne als maximal denkbare Leistung.

Böhme: Kriegen wir die viereinhalb Millionen weg?

Stihl: Die kriegen wir weg, wenn wir die richtigen Maßnahmen ergreifen.

Böhme: Herr Walser, können Sie sich eine Gesellschaft vorstellen, wo ein ganzer Bereich ohne Arbeit lebt?

Walser: Wenn ich den Tarifparteien zuhöre, dann muß ich immer auch daran denken, daß diese Tarifpartner - Entschuldigung, Herr Stihl - uns in diese Situation gebracht haben. Uns, die Gesamtbevölkerung. Ich habe mal einen Spitzenmanager gefragt: Warum haben wir so viel Arbeitskraft importiert? Da hat er gesagt, das liegt daran, daß die Spitzenmanager so kurzfristige Verträge haben, und jeder wollte möglichst viel expandieren in der kurzen Zeit, wo er seinen Vertrag laufen hatte. So hat er sich ausgedrückt - das war ein Spitzenmanager: Wir haben sie mit dem Lasso in Anatolien zusammengefangen. Und jetzt sind sie da. Und jetzt gibt es vier Millionen Arbeitslose. Und jetzt sind wir als Gesamtgesellschaft, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der Welt, überfragt. Und jetzt liest man plötzlich wieder, Religion und Kultur sollen Werte anbieten, damit die Opfer der Marktwirtschaft nicht Selbstmord begehen.

Böhme: Sie müssen mehr Bücher schreiben, Sie werden viele Leser finden.

Konkret 09/97, S. 35

Robert Kurz

Die Flucht nach vorn

Fusionsfieber und Börsenboom im Zeichen der Globalisierung

So ziemlich das heiligste Gut des Liberalismus ist bekanntlich die Konkurrenz, schamhaft eingedeutscht unter dem Namen »Wettbewerb«. Der Sündenfall wäre demnach alles, was die Freiheit des Wettbewerbs einzuengen droht: nicht nur das faktische (meistens staatliche) Monopol, sondern auch bereits eine marktbeherrschende Kapitalkonzentration. Die »Ordoliberalen« der Nachkriegszeit hatten sogar die Weltwirtschaftskrise auf diesen Sündenfall zurückgeführt; wie üblich unter Verwechslung von Ursache und Wirkung, denn die Krise beschleunigt nur die Konzentration des Kapitals, wird jedoch nicht umgekehrt von dieser hervorgebracht. Dementsprechend wirkungslos blieb dann auch das vorgeschlagene Heilmittel, nämlich die Erweiterung der klassischen liberalen Staatsfunktion vom »Nachtwächter der Sicherheit« auf den »Hüter des Wettbewerbs«. Die Bestimmungen zur Fusionskontrolle waren schon immer durchlässig wie ein Sieb und das Bundeskartellamt eine der am wenigsten ernstgenommenen Behörden der BRD.

Tatsächlich liegt es offenbar in der Natur des Kapitals, sich zu konzentrieren. Und gegen Naturgesetze ist nun einmal nichts zu machen. Je mehr die Verwissenschaftlichung der Produktion und damit die organische Zusammensetzung des Kapitals ansteigt, also pro Kapitaleinheit der Anteil des toten Sachkapitals gegenüber der lebendigen Arbeit zunimmt, desto größer werden die Vorauskosten für eine rentable Produktion und desto größer muß demnach auch das Kapital sein, um überhaupt produzieren zu können. Insofern ist die Kapitalkonzentration ein säkularer Prozeß, der dem Gesetz der Beschleunigung unterliegt. Die Schumpeterschen »schöpferischen Zerstörer« innovativer Garagen-Unternehmen werden entweder immer schneller vom Großkapital geschluckt, oder sie müssen im gleichen Tempo selber zu Großkonzernen werden.

Scheinbar gegenläufige Tendenzen wie die Verringerung der Fertigungstiefe durch Abgabe von Produktionselementen an kleine Zulieferer und die Auslagerung zahlreicher betrieblicher Dienstleistungen (Lohnabrechnung, Reinigung, Fuhrpark usw.) auf externe Klitschen sind in Wirklichkeit selber Momente des Konzentrationsprozesses. Denn einerseits handelt es sich um eine zunehmende Scheinselbständigkeit ohne eigene strategische Kompetenz, die lediglich durch Billiglohn, Unterlaufen der Versicherungspflicht und/oder Selbstausbeutung zur Kostenminimierung des großen Kapitals beiträgt. Andererseits findet unter den Zulieferern und Dienstleistern selber wieder ein Konzentrationsprozeß statt; seit einigen Jahren besonders drastisch in der Autozulieferindustrie, wo allein 1996 nach Angaben von Price Waterhouse weltweit 170 Akquisitionen und Zusammenschlüsse zu beobachten waren (dreimal soviel wie im Jahr zuvor).

Die rasante Beschleunigung der Kapitalkonzentration ist Bestandteil der mikroelektronischen, dritten industriellen Revolution und der damit einhergehenden Globalisierung des Kapitals. Gerade weil der herrschende Neoliberalismus in diesem neuen Kontext die »Marktgesetze« entfesselt, müssen die ordoliberalen Restbestände aus seligen Ludwig-Erhard-Zeiten verdampfen. Die ohnehin schwächliche Politik der Fusionskontrolle war auf nationalökonomische Bezugsräume zugeschnitten und kann der Globalisierung um so weniger standhalten. Quer durch die Branchen und Länder wälzt sich die ansteigende Fusionswelle. Ob sich in den USA die Flugzeugproduzenten Boeing und McDonnell Douglas oder in Großbritannien die Lebensmittelgiganten Guinness und Grand Metropolitan (u.a. Burger King) mit dem Segen sämtlicher Kartellbehörden zusammenschließen, stets geht es um die Konstitution oder Weiterentwicklung »globaler Marken«.

Zwar verursachen die im angelsächsischen Raum längst üblichen »unfreundlichen Übernahmen« dem deutschen Konsens-Spießer noch Bauchschmerzen; der Anfang des Jahres gescheiterte Coup von Krupp-Chef Gerhard Cromme, im Handstreich die Thyssen-AG zu kassieren, wurde von einer indignierten Öffentlichkeit als »Wildwestmanier« getadelt. Aber dabei ging es nur noch um die Modalitäten, nicht mehr um die Sache selbst. Im Namen der »Standortlogik« begrüßen Ideologen, Politiker und kapitalistische Verbandsfunktionäre inzwischen nahezu einhellig jeden Fusionsdeal. Als sich im Juli Bayerische Vereinsbank und Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank zusammenschlossen, schwärmte CSU-Ministerpräsident Stoiber von »Wettbewerbsvorteilen für den Finanzplatz München«. In Wirklichkeit versucht das Kapital, sich durch die Fusionen von den nationalen Binnenmärkten zu emanzipieren. Wenn der neue »Münchner« Bankengigant der »Münchner« Weltfirma Siemens die günstigsten Finanzierungsinstrumente anbieten will, dann findet der Vorgang nicht in München, sondern in Hongkong statt. »Groß und stark in die weite Welt« müßten (nicht nur) die Banken gehen, titelte denn auch die »Süddeutsche Zeitung«.

Die liberale Ideologie des Wettbewerbs wird durch die Mega-Fusionen und »strategischen Allianzen« (z.B. der Daimler-Tochter MTU mit der US-Firma Detroit Diesel) vom Wettbewerb selber ad absurdum geführt. Der Hintergrund dieser Erscheinung ist die Krise der realen Wertschöpfung durch die Rationalisierungs-Potentiale der Mikroelektronik: Die sprunghafte Steigerung in der organischen Zusammensetzung des Kapitals geht einher mit schweren Einbrüchen der Massenkaufkraft (strukturelle Massenarbeitslosigkeit, Billiglohn, Sozialabbau, Einfrieren der Staatstätigkeit) und einer Austrocknung der Binnenmärkte. Globalisierung, verstärkte Exportorientierung und Fusionswellen signalisieren gleichermaßen eine »Flucht nach vorn« des betriebswirtschaftlich bornierten Kalküls.

Die Fusionen exekutieren gleichzeitig den Abbau der krisenbedingten globalen Überkapazitäten. Nach einer für die »Wirtschaftswoche« angefertigten Studie der Marketing Systems Automotive Services könnten derzeit weltweit 80 von 630 Automobilfabriken schließen. Für das einzelne aus den Fusionen entstandene -globale Mega-Unternehmen steigern sich dabei zwar Produktionskapazitäten und Umsätze, aber auf Kosten der gesamtkapitalistischen Wertschöpfung. Die Vergrößerung ist immer mit einer Verschlankung verbunden. Unrentable Bereiche werden abgestoßen; z. B. wird die bayerische Bankenfusion ca. 20 Prozent der Filialen das Leben kosten. Viele Firmen werden überhaupt nur übernommen, um Konkurrenten auszuschalten und Kapazitäten stillzulegen. In der globalisierten Krise verwandelt sich der Kapitalismus in ein »autokannibalistisches System«. Die Fusionswelle trägt nicht den Aufschwung, sondern den Abschwung des realwirtschaftlichen Wachstums.

Die Kehrseite derselben Entwicklung ist der Abfluß des nicht mehr rentabel reinvestierbaren Kapitals in die entkoppelten Finanzmärkte (strukturelle Überakkumulation). Weil es aus der Perspektive fiktiver Wertsteigerung qua Börsenkapitalisierung (»Shareholder value«) gar nicht mehr um eine Strategie der Realakkumulation geht, werden die Übernahmeschlachten zu »Ausschlacht-Unternehmen« nach angelsächsischem Vorbild. Nach Ansicht der Investmentbank Morgan Stanley ist die Marktkapitalisierung der deutschen Konzerne wesentlich niedriger »als die hypothetische Summe der Marktwerte ihrer Einzelteile«. Mit anderen Worten: Diese Differenz soll durch rein spekulative Übernahmen und anschließende Zerlegung (mittels Verscherbelns der Einzelteile an noch größere Konzerne) realisiert werden. So heizen sich Fusionsfieber und Börsenfieber gegenseitig an. Die »Erbengeneration« liefert den Sprit dafür, indem sie aus konservativen Anlageformen aus- und in den Börsenboom einsteigt. Das Schöne daran ist, daß die Jungs und Mädels ihre Erbschaftsknete auf diese Weise selber auf die Schiene schieben, auf der sie am schnellsten in den Abgrund der Entwertung rollen kann. Es geht doch nichts über die wunderbaren Gesetzmäßigkeiten des Kapitals.

Konkret 09/97, S. 36

Michael Hahn

Die Obrigkeit ist wieder da

New York, New York: Die Stadt, die dem deutschen Spießer eine Höhle des Lasters und eine Halle des Verbrechens war, ist ihm zum Vorbild geworden. Denn: If they can make it there, let's make it anywhere

Das »Hamburger Abendblatt« machte den Anfang: »Im Kampf gegen das Verbrechen: Hamburg blickt auf New York.« Gleich eine ganze Artikelserie brachten zwei Reporter Ende Juni vom Hudson River mit. Der »Spiegel«, der gerade erst das »amerikanische Jobwunder« gefeiert hatte, zog Anfang Juli mit einer Titelgeschichte nach: »Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten: Aufräumen wie in New York?«

Deutsche Polizeichefs, berichtete das Wochenmagazin, »pilgern in die amerikanische Metropole, um von der Stadt zu lernen, die das Verbrechen zurückgedrängt hat.« Die Zahlen, die die deutschen Ordnungshüter dort präsentiert bekommen, sind in der Tat beeindruckend. So hat sich in New York City in den vergangenen sieben Jahren die offizielle Kriminalitätsrate halbiert, von 9.700 registrierten Straftaten je 100.000 Einwohner auf weniger als 5.000. Noch deutlicher sank die Zahl der Morde: Von 2.264 (1990) auf 984 (1996), Tendenz weiter nach unten.

Und schon wagt sich »Spiegel«Redakteur Thomas Darnstädt in ein Restaurant im Stadtteil Harlem (»was vor nicht langer Zeit noch ein bodenloser Leichtsinn gewesen wäre«), und »selbst das U-Bahn-Fahren soll nun ohne Gefahr für Leib und Leben wieder möglich sein«. Als ob nicht auch schon vor fünf oder zehn Jahren jeden Tag Tausende New Yorker in Harlemer Restaurants gegessen hätten und Millionen unbehelligt mit der Subway zur Arbeit gefahren wären.

Nun läßt sich mit Statistiken bekanntermaßen allerhand Schindluder treiben. Wer weiß schon, wie viele Morde als »Unfall« oder »Notwehr« in den Tabellen verschwinden? Wie viele Frauen zu Hause gequält, wie viele Kinder mißhandelt werden, ohne daß jemand die Polizei ruft? Wie viele Steuerhinterzieher und Sklaventreiber unbehelligt bleiben, wie viele Menschen durch die Nachlässigkeit ihrer Chefs am Arbeitsplatz ums Leben kommen?

Trotzdem läßt sich die Tendenz nicht wegdiskutieren: Das Leben in den Straßen von Manhattan und den angrenzenden Stadtteilen ist sicherer geworden. Rudolph Giuliani, seit dreieinhalb Jahren Bürgermeister der Acht-Millionen-Metropole, kann prahlen: »Eine der sichersten Städte der Welt.« Allerdings gehen auch anderswo in den USA die registrierten Straftaten zurück, wenn auch nicht ganz so rapide wie in New York City. Doch es sind nun einmal Giuliani und sein (inzwischen abgesetzter) Polizeichef William Bratton, die die meisten Lorbeeren für die sinkenden Verbrechenszahlen einheimsen. Die beiden organisierten den Polizeiapparat um und schickten die Beamten wieder öfter auf Fußstreife. (Der weitverbreiteten Korruption wegen vor allem bei der Drogenpolizei hatte Giulianis Vorgänger David Dinkins viele Beamte aus dem Streifendienst entfernt.) Außerdem propagierten Giuliani und Bratton ein neues Konzept der Verbrechensbekämpfung, die sogenannte »Broken Windows«-Theorie.

Die »zerbrochenen Fensterscheiben« stammen aus einem bereits 1982 veröffentlichten Aufsatz zweier US-amerikanischer Kriminologen, der im vergangenen Jahr in der Vierteljahreszeitschrift »Kriminologisches Journal« auch auf deutsch erschienen ist. Die These der Autoren: Wenn an einem leerstehenden Haus ein Fenster kaputtgeht und nicht mehr repariert wird, führt das über allerlei Verwahrlosungsprozesse schließlich buchstäblich zu Mord und Totschlag. (s. den Beitrag von Jan Pehrke in diesem Heft, Seite 40 f).

Man könnte natürlich auch Grundstücksspekulation und Mietwucher beseitigen und wieder jemand in das leerstehende Haus einziehen lassen. Aber mit Rezepten wie diesem ist heute kein Staat mehr zu machen. Kriminalität läßt sich bekämpfen, ohne an ihren sozialen Ursachen anzusetzen, lautet der Glaubenssatz der sogenannten »New Realists«, jener konservativen Kriminologen-Schule, zu denen auch die »Broken Windows«-Autoren gehören. Hieß es früher, die Strafverfolgung solle sich eher auf die »großen Fische« im Hintergrund konzentrieren als auf den kleinen Junkie, so will man heute den Sumpf von unten austrocknen. Statt Bagatellvergehen zu entkriminalisieren, werden die angeblichen Einstiegsdelikte heute besonders vehement verfolgt, damit der kleine Ladendieb von heute nicht zum brutalen Räuber von morgen wird.

So setzt die neue New Yorker Polizeistrategie zum Beispiel bei Graffiti an. Um dem Verbrechen unter Tage den Nährboden zu entziehen, werden neuerdings besprühte U-Bahn-Waggons umgehend aus dem Verkehr gezogen und innerhalb von 24 Stunden gereinigt. Das blitzblanke Einheitsgrau soll die Gewißheit vermitteln: Hier werden keine Regelverstöße mehr geduldet. Schwarzfahrer werden über Nacht eingelocht. Fahrradfahren auf dem Gehsteig, Biertrinken unter freiem Himmel oder Pinkeln hinter dem nächsten Busch - alles wird hart bestraft. Motto: »Null Toleranz« auch für die kleinsten Regelverstöße. Der »Spiegel« freut sich: »Entscheidend ist das Klima von Recht und Ordnung, das an die Stelle des Geruchs von Gewalt und Gesetzlosigkeit getreten ist. Die Obrigkeit ist wieder da.«

Der New Yorker Polizei dient »Zero Tolerance« als Motto für massenhafte Personenkontrollen. Die Personalien und Fingerabdrücke von Schwarzfahrerinnen und Open-Air-Pinklern werden in den zentralen Polizeicomputer eingegeben. Ohne Rechtsgrundlage werden Festgenommene über alles mögliche ausgefragt (»de-briefing«), über ihre Bekannten und etwaige Beobachtungen im Stadtviertel. Das Ziel sind möglichst lückenlose Informationen über ganze Bevölkerungsgruppen.

Verglichen mit den deutschen Ermittlungsbehörden hat die US-Polizei hier einen gewaltigen Nachholbedarf - angefangen beim fehlenden amtlichen Melderegister. Aber durch die zunehmende Vernetzung und Zentralisierung verschiedener Polizeieinheiten kommt New York hier mit Riesenschritten voran. So wurden die bisher autonome U-Bahn-Polizei und die Sicherheitskräfte der riesigen Sozialwohnungskomplexe dem regulären Police Department unterstellt. Verschiedene Datenbanken werden miteinander vernetzt.

Allerdings bisher mit einer wesentlichen Ausnahme-. Eine Regelanfrage bei der US-Einwanderungsbehörde ist weiterhin nicht möglich. Ob ein Schwarzfahrer oder eine Ladendiebin sich legal oder illegal im Land aufhält, macht zunächst keinen Unterschied. Zumindest im kosmopolitanen New York ist mit Hetze gegen Einwanderer nichts zu gewinnen. Auch der Republikaner Giuliani fordert »offene Grenzen« und lobt die Arbeitsmoral der Neuankömmlinge. Gerhard Schröders »Raus und zwar schnell«-Rassismus hätte allenfalls in den weißen Vorstadt-Speckgürteln eine Chance.

Natürlich ist Null nicht Nullkommanull. »Zero Tolerance« gilt kaum bei der Touristin, die aus Versehen bei Rot die Fifth Avenue überquert. Vielmehr dürfte das Gutdünken des nächsten Polizisten darüber entscheiden, wessen Daten für Big Brother interessant sind und wer bei einer Ordnungswidrigkeit festgenommen wird. Unter dem Strich bleiben polizeiliche Willkür und eine breit angelegte Schleppnetzfahndung gegen Obdachlose und Bettler, Jugendliche, ethnische Minderheiten und alle, die sich ein Bier nur am Straßenrand leisten können und nicht im Straßencafé. Der »Spiegel« drückt es so aus: »Bestimmte Viertel, ausgesuchte Bevölkerungsgruppen werden in den Blick der Sicherheitskräfte genommen, vorsorglich.«

Ob die Ahndung von Bagatelldelikten wirklich die Zahl von schweren Straftaten reduzieren hilft, ist freilich fraglich. So kritisiert eine im Auftrag der US-Bundesregierung erstellte Studie der University of Maryland, daß Massenfestnahmen und Schikanen wegen Ordnungswidrigkeiten zu einem Anstieg von Gewaltkriminalität führen können, weil sie die Spannungen in den betroffenen Communities steigern.

Jeder siebente ertappte Schwarzfahrer habe sich als steckbrieflich gesuchter Verbrecher entpuppt, rechtfertigt dagegen die Polizei ihre Großrazzien in der U-Bahn - eine Zahl, die man getrost bezweifeln darf. Dagegen leuchtet ein anderes Argument ein: Weil schon ein lautes Autoradio eine Leibesvisitation nach sich ziehen kann, lassen viele Leute ihre (illegalen) Schußwaffen zu Hause. Das könnte ein Grund dafür sein, daß die Zahl der im Affekt begangenen Tötungsdelikte zurückgegangen ist. Und wem die ständigen Kontrollen zu gefährlich werden, der weicht eben anderswohin aus. Schon wird im benachbarten New Jersey über steigende Straßenkriminalität geklagt.

Noch bedeutender ist aber eine andere Entwicklung, die freilich mit der neuen Polizeistrategie wenig zu tun hat. Ein wichtiger Grund für die Gewalteskalation in vielen Großstadtbezirken in den 80er Jahren war die Einführung der Droge Crack. Die blutigen Kämpfe um die Aufteilung des Milliarden-Marktes dürften in den USA in den vergangenen zehn Jahren mehrere tausend Tote gefordert haben. Crack tauchte damals im großen Stil zuerst in New York City auf Inzwischen hat sich der Markt dort stabilisiert, sind die Territorien abgesteckt - vielleicht ein Grund dafür, daß in der Stadt die Zahl der Morde schneller als anderswo zurückgeht.

Auch einige weniger spektakuläre Entwicklungen dürften dazu beigetragen haben, daß die Zahl der Gewaltverbrechen in den USA abnimmt. Angefangen beim Altersaufbau: Derzeit gibt es relativ wenige 18- bis 25jährige - die Altersgruppe, deren männliche Hälfte besonders zu Handgreiflichkeiten neigt. Allerdings rücken demnächst die zahlreichen Enkel der Baby-Boom-Generation nach. Dagegen läßt sich die Behauptung, das »amerikanische Beschäftigungswunder« habe viele potentielle Kriminelle in anständige Lohnarbeit befördert, bisher nicht belegen. Gerade in den multiethnischen Großstadt-Ghettos ist von den zehn Millionen neu geschaffenen Jobs seit 1992 bisher nicht viel zu bemerken. Die offizielle Arbeitslosenrate in New York City liegt weiterhin weit über dem Landesdurchschnitt.

Der allgemeine Rückgang der Gewaltkriminalität scheint die Polizei zu immer rücksichtsloserem Vorgehen anzuspornen. So ist die New Yorker Bevölkerung zwar sicherer vor Vergewaltigern und Taschendieben in Zivil geworden, aber nicht vor den »men in blue«. Im Juni 1996 veröffentlichte Amnesty International eine Studie über »Police Brutality and Excessive Force in New York City Police Department«. Demnach töteten New Yorker Polizisten in den Jahren 1993 und 1994 - als »Zero Tolerance« verhängt wurde - innerhalb von 18 Monaten 35 Menschen. 32 davon waren Schwarze oder Latinos. Das Fazit von AI: »Die Brutalität der Polizei beschränkt sich nicht auf Minderheiten. Aber ein Großteil der Mißhandlungen scheint rassistisch motiviert zu sein.«

Die meisten der Getöteten und Mißhandelten waren nicht einmal selbst einer Straftat verdächtig, sondern hatten es nur gewagt, sich bei der Festnahme eines anderen einzumischen oder sonst der Polizei zu widersprechen. Der Terror hat sich

seither noch verstärkt: In den ersten drei Jahren der Amtszeit Giulianis als Bürgermeister (1994-1996) wurden fast einhundert Menschen von Polizisten umgebracht, also im Durchschnitt fast drei im Monat. Die Zahl der Beschwerden gegen gewalttätige Polizeibeamte stieg zwischen 1992 und 1995 beinahe auf das Doppelte (von 2.900 auf 5.000).

Nach einer Welle von polizeilichen Todesschüssen auch in anderen Großstädten berief das linke New Yorker Antirepressions-Büro »Center for Constitutional Rights« im vergangenen April eine »National Emergency Conference on Police Brutality and Mis conduet« ein. Dort verabredeten unabhängige Ermittlungsausschüsse und »Bürger-beobachten-die-Polizei«-Komitees eine stärkere Vernetzung. Dazu soll auch eine umfassende landesweite Statistik über Tötungsdelikte von Polizeibeamten gehören. Von staatlicher Seite gibt es keine derartige Aufzählung.

Seit 1993 gibt es in New York einen offiziellen Beschwerdeausschuß für Polizeiübergriffe. Allerdings hat Giuliani, ein früherer Staatsanwalt, schon immer versucht, dieses Civilian Complaint Review Board zu torpedieren. Als das Stadtparlament 1992 (noch während der Amtszeit von Giulianis liberalem Vorgänger Dinkins) über die Einrichtung des Gremiums debattierte, randalierten vor dem New Yorker Rathaus mehrere tausend bewaffnete (und zum Teil betrunkene) Polizisten - angefeuert von Staatsanwalt Giuliani. Die Angst der Ordnungshüter vor ziviler Kontrolle war freilich unberechtigt. Im November 1993 gewann Giuliani mit einem »Law-and-Order«-Wahlkampf gegen Dinkins. Als Bürgermeister sorgte er schnell dafür, daß das Review Board weitgehend wirkungslos wurde.

Was Giuliani im sozialen Bereich kürzt (in den vergangenen Jahren strich er mehrere zehntausend kommunale Arbeitsplätze), steckt der Ex-Staatsanwalt in die Polizei: 8.500 zusätzliche Polizisten wurden in den vergangenen dreieinhalb Jahren eingestellt - damit hat New York City fast die doppelte Polizeidichte von Berlin (593 bzw. 320 Polizisten auf jeweils 100.000 Einwohner). Dabei gehört der Republikaner Giuliani eher zum gemäßigten Flügel seiner Partei und unterscheidet sich mit seiner Law-and-Order-Linie kaum von dem demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton. Auch auf Bundesebene werden soziale Ausgaben rabiat gekürzt und die Repressionsapparate ausgebaut. Der Haushalt des »Federal Bureau of Prisons« hat sich von 1980 bis 1995 verachtfacht (von 330 Millionen auf 2,6 Milliarden Dollar). In vielen Bundesstaaten ist der am schnellsten wachsende Haushaltsposten der Neubau von Gefängnissen.

Mehr als 1,5 Millionen US-Amerikaner befinden sich heute hinter Gittern - dreimal so viele wie 1980. Über drei Millionen Menschen sind nur auf Kaution oder Bewährung frei. Nach Angaben des US-Justizministeriums wird im Laufe eines Jahres jeder vierzehnte erwachsene Mann zumindest vorübergehend inhaftiert. Bei den 18- bis 35jährigen Afroamerikanern ist es jeder dritte. Auf 1.000 Einwohner kommen in den USA zehnmal so viele Häftlinge wie in Deutschland. Nur ein Land der Erde kann da einigermaßen »mithalten«: Rußland. Dabei unterscheiden sich die US-Kriminalitätsraten - entgegen landläufiger Vorstellungen - in fast allen Kategorien kaum von Westeuropa. Mit einer Ausnahme: Mord. Dies dürfte an der weiten Verbreitung von Schußwaffen in den USA liegen.

Trotz sinkender Kriminalitätsraten wächst die Zahl der Gefangenen immer schneller. Im Jahr 2000 sollen es bereits an die zwei Millionen Inhaftierte sein. Schuld daran sind nicht etwa mehr Verurteilungen, sondern vor allem längere Strafen. Zwischen 1975 und 1989 verdreifachte sich die durchschnittliche Haftdauer für ein Gewaltverbrechen. Diese Entwicklung dürfte sich seither noch beschleunigt haben, vor allem wegen der sogenannten »three strikes«-Gesetze, die in den vergangenen vier Jahren auf Bundesebene und in den meisten Bundesstaaten eingeführt wurden. Danach müssen Wiederholungstäter bei ihrer dritten Straftat automatisch zu lebenslänglich verurteilt werden. Mildernde Umstände gibt es nicht. In manchen Einzelstaaten gilt dies selbst dann, wenn das dritte Delikt nur ein Diebstahl war.

Immer öfter wird auch »life without parole« verhängt: lebenslänglich ohne jede Möglichkeit einer Freilassung auf Bewährung. Diese Gefangenen werden selbst dann nicht mehr entlassen, wenn sie bereits todkrank sind. Seit Präsident Clinton die Revisionsmöglichkeiten gegen Todesurteile drastisch eingeschränkt hat, explodiert die Zahl der Hinrichtungen: 1996 wurden 45 Menschen hingerichtet, in diesem Jahr wird sich diese Zahl wohl verdoppeln. Über 3.200 sitzen in den Todestrakten.

Die meisten der anderthalb Millionen Gefangenen sind nicht etwa wegen Gewaltverbrechen (und schon gar nicht wegen Wirtschaftsdelikten) in Haft, sondern wegen Drogen. Daß der staatliche »war on drugs« sich nicht gegen verpönte Rauschzustände, sondern gegen die Unterklassen richtet, läßt sich schon an den Gesetzen ablesen. So gilt der Besitz von fünf Gramm der Yuppie-Droge Kokain in der Regel als Ordnungswidrigkeit (mit Bewährungsstrafe); für die gleiche Menge Crack - die proletarische Kokain-Version - gibt es aber mindestens fünf Jahre Haft ohne Bewährung.

Während Clinton in Washington unter allgemeinem Beifall das E von »Vater Staat« verkündet (»The era of big government is over«), werden die staatlichen Kontrollen im Land immer erdrückender. Besonders auf Jugendliche haben es die Regierenden abgesehen. Über 1.000 Kommunen (darunter auch viele kleine Kaffs) haben in den vergangenen Jahren nächtliche Ausgangssperren für Minderjährige erlassen. Im US-Senat wird gerade ein Gesetz beraten, nach dem künftig bereits 14jährige unter das Erwachsenenstrafrecht fallen sollen. Kommentar der linksliberalen Wochenzeitung »The Nation«: »Vor kurzem küßten wahlkämpfende Politiker noch Babies. Heute sperren sie Kinder ins Gefängnis.« Auch bei der Wohlfahrt ist »big government« keineswegs am Absterben. Zwar haben US-Bundesregierung und Einzelstaaten die

Sozialausgaben drastisch gekürzt, aber dafür ihre Kontrollapparate immer weiter ausgebaut. »Die vorhandenen sozialen Dienste (werden) in Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der neuen gefährlichen Klassen umgewandelt«, schreibt dazu der Soziologe Loic Wacquant von der University of California. So wird überprüft, ob Fürsorgeempfänger sich fleißig um einen Job bewerben, Fortbildungskurse und Pseudo-Praktika besuchen, ihre Kinder zur Schule schicken, keine weiteren Kinder bekommen etc. In immer größerem Ausmaß werden Sozialhilfebezieher zu Zwangsarbeit (»workfare«) herangezogen. Wacquant: »Die Ineffizienz der Pflichtarbeitsprogramme ist ebenso offensichtlich wie ihr Strafcharakter.«

Gleichzeitig wird das Sozialhilfesystem privatisiert. Manche Bundesstaaten übertragen die Verwaltung der Welfare-Gelder und die Überwachung der Leistungsempfänger an Großkonzerne wie das Rüstungsunternehmen Lockheed Martin oder Ross Perots Software-Unternehmen EDS.

Auch das staatliche Gewaltmonopol ist inzwischen vielerorts an Privatfirmen vergeben. Rund 1,5 Millionen private Wachmänner und -frauen gibt es derzeit in den USA - dreimal so viel wie alle kommunalen und staatlichen Polizeibeamten zusammen. In New York City galt »Zero Tolerance« zuerst in Manhattan, wo Geschäftsleute in den Einkaufsstraßen private Wachdienste patrouillieren ließen. Der riesige Busbahnhof »Grand Central Station«, der heute als Aushängestück der New Yorker Stadterneuerung gilt, wurde durch bezahlte Schlägertrupps »bettlerfrei« gemacht.

Die umfassende Repression hat nur noch wenig mit der Entwicklung der Kriminalität zu tun, sondern dient der sozialen Kontrolle. »Das Gefängnis«, meint »Le Monde Diplomatique«, »ist für die Mehrheit der Inhaftierten nichts anderes als eine Maschine zum Ausschluß einer Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand und starken psychosozialen Problemen.« Die »überflüssigen Esser« aus den Ghettos werden allerdings nicht einfach weggesperrt, sondern oft wieder in den kapitalistischen Verwertungsprozeß integriert.

Während früher in den US-Knästen nur staatliche Aufträge (wie das Prägen von Kfz-Nummernschildern) ausgeführt wurden, dürfen sich seit einigen Jahren auch private Konzerne der billigen Zwangs-Arbeitskraft bedienen. Das treibt immer skurrilere Blüten: So nehmen Gefangene im Bundesstaat New Mexico telefonische Hotelreservierungen entgegen. Immer mehr Knäste werden sogar komplett von Privatunternehmen gebaut und betrieben. In vielen ländlichen Gegenden ist der Neubau von Gefängnissen (landesweit derzeit rund 150 pro Jahr) die einzige staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Der militärisch-industrielle Komplex als Zentrum der US-Wirtschaft wird wohl bald abgelöst. Für den neuen Wachstumsmotor kursiert bereits ein Name: »Prison-Industrial Complex«.

Konkret 09/97, S. 40

Jan Pehrke

Virologie des Verbrechens

Zum Verbrecher wird man nicht gemacht, sondern geboren. Die Vordenker des New Yorker »Sicherheitsmodells« argumentieren unverhohlen rassistisch und fordern Eugenik statt Sozialpolitik

Eine Gesellschaft, die sich als Endzweck weltgeschichtlichen Strebens begreift, kann sich diejenigen, die Ärger im Paradies machen, nur als krank, minderbegabt oder von Haus aus bösartig vorstellen - und dekretiert folgerichtig »Zero Tolerance«. Gehörte zur moderateren Art der Verbrechensbekämpfung noch die soziologische Einsicht, daß Kriminalität gesellschaftliche Ursachen hat - in den USA etwa die Lebensbedingungen in den Großstadt-Ghettos -, so wird das große Aufräumen nun von biologischen, genetischen, ökonomischen und medizinischen Erklärungsmodellen flankiert. Neben der szientistischen Attitüde haben die Studien vor allem eines gemein: Sie verorten die Wurzel des Übels im Täter selber.

Was die Sozialwissenschaft noch wertneutral als »abweichendes Verhalten« faßte, wird von »biological psychiatrists« nunmehr als »anti-social behavior«, kurz ASB, stigmatisiert. Antisozial ist, wer auf dem »middle-class values index« nicht die erforderliche Punktzahl erzielt. Richard Herrnstein und Charles Murray, die beiden Verfasser der *Bell Curve,* einer rassistischen Untersuchung, die den IQ als Quell der Ungleichheit unter den Menschen ausmacht, sehen in den Middle-Class Values (MCVs) ein Synonym für Zivilität. Ein leuchtendes Beispiel geben in ihrem Buch diejenigen Mitbürger ab, die regelmäßig zur Kirche gehen, für den Rotary Club Geld sammeln, in ihrer Freizeit ein Sport-Team coachen und sich dafür einsetzen, daß an ihrer Straßenkreuzung eine Ampel aufgestellt wird. Sie müssen allerdings auch das MCVs-Grobprofil erfüllen und verheiratet sein, die Schule abgeschlossen, keine Vorstrafen und nur eheliche Kinder haben.

Überall, wo der zur absoluten Größe hochgerechnete Kleinbürger nicht mehr auf seinesgleichen trifft, und überall, wo er die Gartenzwerg-Idylle in einem Sodom und Gomorrha von Obdachlosen, Müll, Graffiti und Hundekot versinken sieht, da nistet sich auch das Verbrechen ein. Im »Broken Windows«-Aufsatz von George L. Kelling und James Q. Wilson, der theoretischen Grundlage der neuen Kriminalpolitik, liest sich der bürgerliche Horrorfilm so: »Ein Grundstück ist verlassen, das Unkraut wächst, und eine Scheibe wird eingeschlagen. Erwachsene schelten lärmende Kinder nicht mehr, die Kinder, dadurch ermutigt, werden rebellischer. Familien ziehen aus, Bindungslose ziehen ein... Abfall häuft sich. Die Leute beginnen, vor dem Laden zu trinken: Und dann stürzt ein Betrunkener auf dem Bürgersteig, darf liegenbleiben und seinen Rausch ausschlafen. Fußgänger werden von Bettlern angesprochen.« Wenn aber der Bürger nicht einmal einen lästigen Bettler davon abhalten kann, seinem Tagwerk nachzugehen, kann auch ein potentieller Dieb davon ausgehen, nicht weiter behelligt zu werden, und zwei Tage später klingelt dann der Serienkiller, meinen die beiden Domino-Theoretiker.

New York hat sich ihre Lehren zu Herzen genommen. Der Polizeipräsident William Bratton und sein Sekundant Jack Maple richteten die Polizeiarbeit wieder an den (Sicherheits-)Bedürfnissen der Durchschnittsbevölkerung aus. Statt sich auf die Verfolgung von Schwerstkriminalität zu konzentrieren, nimmt die Polizei dort vor allem ordnungspolitische Aufgaben wahr. Als »Verbrechen gegen die Lebensqualität« wird in der Stadt seit einiger Zeit geahndet, was den Wasp (white anglo-saxon protestant) im Straßenbild so stört: Trinken in der Öffentlichkeit, aggressives Betteln und Herumstehen in Gruppen. Klassenjustiz at her best - die Depravierten werden auch noch für ihr Depraviertsein bestraft.

Die Funktion der Polizei verändert sich dadurch grundlegend. Sie hat jetzt weniger den einzelnen Straftäter im Visier, den es zu stellen gilt, als das große Ganze. Es wird nicht mehr länger auf dem Revier auf Anzeigen gewartet, die Beamten produzieren statt dessen durch soziale Säuberungen Sicherheitszonen. Natürlich mit Hilfe sachdienlicher Hinweise aus der Bevölkerung. Diese wiederum wird von den Ordnungshütern im »Management des Lebens auf der Straße« unterwiesen und dabei unterstützt, »die informelle Kontrolle über ihr Gebiet wiederzuerlangen«, wie es im »Broken Windows«-Aufsatz heißt. Sicherheitspartnerschaft wird das offiziell genannt, der französische Philosoph Gilles Deleuze brachte es hingegen auf den produktiven Begriff »Kontrollgesellschaft«.

Das Verbrechen wird von den »Broken Windows«-Autoren als eine Krankheit angesehen, die sich epidemisch im Volkskörper ausbreitet, sobald sich das Abwehrsystem der Gesellschaft die kleinste Blöße gibt. Der Täter erscheint nicht mehr als Getriebener oder Opfer seiner Sozialisation, sondern als ein überlegt Handelnder, der nüchtern seine Chance sucht. Diese Sichtweise folgt populären Trends in der US-Kriminologie. Das Täter-Profil geht auf die »rational choice«-Lehre des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften, Gary S. Becker, zurück, nach der sich der Betreffende nach einer eigenen Gewinn/Risiko-Kalkulation entscheidet, kriminell zu werden. Da hinter jeder Tat ein kühler Kopf steckt, ist dieser auch für Abschreckungsmaßnahmen wie erhöhte Polizei-Präsenz oder höhere Strafen empfänglich.

Die Auffassung, das Verbrechen sei eine Krankheit, ein »public health problem«, bestimmt in den USA weite Kreise der kriminalpolitischen Diskussion. Ein quasi selbstgenerierter Befund, denn die Gesundheitsbehörden nehmen eine führende Stellung in der Verbrechensforschung ein. Für Untersuchungen, die sich nicht dem Krankheitsparadigma beugen, ist es inzwischen fast unmöglich, Geld bewilligt zu bekommen, wie Robert Wright im »New Yorker« berichtete. In Analogie zur Medizin betrachten einige Wissenschaftler Gewalttäter als »klinische Population«, da laut Statistik eine stabile Gruppe von

7 Prozent der Bevölkerung für 79 Prozent aller Gewalttaten verantwortlich zeichnet und diese fixe Größe der Verbreitung bestimmter Krankheiten entspricht. Die Forschungsberichte über »new biological approaches to violence« sprechen deshalb auch von »chronic ASB« oder dem ASB-Syndrom, so als handle es sich beim »anti-sozialen Verhalten« um etwas mit BSE Vergleichbares.

Mit dem Aufschwung der Bio-Wissenschaften drängen immer mehr naturwissenschaftliche Erklärungsmuster in einstige Gebiete der Gesellschaftswissenschaften vor. Der Psychiater Frederick Goodwin macht einen niedrigen Spiegel des Botenstoffes Serotonin als Ursache der Gewaltbereitschaft aus. Prognostisch hat sich der Ansatz bereits bewährt. Nach einer Studie des »National Institute of Health« ließ sich anhand des Serotonin-Spiegels der Inhaftierten mit 89prozentiger Wahrscheinlichkeit vorhersagen, ob sie nach der Entlassung wieder straffällig würden. Auch dem Täter-Gen ist man schon auf der Spur, hat aber bislang nur Indizienbeweise. Dafür korreliert Kriminalität in Testreihen mit so ziemlich allem, was nicht niet- und nagelfest ist: mit schlechter Ernährung, abnormen Gehirnströmen, mit einer erhöhten Schwermetall-Konzentration im Blut und sogar mit niedrigem Pulsschlag. Man hat es also mit im wahrsten Sinne des Wortes kaltblütigen Natural born killers zu tun.

Da hilft natürlich keine Sozialpolitik mehr, da helfen nur noch Pillen. Und wirklich weiß der Bio-Psychiater Robert T. Rubin, diesmal sexuelle Präferenzen ins ASB-Visier nehmend, zu berichten, daß Pädophile, Transvestiten, Exhibitionisten, Inzestler und Masochisten ganz wunderbar auf die Hormon-Behandlung mit Anti-Androgenen angesprochen hätten. Die Forschung könnte schon viel weiter sein, lamentierte er in seinem Aufsatz »Die Neuroendokrinologie des ASB«, bekäme er nur grünes Licht für seinen Feldversuch mit ins Gehirn implantierten Elektroden. Momentan stößt das wegen der Schmerzhaftigkeit des Eingriffs noch auf Akzeptanz-Probleme.

Mit einzelnen Häftlingen wurde der Versuch in der Vergangenheit schon durchgeführt. Ebensowenig schreckte das »National Institute of Mental Health« davor zurück, durch Gehirnwäsche-Techniken, die man sich beim einstigen Kriegsgegner Korea abgeguckt hat, eine Umpolung des Kriminellen zu probieren, eine sogenannte »aversive Konditionierung«. Das abstoßendste Experiment aber, das in den Gemächern der Staatsgefängnisse stattfand, bestand darin, sich in »Clockwork Orange«-Manier einen Pädophilen vorzunehmen, ihm Sex-Filme zu zeigen und eine Schmerz-Droge zu injizieren, sobald ihn eine Szene besonders erregte.

Der biologistische Diskurs spült auch alte eugenische Vorstellungen wieder hoch. Die Bell-Curve-Autoren Herrnstein und Murray bezeichnen die Gebärfreudigkeit der laut Statistik minderbegabten, deshalb ärmeren und auch kriminelleren Afro-Amerikaner und Immigrantinnen als »dysgenetic pressure«, als einen Angriff auf das genetische Volksvermögen der Nation, und fordern deshalb ein Einwanderungsgesetz, das den Interessen der Nation wieder mehr Rechnung trägt.

Aber Bevölkerungspolitik betreiben andere. Diejenigen nämlich, die durch den Ausbau der Sozialfürsorge eine »Kultur der Armut« geschaffen hätten, die durch großzügige Bereitstellung finanzieller Mittel die armen, dummen, afro-amerikanischen Dinger geradezu ermuntere, Kinder in die Welt zu setzen. Es komme jetzt nur darauf an, den Kurs der Bevölkerungspolitik zu ändern. Wie, das ist noch nicht klar.

Der Kollege Richard Lynn, den die Bell-Curve-Fraktion gern zitiert, versucht es vorerst mit Appellen. Seiner Meinung nach sollten die »Armen und Kranken davon überzeugt werden, sich nicht fortzupflanzen, um so die genetische Qualität der gesamten Gruppe nicht zu gefährden«. Und wenn die nicht hören wollen? Da wird dem Mitherausgeber des »Mankind Quarterly«, einer anthropologischen Zeitschrift mit faschistoidem Background, die laut »Kriminologischem Journal« auch mit den amerikanischen Eugenikern vom »Pioneer Fund« verbandelt ist, schon etwas einfallen.

Schließlich geht es um die Verbesserung der Welt. Ein Hauptanliegen auch der »FAZ«. »Isoliert betrachtet erscheint die Verbesserung der Conditio humana als ein erstrebenswertes Ziel, selbst wenn sie durch die Manipulierung des genetischen Apparates erreicht wird«, schrieb Udo Schumacher dort am 2. August in einer Rezension des Buches *Die Internationale der Rassisten* von Stefan Kühl.

Konkret 09/97, S. 42

Justus Wertmüller

Moses und die Hamas

Mit dubiosen archäologischen Befunden versuchen palästinensische und deutsche Antizionisten zu belegen, daß die Juden in Israel eigentlich nichts zu suchen haben. Sie belegen damit aber vor allem, daß der Kern des Antizionismus Antisemitismus ist

Im Nahen Osten hat sich in den letzten eineinhalb Jahren nichts geändert, in der hiesigen Wahrnehmung der dortigen Ereignisse um so mehr. Die Politik Netanjahus unterscheidet sich von der seines Vorgängers in wenig mehr als den forschen Reden, die er aus dem Wahlkampf in die ersten Monate seiner Regierung hinübergerettet hat. Und das Selbstmordattentat als Ausdruck palästinensischen Widerstands gibt es auch nicht erst seit gestern.

Doch während im März 1996 nach den Anschlägen auf israelische Busse noch alle Welt betroffen reagierte, gibt heute nicht nur Arafat (nach einer routinierten Beileidsbekundung) den Juden die Schuld am jüngsten Massaker. In einer deutschen Tageszeitung wurde der Anschlag im »zionistischen, das heißt mononationalen Staat« so kommentiert: Die Palästinenser hätten sich vor Jahren auf einen »US-gesteuerten Friedensprozeß« eingelassen. Der habe wegen »Netanjahus Vertragsbrüchigkeit« und des »Drucks der USA auf die Palästinenser, die Verhandlungen zu immer schlechteren Bedingungen neu aufzunehmen«, dazu geführt, daß die Palästinenser sich der Zumutung ausgesetzt gesehen hätten, »sich auch noch das letzte Hemd abverhandeln zu lassen«. In dieser Situation seien »die Aasgeier von der Hamas zur Stelle« gewesen und hätten 13 Juden, die beim Einkaufen waren, in die Luft gesprengt, »als hätte der Mossad sie bestellt«. Daraufhin habe sich die israelische Regierung an Arafat gewandt und ihn, als sei er der »Dorfschulze von Ramallah«, »in herrischem Ton« aufgefordert, er solle sofort eine wirkungsvolle Kampagne gegen den Terrorismus beginnen. »Wie eine solche aussehen soll, wenn die Ursachen palästinensischer Gewaltbereitschaft nicht zur Kenntnis genommen werden, weiß allein das Alte Testament: Auge um Auge, Zahn um Zahn.« Dabei sei doch offenkundig gewesen, daß »Arafat als Racheengel eines fremden Gottes wohl kaum durchschlagende, systematische und sofortige Wirkung erzielen« würde.

So beantwortet der Nahostspezialist der »jungen Welt«, Werner Pirker, die Frage, »wer nämlich die Hauptverantwortung für die Eskalation der Gewalt in der Region trägt«.

Wer immer noch glaubte, zwischen Antisemitismus und Antizionismus sei ein Trennungsstrich zu ziehen, weil letzterer Ausdruck legitimer Kritik an der Politik Israels sei und nicht mit dem auf Vertreibung und Vernichtung abzielenden Ressentiment in eins gesetzt werden dürfe, mußte nach Lektüre dieser Erwägung eines besseren belehrt sein. Bezeichnend ist die Anreicherung der üblichen antizionistischen Agitation für das vom israelischen und US-Imperialismus unterdrückte Volk um einige Charakteristika der jüdischen »Rächer«-Religion und bestimmte Verhandlungspraktiken ihrer Angehörigen, bei denen dem Redlichen »das letzte Hemd« genommen werde.

Verschwörung gegen die Naturkraft übernatürlicher Kräfte heißt also der Befund, der im übrigen identisch ist mit dem hessischer oder polnischer Bauern vor mehr als 100 Jahren, wenn der jüdische Geldverleiher das Seine mit Zins zurückforderte. Das konnte in der Tat zu dem führen, was nach antizionistischer Lesart dem palästinensischen Volk heute widerfährt: daß man sein letztes Hemd verlor, obwohl es schon damals nichts mit Juden, aber alles mit der Geldwirtschaft zu tun hatte. Doch wie Kapitalismus erst dann wider die Natur geht, wenn der Bankier Jude ist, wird der Nationalstaat erst dann eklig, wenn Juden einen aufmachen.

Im Bild vom fremden Gott der Rache steckt weit mehr als christlich geprägter Antijudaismus, den der Redakteur offenbar noch aus dem Religionsunterricht mitbringt. Erst im Verweis auf die jüdische Religion kommen antiimperialistischer Antizionismus und der ganz gewöhnliche, deutsch geprägte und arabisch rezipierte Antisemitismus zusammen. Die Religion hat, mehr noch als der Mossad, der da eine Art Unterabteilung zu sein scheint, die gespenstische Eigenschaft, über die ganze Welt verstreute Individuen zu einer für die Menschheit bedrohlichen Gemeinschaft zusammenzuschmieden, und ist gleichzeitig der schlagende Beleg dafür, daß die Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft alle Kollektiveigenschaften hervorbringen, außer der »positiven«, sich als Volk konstituieren zu können.

Bei dieser Schau auf »die« Juden arbeiten palästinensische Wissenschaft und deutscher Antizionismus Hand in Hand. Palästinenser versuchen seit den 30er Jahren, sich eine nationale Identität zuzulegen, die ein exklusives Siedlungsrecht des eigenen Volkes für Palästina behauptet. Um eine einigende Ideologie zu stiften, die einerseits den Juden das Recht bestreitet, im Nahen Osten einen Staat zu etablieren, und die gleichzeitig alle Palästinenser unter ein Dach bekommen könnte, galt es weit zurückzugreifen. Es entwickelte sich eine Archäologie, die ihre zentrale Forschungsaufgabe ausgerechnet dem Buch des »fremden Gottes« entlehnte, dem Alten Testament.

Der Bibel zufolge eroberte das Volk Israel, aus der ägyptischen Gefangenschaft heimkehrend, das Gebiet des heutigen Israel (inklusive der Autonomie-Gebiete) und den Sinai. Dabei unterwarf es eine ganze Reihe dort siedelnder Stämme, darunter die Kanaaniter. Weil die Kanaaniter auch nach der Logik des Alten Testaments vor der Rückkunft und eigentlichen

Staatwerdung des auserwählten Volkes im heiligen Land siedelten, bot es sich an, einen kanaanitischen Ursprungsmythos des palästinensischen Volkes zu etablieren.

In modernen Zeiten reicht der Verweis auf ein altes Religionsbuch für die erforderliche Wissenschaftlichkeit einer Herleitung nationaler Mythologie nicht aus. Das war die Stunde der Heimatkunde oder der Archäologie. Das »Zentrum zur Erforschung und Dokumentation der palästinensischen Gesellschaft« der Universität Birzeit in Beirut rekonstruiert nicht nur akribisch die Geschichte aller von den Israelis zerstörten Dörfer, sondern geht einige Schritte weiter zurück, in die Frühgeschichte. Das Dorf Gazer etwa wurde im 18. Band einer Veröffentlichungsreihe der Universität bis zu seinen angeblich kanaanitischen Wurzeln zurückverfolgt. Die Betrachtung endet mit der Erkenntnis, daß die Geschichte der Siedlung begann, als die Kanaaniter »nach Palästina strömten, sich mit der dort ansässigen Bevölkerung vermischten und so die neuen Herren des Landes wurden. Sie bauten viele Städte, darunter Gazer, das an jenem Ort errichtet wurde, wo sich heute das Dorf Abu Shusa befindet.«

Wie auch immer man mit Grabungen nach Mauerresten aus »kanaanitischer« Zeit vorankommt, die Aktivisten werden stets auf die historische Tatsache stoßen, daß spätestens seit 1500 vor unserer Zeitrechnung in vielen der im Nahen Osten siedelnden Stämme und Stadtstaaten die Religion des »fremden Gottes« die vorherrschende war. Damit drängt sich der Verdacht auf, daß es auch ein jüdisches Volk im heiligen Land von alters her gegeben habe. Wer dennoch ein palästinensisches Exklusivrecht auf dieses »angestammte Land« behauptet, läuft Gefahr, sogar von der »FAZ« attestiert zu bekommen, er mische ein »volksmythologisches Gebräu« zusammen.

Dem archäologischen Nachweis, das Urvolk zu sein, muß deshalb ein nicht minder wissenschaftlicher Beweis folgen, daß die Stifter der jüdischen Religion vor dreieinhalbtausend Jahren genauso wenig ein Volk gewesen sind wie die Mehrheitsbevölkerung Israels heute. Besehen wir dazu einen kongenialen Mix aus arabischer Wissenschaft und deutscher Nutzanwendung, der ebenfalls in Pirkers »junger Welt« erschienen ist. Dort übernahm Lothar A. Heinrich die wissenschaftliche Beweisführung, daß die These von der Existenz eines jüdischen Volkes allein »die ideologische Grundlage des von seinen Gründungsvätern dezidiert nur im Rahmen der imperialistischen Expansion im Nahen Osten vorgestellten zionistischen Siedlerkolonialismus der letzten hundert Jahre ist«.

Unter Verweis auf ein Buch des jordanischen Politologen Ali el-Hashash erklärt Heinrich: »Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg für die Existenz einer spezifisch jüdischen Ethnie in der Antike, auch nicht in Palästina.« Man möchte ihm Recht geben. Ethnien, ob spezifisch oder unspezifisch, gibt es wirklich nur in den Köpfen von Nationalisten und, wenn es deutsche sind, Rassenkundlern. Doch genau das sind der Journalist Heinrich und sein jordanischer Gewährsmann. Ihr Erkenntnisziel ist es nicht, Ethnologie zu entlarven, sie wollen den Juden und ihrem Staat ans Leder. Erforscht werden müsse die »Ur- und Frühgeschichte der arabischen Gesellschaft« und die »Ethnogenese einer Region«, kurzum, der Nachweis muß her, daß es, wo immer Juden nach ihrer Vertreibung aus Palästina auftauchten, »alle möglichen Ethnien gab, aber keine Semiten aus Palästina«.

Semiten sind, Heinrich zufolge, eine südarabische Ethnie, die zeitweilig den »Judaismus« als Staatsreligion angenommen habe, die Mütter und Väter des heutigen palästinesischen Volkes also. Den Judaismus haben sie anscheinend später gegen das Christentum und dann gegen den Islam eingetauscht, als Volk - und das ist die Hauptsache - blieben sie im Blute rein und mit beiden Füßen auf der angestammten Scholle. Heutige Juden stammen, glaubt man Heinrich, irgendwie aus dem sich im 5. Jahrhundert »zwischen Kaukasus und Wolga entwickelnden Chasaren-Reich, dessen Staatsvolk tatarisch, d.h. türkisch war«.

Und so empört sich die »Junge Welt«, daß »Israel in der Vergangenheit alles unternommen hat, um etwa die Arbeit palästinensischer Archäologen systematisch zu behindern«. Als antirassistische und antifaschistische Bemühung wird ein antisemitischer Rassenkundler den Versuch der israelischen Regierung, diese Ethno-Archäologie zu unterbinden, schwerlich begreifen können (das völkische Gebuddel geht heute im Autonomiegebiet fröhlich weiter).

Die ganze Phalanx der Friedensfreunde, die weit über Protagonisten wie Pirker, Heinrich und el-Hashash hinausreicht, wendet seelenruhig den säkularisierten und damit zur Privatsache des Staatsbürgers umgewidmeten Religionsbegriff, wie er in Westeuropa seit der Aufklärung gilt, auf die Juden und ihre Religion. Völlig unkritisch rezipieren sie dabei den Fluch der Aufklärung: die völkische Ideologie der Nation.

Die Juden haben erstmalig als Bürger Israels Gelegenheit, sich von der Religion und ihren Zumutungen zu emanzipieren. Im Auge um Auge heimzahlenden Rächergott Pirkers und in der semitischen Ethnie Heinrichs, zu der Juden nicht gehören dürfen, wird das Spiel weitergetrieben, das mit der ideologischen Sonderbehandlung der Juden in der aufklärerischen Religionskritik seinen Anfang nahm: Sie stiften die Identität der christlich oder islamisch geprägten Völker unter Ausschluß des Anti-Volkes. Christliche und islamische Staaten mögen Kriege gegeneinander und untereinander führen, ihre wechselseitige Anerkennung läßt sich trotzdem mit Stalins Wort über die Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs auf den Punkt bringen: »Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt.«

Für die Juden und ihren Staat gilt das, mangels anerkannten Volkes, nicht. Mit allen darin enthaltenen Drohungen - vom Schutzgenossen-Dasein unter palästinensischer Hoheit bis hin zum populären »Werft sie ins Meer! « Das ist die Botschaft des Antizionismus, ob er nun von einem multinationalen Palästina schwadroniert oder den israelischen Juden großmütig ein Bleiberecht zuspricht, ohne vom jüdischen Staat zu sprechen.

Daß eine weltweite Revolution geboten ist, die mit dem Kapitalismus alle Staatsgrenzen samt Volkstümern und ethnischen Identitäten von der Landkarte und aus den Hirnen wischt, ist gewiß die einzige kommunistische Wahrheit, die man heute formulieren kann. Wer den antinationalen revolutionären Funken jedoch ausgerechnet im Nahen Osten springen sehen will, bereitet zwar möglicherweise eine Revolution vor. Der Sieg dieser Unternehmung aber gabe nicht nur den israelischen Juden, sondern auch der weltweiten Emanzipation der Menschen den Rest.

Konkret 09/97, S. 44

Eike Geisel

Die F□ higkeit □ u mauern

In der begründeten Hoffnung, ihre Kunden verschmerzten dann leichter die rapide Verschlechterung ihrer Dienstleistungen, hat die Bundespost beschlossen, Briefmarken künftig mit einem neuen Aufdruck zu versehen. Auf den neuen Postwertzeichen steht nur noch »Deutschland«, die Bezeichnung für die politische Form des Gemeinwesens, »Bundesrepublik«, entfällt. Wer seine Post nun mit noch größerer Verspätung erhält, darf sich mit der nationalen Botschaft des Aufklebers trösten; wer künftig einen Brief frankiert, entrichtet keine bloße Beförderungsgebühr mehr, sondern einen Solidaritätszuschlag. Ab jetzt werden Beitragsmarken geklebt.

Wer indes nicht nur mit der Zunge, sondern auch mit dem Herzen dabei sein möchte, wie die Bundesrepublik sich in Deutschland verwandelt, der schenkt dem kleinen, gezackten Viereck weniger Aufmerksamkeit als den großen Symbolen. Nach ihnen giert das Land wie vordem nur dessen östliche Zone nach Mangos. Gedenkstätten, Museen und Denkmäler sind die Südfrüchte der nationalen Identität. Und die delikateste unter ihnen ist das Holocaust-Denkmal, das in Berlin errichtet werden soll.

Waren die Juden Europas vordem wegen nichts und für nichts ermordet worden, so sollen sie nun, ein halbes Jahrhundert nach Auschwitz, endlich den Profit abwerfen, den man damals nicht aus ihnen hatte ziehen können: Nach fünfzigjähriger Lagerfrist im Nirgendwo sind die Seelen der Ermordeten zu jenem süßen Stoff vergoren, durch dessen Verzehr die Deutschen endlich Geschmack an sich selber finden wollen. Und der Ort dieser frivolen Kommunion wird das Holocaust-Denkmal sein. Es wird zum Monument der Vernichtungsgewinnler, die hier dann die Messe eines neuen Kollektivs zelebrieren, das sich wahlweise Erinnerungsgemeinschaft, Verantwortungs- oder Wertegemeinschaft, vorzugsweise aber – so die Initiatoren des Projekts – »Land der Täter« nennt. Dank der Ermordeten haben sie sich zu diesem Reich der Dritten Art zusammengefunden, wie um die Plausibilität des Kollektivschuldvorwurfs auch im nachhinein zu demonstrieren. Vor einem Jahrzehnt waren sie noch auf der Suche nach Mutti und Vati gewesen, um die durch die Geschichte zerrissenen Familienbande wieder zusammenzuknüpfen. Lieber einen Nazi als gar keinen Vater, so lautete die Devise, unter der sich die Bewältiger damals zusammenrotteten. Ihr familiäres Verhältnis zur Vergangenheit findet nun, wo sie mit der Auffassung ernst machen, die Familie sei die Keimzelle eines Volkes, seine logische Fortsetzung in Stahl und Beton von gigantischen Ausmaßen. Das künftige Holocaust-Denkmal, keineswegs so handlich wie etwa die Erzählung *Vati*, ist vor allem Ausdruck eines heftigen Wunsches seiner Befürworter: Sie wollen lieber ein »Land der Täter« als gar keine nationale Kuschelecke. Und insofern ist die Hauptinitiatorin des Projekts, Lea Rosh, nur eine Art Fortsetzung Peter Schneiders mit anderen Mitteln.

Das geplante Denkmal, konzipiert als nationale Weihestätte mit Vorgaben zur »Annäherung an das Denkmal durch die Bevölkerung« und zur »Annäherung im Rahmen staatlicher Anlässe«, ist freilich nur der rituelle Schlußstein einer jahrelang gepflegten Bemächtigungspraxis. In deren Verlauf haben sich die Landsleute bei Ausstellungen, Seminaren, Kursen und Betroffenheitsprojekten aller Unart über die imaginierten Eigenschaften der vertriebenen oder umgebrachten Juden hergemacht, um angeblich herauszufinden, was jüdisch sei. Am Ende sagen sie voller Inbrunst: »Wir Deutsche«. Sie haben sich bei diesem spirituellen Kannibalismus nicht anders verhalten als die Angehörigen eines wilden Stammes, die das Gehirn oder andere Körperpartien des getöteten Feindes verspeisen, um dessen eingebildete Qualitäten auf sich zu übertragen. In der Bundesrepublik hatte die völkische Wahrnehmung und Inbesitznahme der Ermordeten die Form einer kollektiven Selbsttherapie angenommen. Aufgrund dieser Erfahrung können nun viele Zeitgenossen den Juden wieder erklären, wie sie sich als solche zu verhalten hätten. Manche pochen dabei auf mehr als die durch den geistigen Verzehr erworbenen Kenntnisse von Folklore und Religion, sie reklamieren verwandtschaftliche Beziehungen.

Die Fernsehjournalistin Lea Rosh war, wie sie einmal gegenüber der »Zeit« ausplauderte, über die Beschäftigung mit dem administrativen Massenmord (den sie lieber Völkermord nennt) zur Neigungsjüdin geworden, weshalb sich die arische Edith dann Lea rufen ließ. In ihrem Fall blieb es freilich nicht bei Neigung und Wahlverwandtschaft, also bei den durchschnittlichen Zudringlichkeiten, derer sich die Juden erwehren müssen. Sie unternahm den erfolgreichen Versuch, die toten Juden unter deutsche Vormundschaft zu bringen. Einspruch von den Überlebenden blieb aus. Und wenn man heute in Deutschland das Wort Holocaust hört, denkt man deshalb unwillkürlich an eine GmbH unter dem Vorsitz von Lea Rosh.

Ihr und ihren Mitstreitern zufolge sollte sich die Monströsität des Verbrechens in die Dimension des Mahnmals übersetzen. Es sollte, wie der Direktor des Jüdischen Museums in Berlin, Amnon Barsel, lakonisch kommentierte, »eine große Sache auf einem riesigen Arsenal« entstehen. Außerdem mußte man gegen die Konkurrenz bestehen, gegen Israel, »die da natürlich ganz anders rangehen« (Lea Rosh), und natürlich gegen die USA, deren Griff nach dem deutschen Eigentumsrecht an den Ermordeten Lea Rosh besonders empörte, als in Washington das Holocaust-Museum ohne ihre Zustimmung gebaut wurde: »Dieses Museum wird außerhalb Europas errichtet, in einem Land, das in den Mord nun

wahrlich nicht verstrickt war.« Schließlich galt es, sich gegen falsche Mündel abzusichern, die es sogar hingenommen hätten, von der Denkmalsinitiative unter Kuratel gestellt zu werden. Zigeuner nicht erwünscht, ließ die eingebildete Jüdin von ihrem Ehemann Jakob Schulze-Rohr, dem Geschäftsführer des Denkmalvereins, erklären: »Die reinrassigen Zigeuner wurden geschont und als interessante Rasse anerkannt. Die wurden nicht verfolgt ... Wir wollen einfach verhindern, daß durch eine Pauschalisierung alles in einen Topf geworfen wird.«

Als die Jury Ende März zwei erste Entwürfe prämierte, eine überdimensionale, schräg ansteigende Grabplatte und ein Geviert aus Stahlträgern, da kaprizierte sich die Kritik vornehmlich auf ästhetische Fragen: »monumental und offiziös«, »Schwere des Materials« (»taz«), »heroisches Zeichen« (Museumsdirektor Barsel), »jämmerliche Materialschlacht« (3. Preisträgerin Renata Stih). Leser fragten besorgt: »Wie wäre es mit Zärtlichkeit, der Aufforderung zum Verweilen, mit konkretem Leben?« Andere rechneten vor, daß für das Eingravieren der Namen aller Ermordeten, sollten diese Namen eine andere Schriftgröße haben als die Buchstaben auf dieser KONKRET-Seite, eine Grabplatte von der dreifachen Größe des zur Verfügung stehenden Grundstücks erforderlich wäre. Einhundert Graveure wären 30 Jahre beschäftigt, und es entstünden Lohnkosten von rund 300 Millionen Mark. Eine »Machbarkeitsstudie« soll jetzt Auskunft geben über die Fähigkeit zu mauern.

Man könnte zur Finanzierung der Platte, schlägt die Denkmalsunternehmerin vor, auch einen toten Juden adoptieren und für dessen Namenszug zahlen. Aus Neigungsjuden würden durch diese postmortale Zwangsadoption dann vollwertige Nachkommen der Toten. Und damit wäre das Holocaust-Denkmal der Stein der Waisen, die endlich ihre Eltern gefunden haben. Die neuen Erbschleicher vergreifen sich deshalb auch gleich an der Tradition ihrer annektierten Vorfahren und wollen die Grabplatte mit Felssteinen aus Massada garnieren. Dort hatten Juden zur Zeit der römischen Besatzung kollektiv Selbstmord begangen. Für diesen frühen Schritt in die richtige Richtung werden sie nun spät von den Deutschen geehrt, die leider jenem Heroismus zwölf Jahre lang etwas nachhelfen mußten.

Alle beteuern ihre gute Absicht. Und genau die gilt es zu fürchten. Niemand hat bei dem Dreischritt von der Humanität über die Nationalität zur Frivolität je die Frage gestellt, mit welchem Recht sich Deutsche so fürsorglich an den Ermordeten vergreifen. Walter Benjamins Warnung, daß die Sieger vor den Toten nicht Halt machten, wäre für Lea Rosh das Geschwätz »ewiger Besserwisser«. Zu diesen gehört auch Julius Posener, der aus der Emigration zurückgekehrte Architekturhistoriker. Schon 1985 schrieb er: »Nach vierzig Jahren habt ihr das Recht auf ein Mahnmal an diesem Ort verwirkt.«

Und warum melden sich die Juden nicht zu Wort gegen diesen Diebstahl ihrer Erinnerung? Sie sind die lebenden Ausstellungsstücke in einem Land, das kein nationales Holocaust-Museum braucht, weil es selbst eines ist. Ihre zaghaften Einwände nehmen sich aus wie Feigheit vor dem Freunde, dessen Zuneigung sie sich nicht sicher sein können. Je bohrender ihre Zweifel, desto heftiger schmiegen sie sich an die Macht an. Sie zahlen nun an Lea Rosh den Preis für das Geschenk, das sie dem Kanzler gemacht haben. In der Neuen Wache haben sich die Opfer den Tätern beimengen lassen. Jetzt müssen sie die Umklammerung durch den Sieger hinnehmen.

Konkret 09/97, S. 45

Wolfgang Pohrt

Erinnerung an Eike Geisel

Wir kannten uns nicht, bevor wir 1975 in Lüneburg Kollegen wurden. Die Pädagogische Hochschule dort hatte uns als Assistenten engagiert, auf Betreiben der Exil-Frankfurter Hermann Schweppenhäuser und Günther Mensching. Mit der »inneren Emigration« und ihren Zirkeln sympathisierten wir, aber unserem Naturell entsprach sie nicht.

Der Job, die Institution und der Ort verlangten Selbstaufgabe oder Streit. Eike suchte ihn, er tat es mit Spottlust, Eloquenz und großsprecherischem Charme. Manche waren ihm dankbar dafür, daß er auszudrücken wagte, was sie fühlten. Doch viele ertrugen es nicht, daß einer, der ihnen im Schreiben und Formulieren überlegen war, ihre akademische Wichtigtuerei bloß komisch fand. Als die Gekränkten mehrheitlich über unsere Fortbeschäftigung entscheiden durften, waren wir die Pfründe los.

Bedauern tat es keiner, trotz horrenden Stundenlohns. Für unsere Berufstätigkeit im engeren Sinn hatten wir nämlich die Eintagewoche eingeführt. Alle Dienstgeschäfte einschließlich der Lehrveranstaltungen wurden montags abgewickelt. Saßen wir dann abends wieder im Zug, der uns raus brachte, weg von dem Kaff und nach Hannover, wo wir unsere Wohnungen hatten, so vertrieben wir uns die Zeit damit, unser Schicksal zu bejammern: Ein Hundeleben, daß man überhaupt irgendwelche Zeit in dieser Blödenanstalt absitzen muß. Eike gelang es dann, exakt so zu wirken, wie man sich einen feinstes Tafelsilber gewöhnten englischen Lord vorstellt, wenn widrige Umstände ihn dazu zwingen, daß er sein Bett mit Flöhen und Läusen teilt. Nach so einem Tag, meinte er mal, bräuchte er einen Butler. Der hätte sich, während er den Aperitif serviert, höflich nach seinem Befinden zu erkundigen und bekäme die knappe Antwort »abscheulich«.

Heute weiß niemand mehr, was Luxus ist. Eike machte es mit ansteckender Unbekümmertheit vor: Auf die Pfründe pfeifen, obgleich man sich das eigentlich überhaupt nicht leisten kann. Wo wir herkamen, war kein Geld im Hintergrund. Man sah das an den schlechten Zähnen. Verbeamtet sein hieß daher, daß man sich beim Zahnarzt die Kronen und Brücken machen ließ, die man sich vorher nicht hatte leisten können.

Es gibt Bedingungen, unter denen man über seine Verhältnisse leben muß, wenn man die Fähigkeit behalten will, morgens ohne Ekel in den Spiegel zu schauen. Eike zog die Konsequenz daraus. Leicht war das nicht, auch einen begabten Schreiber wie Eike kostet es viel Kraft, sich heute beim Schreiben an Marx und Heine messen zu wollen. Als ich ihn zum letztenmal traf, im März 1995, wenige Monate, bevor er nach einer Herzattacke für immer das Bewußtsein verlor, sah er müde aus. Zugleich war bei ihm wieder das Interesse erwacht an Fragen, die uns in grauer Vorzeit beschäftigt hatten. Er las gerade Marx, ich mußte passen.

Mit der Zeit ergab es sich, daß wir dies und das voneinander erfuhren. Eike hatte irgendwann damit angefangen, Israel zu besuchen, woanders kam ein mittelloser Abiturient aus Deutschland, der weit weg wollte, schlecht hin. Er hatte dort Freunde gefunden, Verbindungen geknüpft und Hebräisch gelernt. Er mochte dann dieses Land, wo es vom Bazar mit den orientalischen Gewürzen zum Berliner Antiquariat aus den zwanziger Jahren nicht weit ist. Er mochte die Menschen, die in Polen oder Deutschland Juden waren und in Israel polnischer oder deutscher Herkunft. Vielleicht gefiel es ihm, daß sie es fertigbrachten, sogar einen Deutschen nicht nur zu ertragen, sondern Freundschaft mit ihm zu schließen, wenn er sie als Person überzeugte.

Auf eine seiner Reisen nach Israel, es mag 1978 gewesen sein, konnten meine Frau und ich ihn begleiten. Gemeinsam besuchten wir in Tel Aviv Hanna Levy-Hass. Unsere Gastgeberin war weit herumgekommen. Die Deutschen, schon damals auf dem Balkan aktiv, hatten sie von Montenegro nach Bergen-Belsen deportiert. Hanna Levy-Hass hatte das Lager überlebt und einen Bericht darüber geschrieben. Nun sprach sie darüber, vielleicht zwei Stunden lang, auf Deutsch, Französisch, Serbokroatisch und Hebräisch. Wir saßen da und hörten zu wie gebannt.

Eike brachte dann diesen Bericht in der Bundesrepublik als Buch heraus. Er korrespondierte mit Hanna Levy-Hass, er besuchte sie, in Tel Aviv oder wenn sie gerade irgendwo in Europa war, er lud sie zu sich ein. Er tat ungleich mehr, als man vom gewissenhaftesten, fürsorglichsten Herausgeber erwarten könnte. Er tat es, obgleich solche Bekanntschaften etwas Quälendes, Niederdrückendes, Würgendes an sich haben, weil man in das Grauen, das der andere erlebte, hineingezogen wird.

Warum er das tat, warum er sich das auflud - ich fand auf diese Frage lange keine Antwort. Weder besaß Eike die professionelle Kälte des Sozialarbeiters, noch suchte er jenen sadomasochistischen Lustgewinn, der so oft das wahre Motiv derer ist, die sich en detail mit den Vernichtungslagern und ihren Opfern befassen. Zu denen, die sich lieber Salz in die Wunden reiben, als das Leben zu genießen, gehörte Eike nicht.

Er hing nicht an Auschwitz, das unterschied ihn von den Bewunderern der Singularität. Aber er hing an Menschen, in deren Leben Auschwitz nun mal die zentrale Rolle spielte. In den *Minima Moralia* zitiert Adorno Nietzsche mit dem Satz »Es

gehört selbst zu meinem Glücke, kein Hausbesitzer zu sein«, und ergänzt: »Dem müßte man heute hinzufügen: es gehört zur Moral, nicht bei sich selber zu Hause zu sein.« Für die älteren Juden in Israel, die einen Teil ihres Lebens in Polen oder Deutschland verbracht hatten, war das Nicht-bei-sich-selbst-zu-Hause-sein kein moralischer Imperativ, sondern eine Unvermeidlichkeit.

Eike mochte dieses Nicht-Niedergelassensein. Obgleich er gern in Israel war und Hebräisch sprach, zog er nie in Erwägung, sich dort dauerhaft anzusiedeln. Er mochte Israel als ein Land, wo man Fremder sein und bleiben konnte. Daran, Jude zu werden, lag ihm nichts. Weil er bei sich selbst nicht zu Hause sein wollte, waren andere es. Die Zimmer, wo Eike wohnte, hießen den Besucher willkommen. Weil er das Gebundensein fürchtete, besaß er ein feines Gespür dafür, wann jemand sich im Käfig fühlt, und wie ihm dann zu helfen wäre.

Zum Beispiel war mal nach Krankenhausaufenthalt und längerer Bettruhe zu Hause ein Arztbesuch fällig, Eike spielte den Chauffeur. Auf der Rückfahrt machte der Krankentransport einen nicht geplanten Zwischenstop. Eike hatte das beste Cafe am Platze angesteuert und lud zu Apfelstrudel mit heißer Vanillesoße ein. Seither gibt es eine Person, die an Eike zurückdenkt, als habe er sie aus langjähriger Gefangenschaft befreit und ihr die Welt zurückgegeben, von der sie ausgeschlossen gewesen war. Eike wußte das, ohne daß darüber gesprochen worden wäre. Er ließ nur die kurze Bemerkung fallen: »Na, wie fühlt man sich so, wieder raus aus dem Knast?«

Dies Gefühl vermittelten Eikes Texte. Als der moraltriefenden Lobgesänge auf »Schindlers Liste« wegen die Luft hier wieder mal zum Schneiden war, klang das *so: »Es muß endlich ein Ende haben mit dem gekrümmten Gang«, forderte 1987 der Schriftsteller Peter Schneider. Seit Anfang März 1994 gibt es ein Heilmittel, das in gut drei Stunden den chronischen nationalen Haltungsschaden beseitigt. Der preiswerte volksorthopädische Artikel heißt »Schindlers Liste« und ist ein Renner Bereits Mitte März hatten, wie der »Spiegel« stolz vorrechnete, »317.482 Zuschauer die Rettung von 1.100 Krakauer Juden gesehen.« Es wird jeden einzelnen Überlebenden freuen, daß ihm nun schon mindestens 337 aufrechte Deutsche nachträglich zur Seite stehen.*

Um den Autor von der Begeisterung zu unterrichten, die sein Artikel hervorrief, mußte ich mich durchfragen bis zu einem Anschluß in Israel. Eike logierte dort im Haus eines Freundes unweit Tel Aviv. Seinen Artikel, der in Deutschland nicht erscheinen konnte, habe nun die »Ha'aretz« gebracht. Das Wetter sei wunderschön, und im Haus gebe es viel Platz.

Es war eine Einladung, alle Stickigkeit und Beklemmung hinter sich zu lassen. Vom Alltag verblödet, wie ich war, schlug ich sie aus. Ich werde keine mehr erhalten.

Konkret 09/97, S. 46

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Fluß ohne Raum

Was zu beweisen war: »Katastrophen schaffen oft eine andere politische Wirklichkeit«, jubilierte die »Zeit« anläßlich des Oder-Hochwasser-Showdowns und meinte nur das zügige Vorwärtspreschen der »inneren Einheit« in die entlegenen Ostgebiete bzw. nach Mitteldeutschland. Doch Größeres begab sich: Unsere Soldaten können wieder siegen und werden es wohl, nach menschlichem Ermessen, bald öfter unter Beweis stellen. Wer noch zweifelte, daß die Deutschen in den vergangenen paar Jahren als parfümierte Deofaschisten wiedererweckt worden sind, sollte nun, nach Herzogs Sportpalastrede und dem » Wunder an der Weichsel« (»Spiegel«), pardon: »Oder«, ein Einsehen haben. »Die Bundeswehr«, weiß Helmut Kohl inzwischen, »ist die Armee des Volkes. Wir sind stolz auf sie. «

Am Abend »betet der General... faltet Hans-Peter von Kirchbach die Hände: Für den Sieg, für das Leben seiner Männer. und daß - um Gottes willen - der Deich nicht bricht« ()Stern«) - aber der Sieg in der »größten Schlacht, die die Bundeswehr je geschlagen hat« (ebd.), ist nicht vom Himmel gefallen. »Da stehen Frauen und Männer, Kinder und Greise zusammen, um Sandsäcke zu füllen und Barrikaden (!) zu bauen. Da wächst die Gewißheit, daß auch unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten gemeistert ... werden können, wenn die Gemeinschaft zusammensteht und tut, was getan werden muß« (ebd.).

Es geht also wieder los. Selbst der Pazifist und zum »Deichgrafen« beförderte bündnisgrüne Umweltminister Matthias Patzeck »verhehlt nicht, daß mich das, was die Bundeswehr an Einsatzbereitschaft, an Kampfgeist gegen diese Flut und auch an Hilfsbereitschaft einbringt, beeindruckt hat. « Die Bundeswehr, die eben erst mit dem Anzünden von Ausländern und mit Vergewaltigungs-Testläufen ihren Ruf als heilsbringende Friedensarmee gefestigt hatte, kann ihren Kampfgeist wieder überall einbringen, und zwar »wo immer es not tut« (Rühe). Vorerst ist ihr Haupteinsatzgebiet noch das Kernland. Aber was hatte Helmut Kohl gefordert? »Gebt den Flüssen mehr Raum.«

Konkret 09/97, S. 46

Michael Schilling

In diesem Sinne - Spiel, Sat , Sieg: DDR

War das ein deutscher Sommer: Grünes Trikot, gelbes Trikot und beste Mannschaft bei der Tour de France, dem härtesten Wettbewerb der Welt, errungen von unserem Sprint-Giganten Erik Zabel und unserem Tour-Helden Jan Ulrich, betreut vom Meistertrainer Peter Becken assistiert vom Wasserträger Jens Heppner. Zweiter Platz unter den Nationen, direkt hinter den USA, beiden Weltmeisterschaften der Leichtathleten in Athen, Gold für Riedel, Breuer Kumbernuss. Auch in Sevilla, bei den Schwimmweltmeisterschaften: Gold für Andreas Wels, Silber für Holger Schlepps und Annika Walter ...

Keiner der Reporter konnte sich daran erinnern, daß da mal was war: daß sie uns vier, fünf Jahre lang in jedem Blatt, auf jedem Sender von den stalinistischen Funktionären erzählt hatten, die schon die Kinder zum Training gequält und mit Drogen mißhandelt, und von Trainern und Sportlern, die im Sold der Stasi ihre Konkurrenten ausgespäht haben. Alles vergessen?

Nicht doch. Sie erinnerten sich nur zu gut, und die Umsicht, mit der Jan Ullrich bei ihnen »der Merdinger«, »der Hamburger«, auch mal »der Rostocker« hieß, aber nie »der Berliner«, bezeugte es: Ullrich nämlich war bis zum Ende der DDR ausgerechnet für Dynamo Berlin, den Verein des MfS, gefahren. Daß »Ulla« damals erst 16 war. nützte den Reportern nichts. Der Eindruck, Deutschland verdanke den ersten deutschen Tour-Sieg aller Zeiten nicht zuletzt dem Wirken Erich Mielkes, war unter allen Umständen zu vermeiden. Weshalb auch die frühere Wirkungsstätte des Ullrich-Trainers ungenannt blieb, der. weil er nach der Wende jedermann ungefragt beteuert hatte, er sei zwar bei Dynamo, nicht aber bei der Stasi gewesen, unter Radsportlern nur »der Stasi-Becker« heißt.

Ohne Ullrich, Zabel und Heppner, den letzten DDR-Meister der Straßenfahrer hätte das Team Deutsche Telekom gleich zu Hause bleiben können, wie die deutschen Leichtathleten ohne Riedel, Kumbernuss, Breuer wie die deutschen Schwimmer ohne Wels, Schlepps, Walter und all die anderen Produkte des DDR-Sports. Was heißt hier Stasi? Was Drogen? Was Kindesmißbrauch zum Ruhm der sozialistischen Nation? Wenn s dem der ganzen deutschen dient, glänzdie öffentliche Meinung mit einem synchron eingesprungenen Alzheimer.

Konkret 09/97, S. 46

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Putbuser Lektionen

»Unzucht mit Abhängigen« hat der Schriftsteller Wolfgang Hilbig genannt, was seit der großdeutschen Einigung den DDR-Bürgern widerfährt, aber es läuft doch eher auf die Züchtigung von Abhängigen hinaus, die sich, gelehrig bis zur völligen Selbstaufgabe ()Identität«), Reisefreiheit und Deutschmark wünschten, aber den Kapitalismus bekamen und seither darüber jammern, daß dieser haargenau so aussieht, wie in ihren M/L-Lehrbüchern nachzulesen war. Sehend das Falsche zu wählen, das ist natürlich wenig schmeichelhaft; hinterher darüber zu klagen, unwürdig. Geradezu borniert aber müssen sie sein, wenn sie nach alledem bis heute keine linke Partei formiert haben, deren erster Programmpunkt, eben jenen M/L-Werken zufolge, die »Expropriation der Expropriateure« wäre. Nichts anderes liegt auf der Hand. Das gesamte Volkseigentum der DDR, das ja Staatseigentum war. wurde 1989ff akkurat enteignet bzw für ein paar Glasperlen, etwas Feuerwasser und eine symbolische Mark eingetauscht. Wie lautet die Formel? »Rückgabe vor Entschädigung « Das müßte der zweite Programmpunkt sein.

Vorerst aber läuft der Laden profitträchtig weiter wie nichts Gutes. Jetzt hat Franz zu Putbus vor dem Verwaltungsgericht Greifswald Klage auf Rückerstattung von ca. 15.000 Hektar Wald und Wiesen, Schlössern und Gutshäusern auf Rügen erhoben - und, Rechtsstaat ist Rechtsstaat, verloren. Zu Putbus war nämlich keineswegs, wie angegeben, von den Nazis seinerzeit enteignet worden und hatte noch nach Kriegsende Grundstücke aus dem Großgrundbesitz verkaufen lassen. Das hindert ihn nun freilich nicht daran, a) um Rückerstattung vor das Verfassungsgericht zu ziehen und unterdessen b) die Grundstücke, die er c) schon einmal verkauft und auf die er d) bislang zumindest keinen Anspruch hat, noch einmal zu veräußern. Wie er das macht, ist eine Lektion nicht nur großjunkerlicher Anmaßung, sondern auch kapitalistischer Finesse. Das langwierige Verfahren nämlich blockiert sämtliche Investitionen der jetzigen Eigentümer. Solange es »schwebt«, schließt die Berliner Muttland-GmbH, der zu Putbus alle seine Rechte übertragen hat, mit den Betroffenen Vereinbarungen: Gegen Zahlungen in fünf- bis sechsstelliger Höhe verzichtet die Firma auf Rückerstattungsansprüche. Als Mehrheitsgesellschafter der Muttland- GmbH aber fungiert wer? Genau: zu Putbus. Sein Prinzip heißt »Entschädigung vor Rückgabe« und ist explizit das, was die PDS, die Partei des solidarischen Kapitalismus, zur Ankurbelung von Investitionen in ihrem Einzugsgebiet immer gefordert hat.

Konkret 09/97, S. 50

Kunst & Gewerbe

Intro

Dieses Mal wird nur dokumentiert: Was aufgelaufen ist, und zwar zwecks Evokation des Evidenten schlechthin. Viel mehr ist, auch wenn linksradikale Leser von linksradikalen Blättern überall und immer eine Meinung beigelegt haben wollen, manchmal nicht nötig bzw. angezeigt.

Wie man Schrott erkennt, ohne daß Schrott drauf steht, so manch Arges und Albernes dito. Die Waffen der Kritik noch an jedem Kleingemüse schärfen zu wollen, heißt sie vernutzen und ist der Revidierung der obwaltenden Weltzustände eher ab- als zu- und mit ihr eben deshalb unverträglich.

Wo die Realität endet I

Einladung zur Pressevorführung von »Blackout« von Abel Ferrara:

Wüster Sex Alkoholexzesse und Drogen-Dröhnungen rund um die Uhr - innerhalb dieser Koordinaten spielt sich das vermeintlich glamouröse Leben des Hollywood-Superstars Matty (Matthew Modine) und seiner Freundin Annie (Beatrice Dalle) ab. Doch als Annie gesteht, ihr gemeinsames Kind abgetrieben zu haben, und der exzentrische Regisseur und Nachtclub-Besitzer Mickey (Dennis Hopper) diese Tragödie öffentlich ausschlachtet, driftet Matty endgültig ins Delirium ab. Noch selbstzerstörerischer als je zuvor gibt er sich heißen Affären und kaltem Rausch hin – bis seine Welt in einem alles verschlingenden Blackout zusammenbricht.

18 Monate später: Matty ist clean, hat eine neue, hinreißende Freundin (Claudia Schiffer) und versucht, der Vergangenheit zu *entfliehen. Vergeblich, denn panische Alpträume und quälende Fragen treiben ihn an den Rand des Wahnsinns. Warum ist Annie unauffindbar« Welche Geheimnisse verbirgt Mickey?' Wer ist die tote Frau, deren fahles Gesicht durch sein Unterbewußtsein geistert« Wo endet die Realität, wo beginnt der Wahn.' Es gibt für Matty nur eine Lösung, um seines Lebens wieder Herr* zu *werden oder um es zu beenden. Er muß erneut in den alles verschlingenden Rausch der Exzesse eintauchen.*

Wo die Realität endet II

Kritische Sozialwissenschaft am Ende (des Jahrhunderts):

Gemeinsam mit dem Sommertheaterfestival veranstalten wir im August 199 7 eine Vortragsreihe: »Reste des Ganzen. Kunst und Kultur der Gegenwart.« Die Vortragsreihe befaßt sich mit (der Rolle von) Kunst und Kultur am Ende eines Jahrhunderts; zu einer Zeit, in der moderne Gesellschaften neu definiert werden. Moderne Gesellschaften wollten ökonomisch-militärisch und kulturell souverän sein. Kultur umfaßte im weiteren Sinn die besonderen Gewohnheiten, Gebräuche und Sitten, Moral und Tradition einer sich national abgrenzenden Gesellschaft im engeren Sinn ihre literarischen, musikalischen und bildnerischen Ausdrucksformen. Die autonom werdende Kunst sollte im Falle der Kulturnation Symbol des Ganzen sein.

*Die Welt liegt in Stücken. Sie verbindet zunehmend Einzelnes, Differentes über immer weitere Räume hinweg - oder sie schließt sie immer deutlicher aus, hat hierfür keinen Raum. Die Zusammensetzung der Stücke wird dabei Aufgabe des Einzelnen. Das repräsentative und exemplarische Kunstwerk gibt es in diesem Kontext nicht mehr Schrift und Stimme haben ihre Autorität ebenso verloren wie jene Kunst, die sich in Objekten dauerhaft und ausstellbar niederschlägt Die Kunst-Stücke der Welt in Stücken sind flüchtig und uneindeutig. Orte und Formen haben gewechselt. Es ist nicht zu*fällig, *daß der Körper gleichzeitig universales Ausdrucksmedium und Träger des Partikularen, einen besonderen Stellenwert in dieser Welt, ihrer Kultur und Kunst erhält.*

Was sehen wir, wenn wir die Stücke zusammenfügen, ohne daß sich die naheliegende und ferne Welt zu einer Einheit formt? Was entsteht, versucht der Betrachter. »sich ein Bild zu machen«? In den Vorträgen reflektieren Kulturwissenschaftler und Soziologen die Veränderungen unserer Zeit und deren Auswirkungen auf unsere Wirklichkeit. Selbst Bestandteil des kulturellen Geschehens, zeigen sie Perspektiven des Sehens.

(aus einer Pressemitteilung des Hamburger Instituts für Sozialforschung)

Optimaler Effekt

Der Bochumer Theater-Intendant Leander Haussmann gewährt dem Stadtmagazin »Marabo« ein Interview:

Marabo: »Du lieferst Schlagzeilen am laufenden Band. «

Haussmann: »Die Zeit ist schlagzeilenorientiert. Man gibt ihr also welche. Man fängt an, etwas von sich zu behaupten, das man nicht ist. Aber das ist Entertainment, ich bin ein Entertainer und das zu sagen, fällt mir nicht schwer«

Marabo: »Das hatte seit deinem Antritt in Bochum zur Folge, daß viele dich gerade deswegen als ernsthaften Theatermacher in Frage stellten. >Ich mache Quatsch, damit die Leute ihren Abend rumbringen<, hast du einmal gesagt. Dein Verantwortungsgefühl als Regisseur eines städtischen Theaters wurde angezweifelt.«

Haussmann: »Es ist ein Pech für die Stadt, daß sie mich geholt hat, als meine große Romeo & Julia-Zeit gerade vorbei war. Ich hätte mit Shakespeare noch tierisch absahnen können, aber die Zeit war eben vorbei. Die Stadt hat eine verlogene Haltung zum Theater: >Ich leiste mir 'nen Hofnarren, damit er mir die gesellschaftsrelevanten Aufführungen bringt. Der erledigt das für mich.< Das ist wie eine Verabredung. Aber das ist schon in Ordnung. Ich will nicht auf der Stadt herumhacken. Die lassen uns in Ruhe. «

Marabo: »Aber um gesellschaftsrelevante Themen scheinst du dich weniger zu kümmern, wobei gerade die Einmischung oft gefordert wird. Dabei wimmelt es hier von Arbeitslosigkeit, Dumpfheit und Konflikten. Schau die Bergmänner Muß aktuelles Theater nicht die Probleme thematisieren, bevor sie sich entfalten ?«

Haussmann: » Wenn wir als Künstler das tun würden, wären wir verloren. Sollen denn faustische Themen zugunsten von alltäglichen zurücktreten? Nein, ich verstehe mich als Wunderheiler der den optimalen Effekt erzeugen möchte, obwohl er weiß, daß er ganz unten anfängt. Ich bin auf der Suche nach dem, was nicht mehr da ist: Naivität, Liebe, Leidenschaften. Wenn ich ein Liebesproblem habe, dann find' ich das ebenso gesellschaftsrelevant wie eine Frau, die ihren Mann verachtet, weil er arbeitslos ist und zu Hause rumhockt.«

First aid for bad art

Eine Selbstanzeige der Medienkünstler und Erfinder Peter Gersina und Florian Borkenhagen:

» Vorsicht! Kunst schadet der Gesundheit!« So ist ein Artikel in der Kunstzeitschrift »art«, Ausgabe 2/97, überschrieben. Der Beitrag beruft sich auf eine Studie des britischen Fachblattes »Museums & Galleries«, die belegt: Museums- und Ausstellungsbesuche bergen ein hohes gesundheitliches Risiko. Die Symptome: Atemnot, Augenbrennen, Kreislaufzusammenbrüche, Schwindelanfälle und Folgeerscheinungen wie Alpträume oder nächtliche Schweißausbrüche. Kunststädte von Weltruf legendäre Meisterwerke und Großausstellungen gelten als besonders risikoträchtig.

Der Medienkünstler Peter Gersina, bekannt durch andere ungewöhnliche »Popularisierungsmaßnahmen für Kunst« (Deutschlands erster Kunstsupermarkt »Art & Carry«, seine multimediale Werbekampagne »Genießen Sie Kunst« oder die Bilderreihe »Der Krieg der Künste«) und der Designer Florian Borkenhagen (documenta-Teilnehmer 1987, spezialisiert auf die Schnittstellen »Mensch-Produkt-Gesellschaft«) haben für Kunstmessen und große Ausstellungen ein Erste-Hilfe-Konzept entwickelt: »First aid for bad art«, kurz FABA. FABA ist ein Dienstleistungsservice als life performance. Und eine life performance als Dienstleistungsservice. FABA ist ambulante Hilfeleistung zum Umgang mit Kunst. Wer ist FABA? Die FABA-Erfinder Gersina und Borkenhagen werden durch ein kompetentes Einsatzteam von Psychologen, Ärzten und einer Kunsthistorikerin - Dr. Wilhelm Schmid-Bode, Dipl. Psych. Louis Lewitan, Dr. med. Udo Beckenbauer und Dr. Eva Gesine Baur - sowie von »Assistenzschwestern« unterstützt, die gemeinsam potentielle »art victims« betreuen werden. Was bietet FABA? Das FABA Team leistet ambulante Betreuung der Ausstellungsbesucher vor Ort mit speziell ausgerüsteten und deutlich erkennbaren Einsatzfahrzeugen. Die Hilfeleistungen beziehen sich sowohl auf physische als auch auf psychische Beeinträchtigungen. Das FABA-Team macht den Besucher im voraus vertraut mit dem, was auf ihn zukommt, und warnt Anfänger vor Überdosierung. Es bietet Entspannungstraining unter professioneller Anleitung, Massagen in Problemzonen, Notversorgung akuter Beschwerden und Kreislaufstärkung. Das Team sorgt durch gesprächstherupeutische Intervention für die Aufhellung der zugrundeliegenden Schwierigkeiten und empfiehlt weiterführende Maßnahmen.

Libellensprünge

Irmtraud Gutschke rezensiert unter der Überschrift »Das wahre Leben im falschen« (sie!) in der Sozialistischen Tageszeitung »Neues Deutschland« das neue Werk *Die Fehler des Kopisten* von Botho Strauß. Anfang, Mitte und Ende ihrer mimetischen Miszelle:

Dieses Buch kann man lange lesen - man muß nicht, aber man kann Wochen damit zubringen, Monate vielleicht, um es nach Monaten, Jahren wieder aufzuschlagen und wieder etwas darin zu finden, was sich neu ins Gedächtnis gräbt. Spannend, nein, das ist es nicht. Wenn man sich über ein paar Seiten hinweg gefangennehmen ließ, blättert man zurück. War da nicht noch etwas, das zu bedenken war?...

Darf ich dem Autor übelnehmen, daß er meine Hoffnung verneint und nur noch eine »weite Ebene mit Pfützen und Altwasser« sieht, »Rückstände des verschwundenen Flusses«? Pfützen und Altwasser - da flieht er lieber zu den grünen

Wiesen, weil er nur dieses eine Leben hat. Flucht ist es, Haltsuche. Und nichts Klügeres fällt ihm ein, »als daß man sich gegen eine verschleuderte Welt einen welthaltigen Garten anlegt, gewissermaßen ein geläutertes Konzentrat aus Pflanze, Buch und Träne«. Das hat er schön gesagt. ...

Nicht mehr und nicht weniger als Bemerkungen bietet er an - eine ganze Sammlung von Zitierenswertem, Lichtblitze im Überfluß: »Heimlich geht wohl alles Denken in Libellensprüngen, und denkend überwindet es das Jähe. « Schnelle Blickwechsel: Plötzliches Tiefenstarren und gleich wieder die Sehnsucht nach dem Naheliegenden. Diese Sehnsucht bleibt dem Kopfmenschen ungestillt. Ersucht das Empfinden, stärker, subtiler. und kommt schon wieder beim Denken an: » Und so wird das Maß aller Dinge das Vermissen bleiben. « Die Zeit verrinnt, der Augenblick ist nicht festzuhalten. »Im Noch erfüllt sich alle Hoffnung.«

Wo die Realität anfängt I

Dieter Gorny, 1989 Initiator der Popkomm und heute Chef von Viva, antwortet der »Taz«:

Taz: »Sind deutsche Politiker unlocker, haben sie Berührungsängste?«

Gorny: »Es klafft hierzulande einfach eine Lücke zwischen Kreativen und denen, die die Rahmenbedingungen schaffen. Politik tut sich schwer mit einem Kontext, den sie für schillernd hält. Wir haben in Deutschland nicht etwa die Tradition wie in England, wo die Britpop-Bewegung nahezu nationales Anliegen ist. Wieso ein Blair als Signum politischer Umwälzung, völlig selbstverständlich mit diesen Bestandteilen umgeht, indem er eben Herrn Gallagher zu sich nach Downing Street einlädt.«

Taz: »Da hat aber auch ein Umdenken stattgefunden. John Lennon sang noch von >pig-headed politicians<.«

Gorny: »Brutal gesagt: John Lennon ist ja auch schon lange tot. Wir dürfen nicht eine Zeit, in der das Establishment und die aufkommende Jugendkultur qua Definition kontrovers zueinander standen, mit einer Realität vergleichen, in der Politiker und Kreative aus einer Generation kommen. Politik muß sich heute klarmachen, daß sich der gesellschaftliche Status ffl in hohem Maße sowohl künstlerisch darstellt als auch, im weitesten Sinne, ökonomisch. Man muß das Thema mal auf die wirtschaftlichen Eckdaten runterztehen.«

Wo die Realität anfängt II

Eine Information der »Burda Kommunikation«: *»Goldene Henne 1997« für helfende Bundeswehr-Soldaten. Ehrenpreis von »Super Illu«, »Super TV«, MDR und Berliner Friedrichstadtpalast. Für den beispielhaften Einsatz der Bundeswehr während der Hochwasserkatastrophe an der Oder erhält stellvertretend für die 9. 000 Soldaten Generalmajor Hans-Peter von Kirchbach (56) den Ehrenpreis »Goldene Henne 1997«. Das entschieden heute die Veranstalter dieses Publikumspreises, die Zeitschriften »Super 171u«, »Super TV«, der MDR und der Berliner Friedrichstadtpalast »Die Soldaten haben sich in bewundernswerter Weise für die Opfer der Katastrophe eingesetzt«, sagt Jochen Wolff, Chefredakteur der »Super Illu«. »Mit ihrem unermüdlichen Kraftakt haben sie auch sehr viel Sympathie für die Bundeswehr gewonnen.«*

Mit der »Goldenen Henne« werden jedes Jahr die drei beliebtesten Unterhaltungsstars der Menschen in den neuen Bundesländern ausgezeichnet ... Die »Goldene Henne« wird in Erinnerung an Helga »Henne« Hahnemann vergeben.

Ach Kinder

Aus einem Diskussionsprotokoll der Westberliner Akademie der Künste, Anfang der 60er Jahre:

Martin Heidegger: »Das Thema lautet: >Was ist eine Akademie heute?< Ich vermisse an dem Titel die genauere Bestimmung... Wovon sollen wir ausgehen? Vom Heute?«

Gesprächsleiter: »Das Heute ist eben die Situation, in die wir gestellt sind.«

Heidegger: »... Wir können natürlich keine geschichtsphilosophische Erörterung hier eröffnen - aber ungefähr kann man das sich klarmachen, was das Heute ist.«

Diskutant: »Jedenfalls nicht Gestern. «

Heidegger: »Aber Morgen.«

Diskutant: »Das ist auch drin, aber das muß nicht sein. «

Heidegger: »Gibt es ein Heute ohne Morgen?«

Diskutant: »Es gibt ein Heute.«

Heidegger: »... Sagen Sie mir doch um Himmels willen, was heute los ist!«

Diskutant: »... Ich würde sagen, wenn ich das Wort »Heute<

höre, bedeutet das für mich: Es ist seit Ende des Krieges alles in Frage gestellt, was früher war und was einmal Bestand hatte ... «

Heidegger: »Ja, wodurch denn?«

Diskutant: »Durch den Mißbrauch aller Gebräuche.«

Heidegger: » Wodurch kommt der Mißbrauch?«

Diskutant: »Durch das Dritte Reich. «

Heidegger: »Ach Kinder. so kommen wir nicht weiter ... «

Die Gehirnwäsche gilt allenthalben als fürchterlich und schrecklich. Es gibt aber Gehirne, denen eine Wäsche ganz gut täte.

Johannes Gross

Hamburger Anthologie*

Peter Maiwald

Jericho

Nichts da: Posaunen! Rasseln, Quetschen, Tröten
Holzpfeifen brachten Jericho zu Fall
Blockflöten, Rätsch brachen ihren Wall
die Kinderlieder, weiche Steine Töten.
Auch nicht: Kanonen! Teddybären drückten
die Tore ein, es kippten manchen Turm
die Flieger aus Papier, ein Drachenwurm
Figuren aus *Glas,* die in die Stadt einrückten
und schworen: Nie mehr herrsche hier *das* Alte
und bauten auf ein neues Jericho
darin sollt sein, was neu und jung ist, froh
und bauten Mauern, daß es sich erhalte
bis Rasseln, Tröten schallten vor den Toren
und innen *Rufe- Ach,* wir sind verloren.

Allerdings: Kinder veranstalten manchmal einen Lärm, daß die Wände brechen möchten. Aber Wälle, Mauern, ganze Festungen gar? Da muß Popo, die Poesie-Posaune, im Spiel sein. Bzw. »Rasseln, Quetschen, Tröten welche Steine Töten« und, höre und röhre, »Jericho zu Fall« brachten. Peter Maiwald, der offenbar etwas zuviel Kaba-Fit getrunken hatte, als er diese »Bibelrevision« erdichtete, stellt sich mit seinem lautstark Hingereimten in die Tete, die Teddybären-Tradition, solch betörender und begnadeter Barden wie Herbert »Currywurst« Grönemeyer und Bettina »Rückgrat« Wegner, die ihrerseits und seinerzeit bewiesen haben, daß die Beschwörung von Infantilität für manche als politisches Programm vollauf genügt.

Heute töten Maiwalds Blagen den Stein, den Dieter Dehms Neogenossen gestern noch mit weichem Wasser höhlten. Ist das Fortschritt oder bloß Triumph der »Holzpfeifen« und »Blockflöten«'> Kinder an die Macht, wieder und wieder? Hört das

vielleicht nie auf? Gebt den Schwindlern das Kommando, sie b'rechnen nicht, was sie tun? Sind so kleine Zähne, ist son kleines Kinn, darf man nicht reinschlagen, denn sonst gehn kaputt?

Ach, Maiwald, Piotr, nur so viel:/Dichtung ist kein Playmobil/Lyrik ist kein Lego/Nichts für ungut, prego.

* in der »FAZ« abgedruckter Gedichte

Konkret 09/97, S. 53

Günther Jacob

Pop in der Standortfalle

Jung, deutsch und auf dem Weg nach oben«, hieß der Preis, den der Musiksender Viva letztes Jahr der Hamburger Pop-Gruppe Tocotronic verleihen wollte. Als die drei Musiker, die sich so nicht definieren lassen wollten, die Annahme verweigerten, brauchte die Moderatorin einige Minuten, um die Entscheidung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. So selbstverständlich schien den Verantwortlichen ihr Motto, daß sie sich eine Kritik daran nicht einmal vorstellen konnten.

Nun findet sich die Band abermals in einen Kontext gestellt, den sie sich nicht ausgesucht hat: Sie ziert den Titel der jüngsten »Deutschland-Ausgabe« der Kölner Popkulturzeitschrift »Spex«. Doch anders als bei früheren Heften zu diesem Thema, wird dieses nicht als das angekündigt, was es ist - eine für bundesdeutsche Musiker reservierte und mit den entsprechenden Anzeigen finanzierte Sonderausgabe -, sondern als kritische Auseinandersetzung mit

Trend zur Popkulturnation Deutschland (vgl. KONKRET 10/96). Das jedenfalls suggeriert der quer über Tocotronic montierte Aufmacher: »Pop-Standort Deutschland: Die Nationalisierungsfalle«.

Der Titel ist ein Meisterstück an Camouflage, denn Titel und Inhalt verhalten sich etwa so zueinander wie in vielen bürgerlichen Tageszeitungen das Feuilleton zu den politischen Seiten: Während auf den Kulturseiten schon mal gemahnt und gewarnt werden darf, wird im Hauptteil Klartext gesprochen. So auch hier: Da lockt eine Redaktion ihre Medienpartner mit der Aussicht, exklusiv über jene zu berichten, die jung, deutsch und auf dem Weg nach oben sind. Die Anzeigenabteilung fährt mehr als ein Dutzend Aufträge von den entsprechenden Labels ein, und die doppelt freien Mitarbeiter interviewen Nachwuchskräfte, die, obwohl sie »um die Ecke, in direkter Nachbarschaft leben«, bisher glatt übersehen worden sind. Warum nur ein »Schwerpunkt Deutschland«-Heft diese Menschen aus der Unsichtbarkeit erlösen kann, das wird zwar an keiner Stelle offen gesagt, aber es wird klar, daß jene Nichtnachbarn, die die Charts und Trendseiten blockieren, dazu für einen Moment zur Seite treten müssen.

Eine »Zwischenbilanz« soll gezogen und der potentielle Nachwuchs vorgeführt, also gefördert werden. Und warum? Fehlt es an Musikern? Gibt es nicht genügend Anwärter, so wie beispielsweise im Bergbau? Was ist mit in Deutschland lebenden Popgruppen wie Mr. President, Carrapicho, Rodriguez, Space Frog, Black Attack, The Boyz oder DJ Quicksilver? Fehlt es weltweit an Bands und DJ-Produzenten, die dazu bereit sind, Prodigy von Platz 1 zu verdrängen? Oder interessieren nur die Nachwuchskräfte mit dem richtigen Paß?

Die »Förderung der Nachwuchskräfte« war schon immer ein Thema, hinter dem sich die Unzufriedenheit mit dem hohen Marktanteil der angloamerikanischen Musikgruppen verbarg. »Spex« rechtfertigt die Notwendigkeit einer *German Issue* denn auch mit dem Argument, man müsse die kleinen Firmen retten: »Denn nur, wenn es gelingt, den etablierten Vertriebssystemen, die mehrheitlich von den Majors kontrolliert werden, eine Alternative entgegenzustellen, besitzt der Indie-Gedanke eine Perspektive.« Daß die Musik dadurch besser wird, wird in »Spex« nicht behauptet. Es reicht zu wissen, daß es sich bei den Majors um weltweit tätige Konzerne handelt. Denen gegenüber traten die Indies stets als Anwälte von Region & Nachbarschaft auf Regionalismus und patriotischer Protektionismus kam gerade in den bundesdeutschen Popszenen stets von ganz unten - von den lokalen Rock-Büros und Kleinlabels, die ihre Bands nur durch Appelle an den Lokalpatriotismus und die gesetzliche Verpflichtung zur Nachwuchsförderung ins Radio schieben konnten. Viva-Chef Dieter Gorny kommt aus dieser Szene.

Auf »Spex« ist dort allerdings niemand mehr angewiesen. Nachwuchsstars werden inzwischen sogar am Ende von »Heute«-Sendungen im ZDF vorgestellt. BMG-Ariola startete letztes Jahr die große Talentaktion »Farne 96«, Sony und die anderen Majors haben ähnliche Initiativen laufen; die Pop-Komm und Viva sind ebenfalls in dieser Sache tätig, und nun - letzte Meldung - will auch der Volkswagenkonzern (deutsche) Newcomer fördern. Zu diesem Zweck wurde eigens die Volkswagen Sound Foundation gegründet. Dem Beirat gehören u.a. Gerhard Schröder und Dieter Gorny an. Das Image »Förderung deutscher Popkultur« hat inzwischen einen ähnlich großen Marktwert wie ein Konzert mit Pink Floyd. Die Öffentlichkeit liebt Wachstumsbranchen, zumal in diesem Fall, wo der ökonomische Erfolg wie ein Sieg an der Kulturfront rezipiert werden kann. Man muß heute nicht für die Quote sein, um vom Pop-Standort Deutschland zu profitieren. Man muß nur das machen, was man immer schon machte, und vielleicht noch den Talentscout für Viva, ZDF, Marlboro, Goethe-Institut etc.

Die Pointe ist, daß man sich daran beteiligen muß, wenn man ein deutsches Popmagazin am deutschen Markt sein will. Oder, wie man in »Spex« sagt: »Die Alternative wäre, gar nicht mehr über Dinge zu schreiben, die in direkter Nachbarschaft geschehen. Das aber hat die Musik und die von ihr repräsentierte Kultur nicht verdient. Der Rest wäre Schweigen.« Und wer gibt schon freiwillig eine Position auf? Zumal, wenn man mit der Frage angetreten ist, »wie man die

Früchte des Kapitalismus, die Prinzipien der Betriebswirtschaft ... gegen den Strich bürstet, sie einem besseren, humaneren Nutzen zuführt: das war die ehemalige Idee« (l/96).

Man muß den Blattmachern also ihre Abneigung gegen Deutschtümelei nicht absprechen, um zu bemerken, wie sie durch ihre - gewollte - ökonomische Abhängigkeit von den Ressourcen der Musikindustrie letztlich doch politisch ins Schleudern geraten. Nicht wenige Formulierungsanleihen bei zurückliegenden KONKRET-Texten zum Thema zeigen, daß es an gutem Willen nicht fehlt. Das Ergebnis der Bemühungen fiel dennoch so aus, wie es nur ausfallen konnte: Nachdem die Anzeigen akquiriert und rund 25 junge deutsche Talente interviewt waren, bemerkte man die Abwesenheit der nach deutschen Maßstäben Nichtzugehörigen und gab noch einen Text über »türkischen HipHop« in Auftrag. Auch das war wahrscheinlich gut gemeint, was jedoch nicht entschuldigt, daß die Immigrantenkinder durchweg als »ausländische Rapper« bezeichnet werden, die daran denken, »ob man nicht zurück in die Heimat, also Türkei, sollte«. So steht es auch in »Bravo«: »Die türkischen Rapper wollen, daß Türken und Deutsche einander näherkommen, daß die unterschiedlichen Kulturen voneinander lernen.«

Besonders heftig schnappte die »Nationalisierungsfalle« dann bei einem Jungunternehmer-Roundtable zu: Fünf Geschäftsführer, Großhändler und Mitbetreiber diskutierten dort über Marktchancen »deutscher Breakbeats«. Hier zeigt sich, daß man als Kleinunternehmer von ökonomischen Mechanismen nichts wissen muß. Es genügt, daß man mit ihnen arbeitet, dabei aber so tut, als ginge es um musikalischen Geschmack. Die Diskutanten, die da mit neoliberalen Gedanken im Kopf über ihre Marktchancen philosophieren, Gründungsmythen erfinden und die Risiken der Zahlungsunfähigkeit abwägen, wissen, was mit »Pop-Standort Deutschland« gemeint ist. Frage: »Könnte sich das Ungleichgewicht zwischen englischen und deutschen Produktionen in naher Zukunft ändern?« Antwort: Ja, wenn »bei der Bewertung allein auf die Qualität geachtet wird«. Frage: Haben wir »genug DJs, die den Standard der englischen Stars haben?« Antwort: Ja, und deshalb sehen die »Besucher nicht mehr ein, warum sie für einen englischen DJ so viel Geld bezahlen sollen, wenn deutsche Akteure gleiche Qualitäten liefern«. Immerhin hat niemand gesagt: »Hätten die Tommies den Pop nicht, könnten sie ja überhaupt nichts mehr exportieren.« Das stand kürzlich in »Musix - Das Konzertmagazin«.

Konkret 09/97, S. 54

Mathias Wedel

Vor allem bezahlbar

Nach der Wende wollte der Westen die ostdeutschen Plattenbausiedlungen, Inbegriff sozialistischer Wohnkultur, allesamt schleifen. Daraus ist nichts geworden. Statt dessen geht man nun mit den Waffen der Verschönerung gegen die Bewohner vor

»Die Fehler des Kopisten habe ich gelesen. Es gibt da diese Stelle bei Botho Strauß >Man wünscht sich weite Flächen abgeräumt und frei für eine neue Stadt. Die Zeit nach einem Umsturz ist dem Konstruktiven weitaus günstiger als dem ewig Organischen, dem Anpassen und Restaurieren<, da habe ich mich auch erschrocken gefragt: Was will er in der Zwischenzeit mit den Leuten machen? Wohin will er die deportieren lassen, während das alles hier weggeräumt wird?«

Wolfgang Hilbig im »Freitag«

Der Ossi ist empfindlich. Je mehr man ihm wegnimmt, desto unleidlicher wird er. Die Straßennamen »Wilhelm Pieck« oder »Straße der Deutsch-Sowjetischen-Waffenbrüderschaft« hat er nie sonderlich geliebt. Aber daß man sie ihm verbietet, empfindet er als eine gemeine Einmischung in innere Angelegenheiten. Dabei meint es der Westen nur gut mit ihm und rechnet optimistisch damit, daß der Ostler den Namen Torstraße für Wilhelm-Pieck-Straße doch irgendwann schöner finden wird, weil er per se doch schöner ist.

Parallel zu dieser verordneten Gewöhnungskur verslumt, verrottet, verroht und verödet die Straße von Woche zu Woche mehr. Die Fürsorge des Westens reicht nicht fürs Substantielle, sondern zumeist nur fürs Symbolische. Alle hundert Meter formuliert ein in Marmor und Stahl gefaßter Bürozweckbau die funktionellen und ästhetischen Ansprüche - Alltags- und Lebensferne, Hermetisierung -, die der Westen für die Ostberliner Innenstadt vorgesehen hat. Die Architektur wirft der Wohnbevölkerung ihre ambitionslose Existenz vor. Sie schämt sich für die tagediebisch herumwuselnden Lebewesen. Sie sind nicht vermögend, gebildet und gebadet genug für die neue Stadt. Sie gehen unpassenden Professionen nach oder gar keinen. Sie sind falsch gekleidet.

Doch die Leute, die zu den neuen Häusern passen könnten, sind noch nicht aufgetaucht. Hinter den Fenstern der monströsen Rundlinge, in Stahlblau oder Rosé gefaßt, ist kein Leben. Ab und zu schaltet der Wachschutz die Kontrollbeleuchtung ein und schnippt die Bierbüchsen vor den gläsernen Portalen zur Seite. Ostdeutsches Delirium und westliches Kulturbringertum verschwistern sich.

Anders in den Plattenbausiedlungen, den weitgehend wessifreien Zonen. Dort hat sich eine am Sozialismus gestählte Population aufs Überwintern der historischen Episode »freie Marktwirtschaft« eingestellt. Dort funktioniert die eingeübte Kollektivität der Bürgerschaft wieder, wie sie in Hausgemeinschaftskellern (die oft zu kleinen Bars mit Volksfestwimpeln und Sportfestbembeln in den Spreelacardregalen hergerichtet waren), beim Kampf um den Ehrentitel »Goldene Hausnummer« oder in leidenschaftlich ausgetragenen Balkonverschönerungswettbewerben gewachsen ist. Das Abstandsgrün vor den Blöcken ist - ungeachtet der neuen Eigentumsverhältnisse - wieder kollektiver Besitz. Die Phase, in der man auf ihm Trabanten und DDR-Einbauküchen entsorgte, war geschichtlich knapp. »Privat geht vor Katastrophe« - das bringen sie einfach nicht fertig! Schon finden wieder »Subbotniks« statt, freiwillige Arbeitseinsätze von unfreiwilliger Komik nach Leninschem Modell zum Aufsammeln von Hundehaufen und leeren Flaschen.

Gleich nach der »Wende« war der Westen großmäulig mit der »Vision« übergekommen, die Trabantenstätte zu schleifen. Technisch sei das möglich - der Schutt könne problemlos im Autobahnbau untergemischt werden. Jeder fünfte Ostdeutsche, insgesamt rund eine Million Menschen, lebt dort. Man wollte sie schreddern und planieren - mal im Namen der Natur, mal im Namen eines zu feurigen Extragewinnen aufgelegten Immobilienmarkts. Nicht die Menschen natürlich, nur die Löcher, in denen sie sich hinter Preßspanplattentüren verschanzt hatten. Der Westen war sich sicher, daß die Leute eigentlich nur mit staatlichem Zwang in diesen Behausungen - von ihnen selbst liebevoll »Arbeiterschließfächer« oder »Honeckers Rache« genannt - gehalten worden waren, daß die niemand lieben könne. Jetzt würde das verzwergte Mietervolk aufatmen und sich nach der lichten Höhe der westdeutschen DIN-Wohnungsnorm strecken. Man sah sie schon in Scharen ihre sieben Sachen raffen - Stehlampen, Aquarien und Wäschetrockner - und auf den freien Wohnungsmarkt der Innenstädte fliehen, wo ihnen ein erklecklicher Mietzins abzuknöpfen war.

Nichts von dem geschah. Die Menschen verharrten stumm vor ihren »Zeutrie«-Schrankwänden, die entweder rechts oder links an der längeren Wand der Balkonstube stehen, je nachdem, wo die TV-Antennenbuchse angewachsen ist.

Der grassierende Leerstand in Plattenbausiedlungen ist - zumindest in Berlin-Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen, in Leipzig-Grünau oder Dresden-Gorbitz - eine Mär, eine Wunschvorstellung westdeutscher Kulturbringer. Im Verwaltungsbereich der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn in Berlin, der mit 160.000 Bewohnern größten Plattenbausiedlung des Ostens, stehen nur 0,7 Prozent der Wohnungen länger als drei Monate leer. (Kein Vergleich

mit dem Leerstand der neuen Bürobauten in den innerstädtischen Bezirken Berlins.) Hier verharren keineswegs nur die mit dem Schicksal der Altersimmobilität geschlagenen DDR-Altlasten oder »sozial randständige« Alkoholiker, Sozialhilfeempfänger und ledige Mütter. Das Durchschnittsalter beträgt 34 Jahre; hier werden mehr Kinder geboren als anderswo in Berlin; die Arbeitslosenquote ist geringer als in Bremen, Bochum oder Hannover. Jeder 4. Haushalt verdient mehr als 4.000 Mark, mehr als im bürgerlichen Berliner Westen, in Zehlendorf beispielsweise - eine Tatsache, die den CDU-Wadenbeißer Rüdiger Landowsky periodisch zu öffentlichen Wutausbrüchen reizt.

Die Leute denken gar nicht daran, sich hinaus in die Freiheit zu begeben. Die in den Augen westdeutscher Städteplaner entwürdigenden Verhältnisse finden sie gemütlich und anheimelnd: Die Zimmer heißen bei ihnen immer noch Räume (wer per Annonce im Osten eine 3-Zinuner-Wohnung sucht, ist sofort als Wessi enttarnt). Daß die Grundrisse auf ewig vorgeben, wo das Kind zu schlafen und wo das Ehebett zu stehen hat, ist für sie keine Freiheitsbeschneidung, sondern eine Entscheidungshilfe. Daß hier nur die Kleinfamilie Platz findet, das Ideal sozialistischer Familienpolitik, ist ein Geschenk des Himmels: Das erleichtert die Familienplanung, die traditionell der Wohnungsgröße folgt, keineswegs umgekehrt; das bewahrt vor der Versuchung, sich mit einem Zweit- oder Drittkind zu »überschulden« und kindernärrisch zu vergessen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse wirklich sind. Und schließlich - daß man die organischen Geräusche aus der »Naßzelle« noch auf dem Balkon hört (ein Stockwerk tiefer ohnehin), macht die Vertrautheit aus, die man in Familienbanden und nachbarschaftlichen Solidargemeinschaften nicht missen möchte. Außerdem blüht es hier so bunt wie nirgendwo sonst im Osten, dank des Quelle-Gartenversandes.

Im übrigen bleibt man weitgehend von Westlern verschont. Die Frage »Wohnen da auch keine Westler?« wird für Wohnungssuchende immer öfter ein Kriterium, etwa wie man fragt, ob die Bude auch ein Fenster nach Süden hat...

Auf verbale Ausfälle gegen ihr Zuhause reagieren die Ostdeutschen allergisch und prompt. Inzwischen sind sie so dünnhäutig und »selbstbewußt« geworden, daß sie sich auch nicht das harmloseste Pejorativ mehr gefallen lassen. Und dann kommt es noch darauf an, wer was sagt. Das Wort »Plattenbau« klingt aus Wessimund ganz anders als im heimischen Idiom. Ein Leserbrief in der »Berliner Zeitung«:

»Auch ich und viele meiner Bekannten und Freunde finden es endlich an der Zeit, daß nicht nur Sie, sondern alle Medien diese diskriminierenden Begriffe nicht mehr verwenden. Wenn Ihnen Ostkollegen sagen, daß Plattenbau schon früher gebraucht wurde, ist das falsch. Wir haben in diesem Zusammenhang nur von >Neubau< gesprochen. Das hämische >Die Platte< ist eine Erfindung der Westberichterstattung. Die Wohnungen waren nicht so schlecht, und die meisten Leute wollten sie auch haben. Vor allem waren sie aber bezahlbar! Das Äußere dieser Wohnblocks war leider nicht sehr attraktiv, und das mag Ihnen als Wessis dabei das Wichtigste sein, ist doch eine schillernde Fassade für sie notwendiger als ein guter Inhalt.«

Selten ist auf wenigen Zeilen so viel ostdeutsches Denken geronnen. Da haben wir das »Wir« der unverbindlichen Solidarisierung (alle meine Bekannten und Freunde), das stolz ist auf ein Denken, das nur im Konsens existiert. Da haben wir die Bezichtigung des journalistischen Wendehalses (Ostkollege, der Wessis zum Munde redet), die idyllische Erinnerung an die kollektive Sprachregelung (»wir« haben von »Neubau« gesprochen), die Unterstellung westlicher Sprachregelung aus ideologischen Zentralen des Feindes (Erfindungen westlicher Berichterstattung). Da haben wir das »Es war nicht alles schlecht« und schließlich die Entlarvung des Westlers an sich (mehr Schein als Sein).

Während die Platte weiter tapfer bewohnt und als letzter Freiraum einer »gewachsenen Identität« verteidigt wird - nicht zuletzt, indem sie immer gemütlicher, d.h. mit schwerem Kunstlederramsch und postmodernem Kitsch aus den Bilderläden, mit Versatzstücken des »Landhaustils« aus dem Ikea-Bastelprogramm und mit vergoldeten Tiffany-Lampen-Imitaten und Sofapüppchen aus dem Quelle-Katalog aufgefüllt wird -, wächst ihre Bedeutung als Ideologem. Und zwar auf beiden Seiten, auf Seiten ihrer Bewahrer und auf Seiten ihrer Bezwinger: Sie steht als Zeichen für den Anspruch des untergegangenen Staates, soziale Probleme industriell und technisch lösen zu wollen - durch den Obergang zum »industriellen Wohnungsbau« als Staatsdoktrin in den 60er Jahren. (Zwischen 1958 und 1990 entstanden 2,2 Millionen Wohnungen in Fertigbauweise.) Dieser Anspruch wird heute im Osten von den Plattenbaubewohnern keineswegs ironisiert, sondern im Gegenteil idealisiert. Die Platte ist Erinnerung an eine Zeit, in der das Wünschen noch half. Wenn nur genügend ökonomisches Wachstum, technische Fähigkeit und Ehrgefühl des deutschen Facharbeiters zusammenkommen und eine Regierung regiert, die »alles zum Wohle des Menschen« unternimmt, muß es weder Not noch Elend geben auf der Welt - keine Obdachlosen, kriminellen Jugendlichen und kein Mietwucher. Die Platte, so häßlich sie ist, steht als Erinnerung dafür, daß die Wohnung keine Ware war, daß Wohnen nicht Teil des Existenzkampfes sein muß.

Sie steht auch für die Absage an das Menschenrecht auf Individualität. Ein Wert, der im Osten desto geringer geschätzt wird, je mehr man sich in Massen wiederfindet - im »Heer der Arbeitslosen«, in der Masse der Enttäuschten, die sich von ihren Lebensleistungen enteignet und um ihre Perspektiven betrogen sehen. Da wird die Uniformität plötzlich positiv als »soziale Gleichheit« erlebt, als »typisch ostdeutsche« Einfachheit, die einem die ekelhafte Erfahrung erspart, daß Menschen einerseits aus den wohligen Gefügen der Hausgemeinschaften ausgespien werden und andererseits plötzlich als neue Millionäre oder »Wendegewinnler« an einem vorbei ins Eigenheim ziehen.

Auch die rechtwinklige Ästhetik wird verteidigt. 80 Prozent der Marzahner geben an, sie fühlten sich in ihren Blöcken wohl. Nur das Angebot an Autostellplätzen, so die fundamentale Kritik kürzlich auf dem »Thüringer Tag der Wohnungswirtschaft«, kollidiere mit der automobilen Aufrüstung der Bewohner. Aber auch das hat seinen höheren Sinn, der durch ästhetischen Feinsinn nicht zu kritisieren ist: Die Auslegerlänge des Krans, der mit einer Volldrehung mehrere Blocks hochziehen konnte, bestimmte die Abstände zwischen den Quadern. So entstanden einerseits flächenfressende »leere« Ecken und zugige Schluchten. Anderseits fehlt es an Verkehrsraum, seit man quer zur Fahrbahn parken muß. Die Raumästhetik, das Binnenklima zwischen den Bewohnern, hat der Kran bestimmt (nicht mal die Partei). Sie steht damit angeblich außerhalb jeder ästhetischen Kritik. Deshalb stößt der liebevolle Versuch linker Stadtraumtheoretiker, die Platte als engagierte Fortsetzung der Moderne, als Bewahrerin der Bauhaustradition schönreden zu wollen, bei den Bewohnern nur auf Gleichgültigkeit. Für ihre Art zu wohnen haben sie keine Verteidigung nötig.

Unwirsch reagieren sie, wenn der Boulevardjournalismus ihre Gevierte als Vorhölle, als Hort des Bösen entdeckt. »Die Angst geht um im Plattenbau«, titelte kürzlich das Kotzblatt »Super-Illu«, eine von Wessis verbrochene auflagenstarke Kampfschrift für »ostdeutsches Selbstbewußtsein« - und hat sich damit jede Menge Liebeserklärungen an das Wohnen in Trabantenstädten eingehandelt. Immer mehr gescheiterte Existenzen bevölkerten die Platte, schrieb das Blatt über seine Leser, die in Berlin mehrheitlich links wählen. Die Magazine der privaten TV-Sender berichten aus den Großsiedlungen nicht selten wie von einem Kriegsschauplatz. Die Kulisse lädt einfach dazu ein. Die Plattis verschärfen daraufhin zwanghaft ihren ohnehin peniblen Ordnungssinn und verdichten die gegenseitige Kontrolle (wer wirft wann was in den Müll? Wer hat die Keller-Vortür nicht abgeschlossen? Wer hat nach 22 Uhr vom Balkon »Sieg heil!« gebrüllt?). Die bayerische Brachialeinladung für Besucher »Haxen abkroatzen!« steht als schnittkünstlerisches Volkserzeugnis an vielen Türen. Autowracks, Kühlschränke, Reifen usw., die die Innenstadtbezirke Berlins möblieren, sieht man in Hellersdorf oder Hohenschönhausen nicht. In den Sechsgeschossern, in denen man z. T. schon in der zweiten Generation zusammenlebt, kann von der vielzitierten Anonymität der Trabantenstädte keine Rede sein. Im Gegenteil: Man ist sich bedrückend nah.

Ganz anders ist die Lage in jenen Ghettos, die für Großbetriebe errichtet wurden, wie Wolfen-Nord, Magdeburg-Olvenstedt, Halle-Neustadt (für die Chemieregion Leuna/Buhna). Sie sind ausgezehrt, weil ihre Bewohner keine Existenzgrundlage mehr finden. In Olvenstedt gibt es in jeder Familie einen Arbeitslosen. Jugendgangs, die sich »rechts« oder »links« verorten, meucheln gegnerische Elemente an Straßenbahnendhaltestellen. Noch funktionieren diese Areale als idealer Markt zum Absatz von Billigwaren. Inzwischen ist der Leerstand - z. T. über 10 Prozent - so gravierend, daß mancherorts über den »Rückbau« nachgedacht wird. In Hoyerswerda werden elfte und zehnte Geschosse abgetragen.

Derweil - wenn schon der Abriß nicht stattfinden konnte - geht man mit den Waffen der Verschönerung gegen die Bürger vor. In den ersten Jahren der Freiheit erlebten die Plattenbaugebiete eine Orgie der Farben und Ornamente. Mit Wärmedämmung versehen, fanden sich die gräulichen Klötze plötzlich in Pink, Lindgrün und Saharagelb wieder. Den »kopflosen« Blöcken wurden grellfarbige Hutbänder verpaßt, die sie irgendwie stabiler oder gedrungener erscheinen lassen sollten. Giebel wurden aufgemalt, dunklere Absätze sollten Vorsprünge oder Erker simulieren. Aufstrebende Linien sollen die Endlosfassaden parzellieren und eine Kleinteiligkeit vertäuschen, die vorgeblich Behaglichkeit und Identifikation schafft. Balkonbrüstungen und Geländer verabschiedeten sich von gewellter Plaste. Einige Mieter wurden privilegiert und mit einer »Wertsteigerung« versehen - ihre Balkone veglast.

Überall sieht man das Bemühen, den Ostlern das Liebste zu nehmen, was sie haben: die allgemeine (soziale und funktional-ästhetische) Gleichheit. Unterschiede werden simuliert, wo keine sind. Ohne die Illusion, »etwas Besseres« sein oder wenigstens werden zu können, hört im westlichen Wertegefüge das Leben auf Die Loggien sehen jetzt aus wie in den Kleinbürgersiedlungen von Krefeld und Wuppertal. Und wer noch keine hat, darf endlich neidisch werden. Zu den Errungenschaften gehören auch (zumeist gewölbte) Eingangstür-Überdachungen und Windfänge in getöntem Glas. Denn die Psychologen behaupten, daß das Tier Mensch nur unter inneren Anspannungen seine Höhle verläßt und deshalb ein Vordach nötig hat.

Der Westen demonstriert, worauf es vor allem ankommt: auf die Fassade. Die Hauptstadtpresse begleitet die Verhübschung mit neckischen Stereotypen wie »ein freundliches Aussehen erhalten ... « oder »mit Pinsel und Farbe zu Leibe gerückt ... «. In Marzahn haben Bewohner zuweilen den Putzkolonnen militant den Zutritt zum Haus verstellt, weil sie das Moderosé nicht an ihrer Platte haben wollten. Vor drei Jahren mußte das Bezirksamt von Marzahn öffentlich verkünden, daß es nunmehr mit den Farbexperimenten ein Ende habe. Versprochen! Aber da war es schon zu spät. Fährt man heute mit der S-Bahn von Springpfuhl nach Ahrensfelde, erlebt man Marzahn als ein potemkinsches Dorf voller architektonischer (DDR) und farblicher (BRD) Scheußlichkeiten.

Das alles zusammen ergibt eine neue Art von Monotonie und Uniformität - die Gleichförmigkeit vorgetäuschter Heiterkeit und »Frische«. War die DDR-Plattenbausiedlung die Simulation einer raschen »Lösung des Wohungsproblems« (eine soziale Simulation), so ist die in Deutschland angekommene Großsiedlung die Simulation des erfolgreichen und raschen System- und Wertewechsels (eine Einheits-Simulation): Individuell soll das Wohnen sein, wohlständig und sicher vor plötzlichem Verlust. Doch all das ist es weniger denn je.

Ab und zu setzen die Wohnungsgesellschaften Akzente mit komischen, turmähnlichen Gebilden. Man sieht die lächerlichen Versuche, die zugige Spalte im rechten Winkel zwischen zwei Blöcken mit einem Rundling zu verstopfen. Die runde Ecke ist das Sinnbild der neuen Architektur und der Lieblingseinfall der Phantasielosen. Sie simuliert Plätze, wo keine sind, repräsentatives Wohnen hinter Fassaden, hinter denen kein Wohnen möglich ist und die eigens für die exklusiven penthouseähnlichen Dachgeschosse errichtet zu sein scheinen, »Blickfänge«, die nichts bedeuten, weil es dort nichts zu gucken gibt. Der Rundling ist die Kapitulation vor dem einförmig strukturierten Straßenraum. Er zeigt, daß man nichts Besseres zu tun weiß, als im Prinzip alles so zu lassen, wie es ist, und der Großraumsiedlung nichts entgegenzusetzen weiß. Woher auch?

Die DDR lebt in den Plattenbausiedlungen. Vor ihren ruinierten »Dienstleistungswürfeln«, in denen jede Dienstleistung (Post, Friseur, Blumenladen, Jugendclub) gestorben ist. Und in ihren »Kaufhallen«, die jetzt »Kaisers«, »Meyer« oder »Reichelt« heißen. Dort riecht es wie eh und je, keifen die Verkäuferinnen und maulen die Bürger. Und Roland Neudert, der DDR-Heino, singt dazu.

Konkret 09/97, S. 60

Günther Jacob

Die Politik des Als-Ob

Warum spricht man vor allem über »Kultur«, wenn man über Nazis sprechen möchte?

Im Juni 1935 fand in Paris der »Erste internationale Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur« statt. Obwohl ein sehr großer Teil der dort vertretenen 250 Kulturarbeiter in enger Verbindung zur kommunistischen Arbeiterbewegung stand, ihnen also die »soziale Frage« viel vertrauter war, als das heute bei Popjournalisten, Kunstkritikern und linken Feuilletonisten der Fall ist, wurde auf diesem Kongreß ausschließlich über »Kultur« gesprochen. Damals wurde bereits ein Reaktionsschema sichtbar, das sich seither häufig wiederholte: Immer wenn es politisch »enger« wird, wenn rechte Wahlsiege sich häufen und Nazis Bomben legen, steigern auch Kulturlinke ihre Aktivitäten und verteidigen mit aller Entschlossenheit vor allem eines - die Kultur.

Die Einberufung des Kongresses ging auf Anregungen der Kommunistischen Internationale zurück und stellte eine praktische Umsetzung der 1934 beschlossenen Einheitsfrontpolitik zur Abwehr der faschistischen Gefahr dar. Eingeladen waren alle bekannten »progressiven Schriftsteller«. Die auf Bündnispolitik eingestimmten Kommunisten wollten ausdrücklich keinen »Kongreß revolutionärer Schriftsteller«, denn der Kampf gegen den Faschismus konnte ihrer Meinung nach nur »im Namen der Ideen der echten Menschlichkeit« gewonnen werden. Linksradikale, antinationale und »volks«ferne Stimmen waren nicht erwünscht. Autoren, die sich als »proletarisch-revolutionäre Schriftsteller« oder als »Experimentdichter« verstanden, kamen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht zu Wort. Kapitalismuskritik wurde zugunsten einer Annäherung an etablierte »Kulturgrößen« aufgegeben. Die Brücke zu ihnen sollten zuvor noch als idealistisch eingeschätzte humanistische »Werte« bilden: Wahrheit, Vernunft, Aufklärung, Geist, Menschenrechte, Nation.

Erich Weinert zum Beispiel, bekannt als Texter des »Roten Wedding« und des »Heimlichen Aufmarschs«, wollte nun von »proletarischer Kultur«, Klassenkampf und dem Unterschied zwischen Politik und Kultur nicht mehr reden: »Dieser Kongreß steht im Zeichen der Verteidigung der Kultur. Die Kultur verteidigen heißt, ihre Widersacher und Verfälscher aus der Welt schaffen. Aber ihre Feinde sind identisch mit den Feinden der Erkenntnis, des Menschenrechts und der Gesinnung. Unsere kulturellen Feinde sind gleich unseren politischen Feinden.«

Die Nazis wollten die »nationale Kultur« gegen den »Kulturbolschewismus« verteidigen, die »humanistisch« gewendeten Linken verteidigten dieselbe »nationale Kultur« bzw. das »kulturelle Erbe« gegen »Ungeist« und »Barbarei«. Obwohl noch auf der Tagesordnung vorgesehen, wurde das Thema »Klasse und Kultur« auf dem Kongreß ausgeklammert, während zum Thema »Nation« doppelt so viele Autoren als zu jedem anderen sprachen. Dabei stand vor allem eine, vom Glauben an das vom »genialen Künstler« zu verteidigende »Kulturerbe« beflügelte, alternative Vaterlandsverteidigung hoch im Kurs. Anna Seghers forderte: »Entziehen wir die wirklichen nationalen Kulturgüter ihren vorgeblichen Sachverwaltern. Helfen wir Schriftsteller am Aufbau neuer Vaterländer, dann wird wieder das alte Pathos wirklicher Freiheitsdichter aufs neue gültig werden.«

Es gab nur wenige Gegenstimmen. Die gründlichste Kritik, die sich heute übrigens wie eine Kritik am kulturlinken Konzept der Political Correctness liest, kam von Bert Brecht: »Da kommt die Barbarei vom Barbarentum, die Armut von der Powerté. Sie sprechen also von vernachlässigter Erziehung des Menschengeschlechts. Irgend etwas wurde da versäumt oder konnte in der Eile nicht gemacht werden. Man muß es jetzt nachholen. Man muß gegen die Roheit die Güte einsetzen. Man muß die großen Worte hervorrufen, die unvergänglichen Begriffe Freiheitsliebe, Würde, Gerechtigkeit, deren Wirkung historisch verbürgt ist. Was geschieht? Den Hinweis darauf, daß er roh sei, beantwortet der Faschismus mit einem fanatischen Lob der Roheit. Auch der Faschismus findet die Erziehung vernachlässigt. Er verspricht sich sehr viel von einer Beeinflussung der Gehirne und der Festigung der Herzen. Auch jene von uns, die das Grundübel in der Roheit, der Barbarei erblicken, sprechen nur von Erziehung, von Eingriffen in die Geister - keinen anderen Eingriffen jedenfalls. Es besteht immerfort bei ihnen die Gefahr, daß sie Grausamkeiten des Faschismus als *unnötige* Grausamkeiten betrachten. Sie halten an den Eigentumsverhältnissen fest, weil sie glauben, daß zu ihrer Verteidigung die Grausamkeiten des Faschismus nicht nötig sind.«

Wie kommt es nun, daß fast immer, wenn Medien- und Kulturarbeiter über das nachdenken, was im Programmheft zu diesem Symposion »Strategien und Taktiken der Rechten« genannt wird, sie sofort auf »Kultur« zu sprechen kommen? Warum spricht man vor allem über »Kultur«, wenn man über Nazis sprechen möchte? Weil die Nazis neuerdings selbst über »Kultur«, »kulturelle Hegemonie« und »Kulturkampf« sprechen? Aber das taten sie immer schon.

Der Terminus >Kulturkampf<, der einmal die Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche (1873 bis 1887) bezeichnete, wurde in den letzten Jahren von der sogenannten Neuen Rechten dazu benutzt, um die angeblich existierende >linke Hegemonie< im kulturellen Feld zu denunzieren und den politischen Paradigmenwechsel zu betreiben, gesellschaftlich zu verankern und durchzusetzen. Es fragt sich jedoch, welche Bedeutung diese Zielsetzung für die reale Rechtsentwicklung hatte. Führen die »Neurechten« wirklich einen erfolgreichen »Kulturkampf«, und ist die

Aufwertung rechter Positionen überhaupt das Ergebnis »kultureller Kämpfe«? Was hat man sich eigentlich unter »Kulturkampf« vorzustellen? Ist es ein luftiger »ideologischer« Streit, ein Tauziehen, bei dem sich rechte und linke Kräfte an den verschiedenen Enden kräftig ins Zeug legen? Mußten die »kleinen Leute« mühevoll überzeugt werden, damit die Abschaffung des Asylrechts möglich wurde? Hängt von ihrer Zustimmung wirklich so viel ab?

Weil Autoren wie Habermas, liberale Gegner der Rechten und die sogenannte Kulturlinke sich auf die »neurechte« These vom »Kulturkampf« einlassen, gerät aus dem Blick, daß gerade die »Mitte« sich auf nationalistischer Grundlage neu formiert hat: Die deutsche »Wiedervereinigung«, die Nato-Osterweiterung, der »Eingriff« in Ex-Jugoslawien, der im September 1993 von der Kohl-Regierung vorgelegte Bericht »Zukunftssicherung des Standortes Deutschland«, in dem das Verlangen nach Lohnverzicht wieder völkisch begründet wird, der redselige deutsche Opferkult anläßlich des 50. Jahrestags der Befreiung, das gewerkschaftliche Verlangen nach einem »Bündnis für Arbeit und Standortsicherung«, die forcierte Kulturalisierung des (dem Lebensstilparadigma unterworfenen) Sozialen gehen zweifellos mit einer geradezu »kulturrevolutionären« Umwertung von Begrifflichkeiten einher, mit denen noch in den 80er Jahren der »nationale Konsens« beschrieben wurde.

Aber so wie die Armut nicht von der Powerté kommt, kommt diese »Kulturrevolution« nicht von der Kultur. Sie kommt von der Politik, denn sie wurde erst durch den Sieg über den nominalsozialistischen Gegner des Westens möglich. Diese weltweite Veränderung der Machtverhältnisse geht dem, was jetzt als »Kulturkampf« beschrieben wird, voraus. Mehr noch: Ohne diese Veränderungen hätte dieser Begriff überhaupt nicht wieder derart in Mode kommen können, weil, solange es die beiden Blöcke noch gab, alle relevanten Konflikte grundsätzlich als *politische* Konflikte definiert waren. Erst nach dem Ende dieser Konfrontation konnten kulturalistische Positionen, die es auch vorher schon gab, an Gewicht gewinnen. Und erst mit der Auflösung der Roten Armee wurde es auch möglich, daß zum Beispiel »Antifaschismus« zum Stichwort der deutschen antiserbischen Propaganda werden konnte und sich die »FAZ« bei dem Wort »Sozialpartnerschaft« an »gewerkschaftliche Blockwarte« erinnert fühlt.

Es ist nicht zu übersehen, daß der gesellschaftliche Konsens der 80er Jahre - das sozialpartnerschaftliche Sicherheitsbündnis gegen den Osten - derzeit mit einem gewaltigen Aufwand, bei dem alle Mittel der »Mediengesellschaft« zum Einsatz kommen, auf die neuen »Sachzwänge« des Weltmarktes umgestellt wird. Wenn einst als »progressiv« geltende Begriffe wie »Sozialpartnerschaft«, »Zivilgesellschaft«, »Friedensmission«, »Gedenken an den 8. Mai 1945«, »Asyl« oder »Frauenrechte« durch die herrschende Politik so transformiert und mit neuer Bedeutung versehen werden, daß sie den aktuellen »nationalen« Ansprüchen entsprechen, dann sind das sehr bedeutende Veränderungen.

Andererseits hat der »Kulturkämpfer« Heiner Geißler bereits in den 70er Jahren die Pazifisten für die deutschen Konzentrationslager verantwortlich gemacht. Wenn heute nach Geißlers Muster der »ideologische« Bestand früherer Jahre durchforstet wird, dann muß daran erinnert werden, was solche »Paradigmenwechsel« erst möglich machte: Die Erlangung der vollständigen staatlichen Souveränität des vergrößerten Deutschlands und die deutsche Dominanz in vielen ehemaligen Ostblockstaaten. All das hat eine *politische* Situation geschaffen, die im Rückblick wie ein *kultureller* Wandel erscheinen mag, die auch mit einem solchen Wandel zu tun hat, nicht jedoch dessen Produkt ist. Und der Anteil der »neurechten Kulturkämpfer« an diesem Wandel ist als eher marginal einzustufen. Die wichtigeren Stichworte hat der Deutsche Bundestag geliefert. Er konnte sich dabei der Zustimmung der großen Mehrheit seiner Staatsbürger stets sicher sein.

Der »Kulturkampf«, von dem hier gesprochen werden soll, ist eine ziemlich praktisch-politische Angelegenheit. Dabei sind die staatlichen und privatkapitalistischen »Argumente« so »überzeugend«, weil alles, was heute noch wie ein Diskussionsangebot aussieht - vom veränderten Ladenschlußgesetz bis zum Bundeswehreinsatz in fernen Weltgegenden - morgen schon Regierungsprogramm sein kann. Deshalb sollte die rechte Interpretation dieser Veränderungen als »Kulturkampf« nicht durch die Übernahme dieses Begriffs oder durch die Verwendung sinngemäßer Begriffe wie »kulturelle Politik« unterstützt werden. Angemessen ist lediglich der Terminus »Kulturalisierung«, weil er daran erinnert, daß politische, soziale, ökonomische oder technische Phänomene lediglich als kulturelle diskursiv konstruiert werden. Durch diesen kulturalistischen Diskurs hindurch reproduzieren sich die strukturellen gesellschaftlichen Machtverhältnisse.

Der Begriff »Kulturkampf« verdunkelt mehr als er erhellt, und dabei zeigt sich die ganze Problematik eines auf die Artikulation von Ideologien und Hegemonieformen orientierten Ansatzes: Er fragt nicht danach, wie, wann und weshalb Herrschaft sich in Ausbeutungsmacht (Ökonomie) und Staatsmacht (Politik) trennte und weshalb den Subjekten das Feld der symbolischen Macht, auf dem die sozialen Unterschiede als kulturelle Differenzen ausgetragen werden, als Kultur erscheint. Ähnlich wie einige Linke, die zwischen Wertgesetz und Bundestagsgesetz nicht unterscheiden können, können viele Kulturlinke zwischen einer Maßnahme des Unternehmerverbandes, einem Beschluß der Regierung oder einem Artikel von Botho Strauß nicht unterscheiden.

Wo die einen alles »der Ökonomie« zuschlagen, schlagen die anderen alles »der Kultur« zu. Der politische Staat erscheint dabei als neutrales Terrain, auf dem die Kämpfe ausgefochten werden. Ich denke, daß sich dahinter ein biederer Demokratismus verbirgt, der jedoch unsichtbar bleibt, weil politische Positionen unter der Hand in kulturelle Positionen verwandelt werden. Oder in »philosophische«: So ist z.B. das »gegenkulturelle« PC-Konzept in Deutschland nur eine an

Habermas angelehnte Variante »kommunikativen« Aushandelns, die wiederum einen politischen Reformismus verbirgt. Anders gesagt: Ähnlich wie bei dem Pariser Schriftstellerkongeß kann die Praxis, die aus diesen »kulturellen« oder »philosophischen« Ansätzen folgt, keine radikale sein, sondern nur die Forderungen nach »solidarischem Verhalten«, »moralischen Konventionen« und Schutz der »kulturellen Identitäten«.

Der wichtigste Unterschied zwischen West und Ost bestand nach allgemeiner Überzeugung in den gegensätzlichen Eigentums- und Distributionsverhältnissen: Hier Privateigentum und Markt - dort Staatseigentum und Plan. Die »Kulturfront« war demgegenüber eine Nebensache. Nicht unwichtig zwar, aber doch nicht entscheidend. Welchen Stellenwert sie hatte, kann vielleicht eine Anmerkung der »FAZ« zur gegenwärtigen Neuausrichtung des Goethe-Instituts verdeutlichen: »Über drei Jahrzehnte hatte die Kulturarbeit Aufgaben, die sich nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums völlig anders darstellen: Der Systemvergleich mit dem Osten ist entfallen. Vom Fetisch - und auch von der Heuchelei - der >Verständigung< befreit, ändert sich die Vorstellung von dem, was Kultur denn sein soll.«

Das ökonomische, politische und militärische Gewicht Deutschlands wird heute weniger mit politischen Kategorien wie »Freiheit«, »Markt« oder »Westen« in Zusammenhang gebracht, sondern häufiger mit »Kultur«. Sogar die Definition Europas steht wieder zur Disposition. Gehören Rußland, die Türkei und der »Balkan« noch dazu? Für solche Abgrenzung bzw Selbstdefinitionen sind kulturalistische Diskurse konstitutiv - von der Orientausstellung über die Schlagzeile zur »Russen-Mafia« bis zum Bericht über »Türken-Rap«. Es käme daher darauf an, so wie es z.B. Edward Said in seinen Studien macht, über den Zusammenhang von Kultur und Imperialismus zu sprechen, also darüber, wie durch bestimmte Diskurse ökonomische und militärische Überlegenheit (nach westlichen Maßstäben) als - real wirksame - kulturelle Überlegenheit konstruiert wird. Heute haben wir es allerdings immer häufiger mit der Umkehrung dieses Ansatzes zu tun. Aus der Feststellung, daß verschiedene Diskurse den Rahmen bereitstellen, in dem das Politische und das Soziale kulturalisiert wird, wird geschlossen, daß vor allem über Kultur und nicht mehr über den Imperialismus gesprochen werden müsse.

Die »Kultur ist heute so wichtig wie nie«-Rhetorik der Kulturlinken ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die an sich wichtige Kenntnis neuerer Medien- und Kulturtheorien, poststrukturalistischer Literaturtheorie, Cultural Studies etc. wird deshalb nicht mehr mit den durchgesetzten Universalismen (Weltmarkt, Staat, Lohnarbeit, Ethnisierung, Patriarchat) zusammengedacht. Die Beschäftigung mit ihnen verleitet dazu, »Kultur« zu privilegieren, sie ohne den kapitalistischen Kontext zu denken, Widerstand zu »Kultur« zu machen und die Kritik der Politischen Ökonomie - wie auch »traditionelle« linke politische Aktivitäten, mitsamt den Linken, die so etwas noch betreiben - abzuwerten. Aus dieser Sicht gibt es kaum etwas, was so antiintellektuell, platt und kulturell unwürdig erscheint wie ein linkes Flugblatt zur deutschen EU-Politik oder zum Streit um den Flächentarifvertrag. Was sich nicht in irgendeiner Weise ästhetisieren läßt, ist aus dieser Perspektive nicht wirklich erzählbar.

In einer Klassengesellschaft, die ihre ständische Vergangenheit hinter sich gelassen hat, die als durchlässig erscheint und in der deshalb die Strategien der sozialen Distinktion komplexer geworden sind, steigt notwendig die Bedeutung symbolischer Handlungen. Zwar ist nicht alles in dieser Welt Zeichen, aber alles kann durch semiotische Aneignung zum Zeichen werden. Doch das bedeutet nicht, daß wirklich alles Kultur geworden ist, denn die symbolische Sphäre ist primär eine Sphäre der Produktion und Reproduktion sozialer und politischer Hierarchien. Die symbolischen Formen sind Teil hochgradig vermachteter kommunikativer Felder, d.h. es existiert eine Anbindung der Zeichensysteme an die ökonomische Ebene, insbesondere an die klassenspezifische Verteilung des kulturellen und sozialen Kapitals.

Wie schon Erich Weinert, der zwischen Kultur und Politik keinen Unterschied mehr erkennen wollte, so machen heutige Kulturlinke es sich einfach, wenn sie diese symbolischen Kämpfe als »kulturelle Politik« definieren und auf diese Weise gesellschaftliche Signifikationspraktiken, die nach den Regeln von Macht und Markt »Identitäten« produzieren, zu einem Spiel mit Codes verharmlosen, in das mit vorgeblich »subversiven« symbolischen Strategien (etwa »Umcodierung«) interveniert werden kann.

Die Vorstellung funktioniert so: Ausgehend von einer binären Symmetrie von Sachverhalt und Referent unterscheidet man z. B. zwischen empirischer BRD und (Selbst-)Bild der BRD. Während politische Linke oft übersehen, daß es eine Realität jenseits des »Bildes« von ihr nicht gibt, bevorzugen Kulturlinke die Vorstellung, daß Änderungen an dem Bild auch die Realität veränderten. Sie finden es beispielsweise ganz toll, wenn »junge Türken« (so werden in der BRD geborene und aufgewachsene junge Leute genannt, d ' eren Eltern als Immigranten aus der Türkei nach Deutschland kamen) als Rapper, Popstars oder »Kanak-Sprak«-Spezialisten häufiger auf den Bildschirmen, im »Spiegel«, im »Zeit-Magazin« oder in der Jugendbeilage der »Süddeutschen Zeitung« auftauchen, weil sie glauben, daß durch diese Präsenz ein positiveres Bild von »den Türken« entsteht und ihre Ausgrenzung deshalb schwieriger wird. Statt die Signifikant-Werdung von Marginalisierten zu thematisieren und ihr Symbol. Sein grundsätzlich in Frage zu stellen, sollen die Zuschreibungen »positiv« gewendet werden. Das erspart einem, konkret gegen die Abschaffung des Asylrechts, den Fortbestand des Blutrechts und die Ausländergesetzgebung anzugehen, also gegen die Sondergesetze, die in Deutschland jene »türkische Identität« garantieren, die in den Medien so sehr begrüßt wird.

Was vielleicht einmal als Rassismus-Diskussion begann, wird so zu einem Diskurs über die Möglichkeiten einer Subversion der Zeichen, die dann wahlweise »Gegenkultur« *(der* Konsensbegriff aller Kulturlinken), »Kulturkampf« oder »kulturelle Politik« (Diederichsen) heißt. Aus Antifa wird Musik, aus politischer Intervention Dissidenz, aus Antirassismus Identitätspolitik, aus Kritik Differenz und aus Obdachlosigkeit »homeless culture«.

In der Konkurrenz um die symbolische Reproduktion und die kulturelle Signifikation sind soziale Gruppen mit einer guten Ausstattung an sozialem und kulturellem Kapital besonders durchsetzungsfähig. Die Kulturlinke neigt also nicht zufällig dazu, den »neurechten Denkern« mehr Aufmerksamkeit zu widmen als der Regierungspolitik, den Cultural Studies mehr als der ökonomischen Dynamik. Wer sich als Kraft versteht, der durch ihre soziale Stellung - den Job - die Rolle von Kulturkampf-Arbeitern zufällt, tendiert dazu, die Bedeutung der »Alten Rechten« (die man ohnehin gerne der handfesteren autonomen Antifa überläßt) herunterzuspielen. So schrieb z.B. ein Kulturarbeiter in der »Kölner Stadtrevue«: »Klassische Rassismus- oder auch Antisemitismuskonzepte, wie sie von den NPD-Opas noch gerne vertreten werden, sind nämlich innerhalb des rechten Diskurses längst out.«

Kulturlinke sehen in der Kultur seit jeher ein der Politik überlegenes Feld. Das Ästhetische scheint unmittelbarer, nichtentfremdeter, aktueller, anerkannter und somit effektiver zu sein als linke (Anti-)Politik. Die kulturkämpferische Intervention gilt letztlich selbst irgendwie als politisch. Während viele linke Verteidiger des »Grundwiderspruchs« den Verdacht hegen, jede Auseinandersetzung mit »Kultur« müsse letztlich von der Kapitalismuskritik ablenken, bestätigen Kulturlinke diese Erwartung, indem sie sich alle Phänomene als kulturelle Phänomene übersetzen. Beide Seiten fetischisieren auf ihre Weise die gesellschaftlichen Verhältnisse. Indem sie die Bewegungen von Politik, Kapital, Weltmarkt, Patriarchat, Kulturalisierung etc. nebeneinander und nicht miteinander betrachten, beteiligen sie sich an der isolierenden Verdinglichung der sozialen Verhältnisse. Wo die einen die Diskussionen über den Zusammenhang von kapitalistischer Konkurrenz, Geschlechterzuschreibungen, Biologismus, Rassismus, Sexismus und den Anteil der Kultur an der kapitalistischen Erfolgsstory lieber meiden, halten die anderen, die Kapitalismuskritik nie gelernt haben, »Kultur« für das einzige relevante Terrain und produzieren dadurch neue Mythen.

Alle Erfahrung zeigt, daß Kulturarbeiter von ihrem Job nicht abstrahieren können und wollen, wenn sie nach ihrer Meinung zu politischen Ereignissen befragt werden. Die strengsten Diskussionsleiter werden es nicht verhindern können, daß sie sofort auf ihr wichtigstes Anliegen zu sprechen kommen: die ganz besondere Verantwortung der Kulturschaffenden und die ganz besondere Bedeutung der Kultur und insbesondere des eigenen Arbeitsschwerpunktes für den Fortbestand der Zivilisation.

Die politischen Folgen dieses Handelns sind grundsätzlich negative. Es ist fatal, wenn eine soziale Gruppe mit nicht geringer Sprechmacht sich ein exklusives Aufgabenfeld konstruiert, indem sie aus diversen Bestandteilen von konservativen, rechten und faschistischen Diskursen zielstrebig auf die Existenz einer ganz »neuen« und vor allem kulturell agierenden Rechten schließt und aus einem gewissen Eigeninteresse die großmäulige Selbstdarstellung rechtsintellektueller Szenen akzeptiert, die behaupten, die deutlich aggressiver gewordene Innen- und Außenpolitik Deutschlands sei vor allem das Resultat ihres Kampfes um »kulturelle Hegemonie«.

Die Multikulti-Variante dieser Haltung heißt Political Correctness. Indem sie den sozial Ausgegrenzten *»kulturelle* Identität als Waffe« empfiehlt, ignoriert sie das Problem der realen Benennungsmacht. In den USA ist PC ein Kürzel für das System der Community Relations, das sich durch klar definierte und allgemein anerkannte »kulturelle« Orte auszeichnet, von denen aus die Individuen um die Ressourcen konkurrieren. PC meint dort die Bewahrung und Respektierung differenter »Identitäten«. Das System der Ethnic Relations wird vom US-Staat gesetzlich garantiert und von der »multikulturellen« Rassifizierungspraxis aktualisiert.

Einmal eingerichtet, entfaltet dieses System seine Eigendynamik – übrigens auch ökonomisch: »ethnische« und »kulturelle« Communities sind in den USA auch riesige Märkte. Diese Politik der Differenz scheint zum bürgerlichen Universalismus im radikalen Gegensatz zu stehen. Doch die Kritik, die dort am bürgerlichen Universalismus geübt wird - unter ausgiebiger Berufung auf universalistische Wertvorstellungen wie Gleichheit & Gerechtigkeit – klammert gerade die Grundlagen der bürgerlichen Hegemonie, also Kapitalbesitz, Lohnarbeit, Hausarbeit, Weltmarktökonomie und Staatsapparat weitgehend aus. Die Dominanz kulturalistischer Strömungen in den »Minderheitenbewegungen« erlaubt es der Macht, ihre Programme nahezu ungehindert durchzusetzen. 1993 schrieb ich dazu in dem Buch *Agit-Pop:*

Die gesellschaftliche Anerkennung einer jeden »Differenz«, d.h. des »Fremden«, das auch fremd bleiben soll, ist in den USA (ablesbar auch am strukturalistischen und diskurstheoretischen Boom in Philosophie und Literaturwissenschaft während der 80er Jahre), viel weiter entwickelt als in Deutschland, auch wenn dort zur Zeit der revanchistische Gegenschlag gegen die »Political Correctness«-Bewegung erfolgt, in dem sich die Angst vor dem Pluralismus entlädt und der die hierarchischen und autoritär-patriarchalischen Werte wieder in Kraft setzen soll. Mit diesem Boom ging eine unendliche, naturalistisch begründete, innere Vervielfältigung der Gesellschaft nach den, Kriterien von »Rasse«, »Ethnie«, »Klasse«, »Geschlecht« sowie sexueller und kultureller Orientierung einher

Diese gegen den bürgerlich-imperialen Universalismus der Moderne gerichtete segregationistische und »tribalistische« Tendenz war nie unproblematisch, da die damit verbundene gesteigerte Sichtbarkeit von »Sondermerkmalen« spätestens dann handlungsstrukturierend und geschichtsmächtig wird, wenn sie auf einen kulturrelativistischen Status quo orientiert, d.h., wenn die Selbstvergewisserung zum »Endziel« wird und die Perspektive eines antirassistischen Universalismus endgültig verloren geht.

Wo die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche auf einen einzigen reduziert wird und die Gesellschaft, so wie sie ist, von »Minderheiten« einfach als Miniaturausgabe nachgebildet wird, ist der »Stolz« auf die eigenen Besonderheiten (»Rassenstolz« inklusive) nur ein anderer Begriff für Konformismus. Vor dem Hintergrund einer sich parallel zur kapitalistischen Internationalisierung entwickelnden weltweiten Renaissance »nationaler Identität«, »ethnisch« begründeter Bürgerkriege und faschistischer Pogrome kann eine Politik der Selbstethnisierung, die keine weiteren Ziele mehr kennt, in Konflikte zwischen den Partikularinteressen der verschiedenen Gruppen münden.

Daß die Angriffe der rechten und neoliberalen PC-Gegner zurückgewiesen werden müssen, versteht sich von selbst. Ein Pro-PC-Konzept folgt daraus aber nicht. Ohnehin können politische Zielsetzungen nicht ausschließlich »vom Feind her« bestimmt werden. Man erinnere sich nur an Richard von Weizsäcker, der als Bundespräsident fast so fließend PC sprechen konnte wie heute Roger Willemsen. Eine »postmoderne«, auf Identitätspolitik abonnierte PC-Linke wäre hilflos. Davon abgesehen war die Linke ihrem Selbstverständnis nach immer politisch korrekt. Seit Robespierre Ludwig XIV hinrichten ließ, sind die Meinungen darüber, was das Korrekte an linker politischer Korrektheit ausmacht, allerdings geteilt.

Stark gekürzte Fassung eines Beitrags aus dem Buch *Zensur oder freiwillige Selbstkontrolle. Vom Tabubruch zur politischen Korrektheit,* das in diesen Tagen als Band 13 der konkret-texte-Reihe erschienen ist

Konkret 09/97, S. 64

Iris Hanika

Weißes Rauschen

Über Rolf Vollmanns Romanführer »Die wunderbaren Falschmünzer«

Rolf Vollmann tut in seinem Leben nichts anderes als Romane lesen. Wenn es ein neuer Roman ist, den er gerade gelesen hat, dann bespricht er ihn in der »FAZ«. Ist es ein alter, bespricht er ihn auch in der »FAZ«, aber nicht so ausführlich, dafür regelmäßig einmal in der Woche, und zwar nach Erscheinungsjahren absteigend geordnet. Nun legt er ein Buch vor, in dem er alle Romane aus der Zeit von 1800 bis 1930, die er gelesen hat, vorstellt, diesmal nach Erscheinungsjahren aufsteigend sortiert. Ordnung ist das halbe Leben.

Vollmann nennt sein Buch einen »Romanverführer«, der allein der Leselust verpflichtet sei und keiner Form unterworfen ist als der Reihenfolge der Jahreszahlen. Dieses Buch sei eine Ausfahrt auf das »Meer der Romane«, verspricht er, und er habe nichts mit Romantheorie am Hut, denn »Theorien sind meistens auch nur das Spielzeug derer, die nicht gern lesen«. Es ist keine Literaturgeschichte, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und berücksichtigt alle Nationalliteraturen. Ein ganz subjektives Buch von Leser zu Leser soll es sein. Die vorgestellten Romane reichen von ganz unbekannten bis zu den allerberühmtesten. *Europ□ isches Sklavenleben* von Friedrich Wilhelm Hackländer (gelobt) kommt ebenso vor wie *Anna Karenina* (nicht so gelobt). Vollmann hat zwei Bände vollgemacht, 1.082 Seiten, 108 Mark.

Natürlich ist das ein sehr sympathisches Unterfangen. Zwar muß man zum Lesen von Romanen eigentlich nicht mehr verführt werden, wenn sie einem genug bedeuten, um sich für einen Wälzer zu interessieren, in dem überhaupt nichts vorkommt außer Romane, aber gerade weil man selbst auch Romane liebt, ist man erst einmal für Vollmann eingenommen. Das heißt, so stellte ich mir das vor, sofern nichts vorkommt als Romane. Tatsächlich kommt aber doch noch etwas vor, und das heißt Rolf Vollmann. Am Anfang nimmt man das willig hin, immerhin wurden tonnenweise Lektürevorschläge versprochen. Und Vollmann schreibt eben, dem Vorhaben angemessen, im Plauderton, und zum Plaudern gehört die Abschweifung, auch die auf Nebensächlichkeiten aus dem eigenen Leben.

Anhand dieses Buches läßt sich nun aber sehr gut studieren, daß schriftliches Plaudern anderen Regeln unterliegt als mündliches, denn Vollmann beachtet genau diese nicht. Offenbar folgt er dem Rat, den Lessing einmal seiner Schwester gab: »Schreibe, wie du sprichst, so schreibst du schön.« Wo aber »cool down« gemeint war, daß man sich nicht überheben solle, bloß weil man einen Stift in der Hand hält, tut Vollmann das Gegenteil: Er plustert sich auf, wie es sonst nur Pfauenmännchen tun, und schlägt ein Rad nach dem anderen. Solange er schreibt, kann ihn ja keiner unterbrechen. Er ist der Autor auf dem Pfauenthron, der unerträglich in sich selbst verliebte Herrscher über ein Werk von 1.082 Seiten.

Sein Schreiben stellt er mit der Koketterie einer Primadonna zur Schau. »Schau mich an!« schreit sein Text in einem fort. Am Ende einer zwei Seiten langen Fußnote etwa steht: »Nun, es ließe sich noch viel darüber sagen, ich hätte eine regelrechte Anmerkung machen sollen statt einer Fußnote, aber jetzt ist es zu spät.« Wenn es in einem Manuskript zu spät sein kann, dann kann das eigentlich nur bedeuten, daß es nach der ersten Niederschrift nicht mehr bearbeitet wurde. Vielleicht erklären sich daher die Satzungetüme: verwuselte Parataxen, deren Lesbarkeit durch eine recht manierierte Kommasetzung noch zusätzlich erschwert wird, so daß der Vorstellung der einzelnen Romane oft nicht zu folgen ist.

Im Gegenzug läßt Vollmann nichts, aber auch gar nichts von dem weg, was ihm sonst so alles einfällt. Er will ja plaudern. Aber er schwätzt. Zusammen mit der Form der Chronik verleiht das dem Buch über weite Strecken den Charakter eines privaten Tagebuchs, wo man, weil's ja keiner liest, auch alles so reinschreiben kann, wie's einem gerade rausläuft. Da kann man schreiben, daß das Museum in Poitiers geschlossen war, als man dort ein Bild ansehen wollte. Daß man in Biel, wo Robert Walser geboren wurde, einmal Kaffee getrunken hat. Daß man bei seiner Ätnabesteigung in den fünfziger Jahren den Sonnenaufgang aber nicht so erhebend fand wie in Schinkels Schilderung von 1804. Nein! Schinkel hat »ein bißchen geschwindelt«. Der Schelm.

Wenn es nun, wie in einem richtigen Roman, um interessantere Dinge ginge, um Liebe, Haß, Gewalt, Geld, Tod, dann würde man Vollmanns Tagebuch schon gerne lesen. Seine Possierlichkeiten jedoch sind völlig steril. (Kein Wunder bei dieser Jugend: »Lesen war das schöne Vergessen aller Triebabfuhr, oder ihr Ersatz.«) Die vielen Romane, um die es gehen sollte, versinken derweil im weißen Rauschen des Altherrenradios. Dabei kann der verschwurbelte Stil durchaus berechtigt sein: In Rolf Vollmanns biographischem Essay über Jean Paul von *1975, Das Tolle neben dem Sch□ nen* wirkte er geradezu kongenial. Dort wurde auch die Lust am Lesen geweckt, hier aber höchstens die Lust am Einschlafen.

Manische Romanleser begegnen einem sonst nur in Gestalt von Romanautoren, etwa Arno Schmidt oder Vladimir Nabokov (beide von Vollmann gern zitiert). Sie machen ihre Romanleserei fruchtbar, indem sie neue Romane hervorbringen. Der manische Romanleser Rolf Vollmann dagegen läßt seinen Samen auf die Erde fallen, denn er schreibt keinen Roman, sondern bloß über sein Schreiben über Romane. So ist dieses Buch ein schönes Beispiel für männliche

Hysterie.

Rolf Vollmann: *Die □ underbaren Falschm□ n□ er Ein Romanverf□ hrde. (1: 1800-1875, 2:* 1876-1930), Eichborn Verlag, Frankfurt a. M. 1997, zus. 1.082 Seiten, je Band 54 Mark

Iris Hanika ist freie Autorin und lebt in Berlin

Konkret 09/97, S. 65

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Philip K. Dick: Die drei Stigmata des Palmer Eldritch. Roman. Mit einem Nachwort von Paul Williams. Aus dem Amerikanischen von Thomas Mohr, Haffmans Verlag, Zürich 1997, 313 Seiten, 36 Mark

Science Fiction und Drogen - beides gehört zum gußeisernen Bestand populärer Kultur und verspricht einige Kurzweil. Was aber, wenn ein Autor sich für ein paar Monate zurückzieht, mit seiner Schreibmaschine und einer Jumbopackung LSD ausgerüstet, um Science Fiction on dope ins Werk zu setzen? Geht der Schuß, vielmehr der Schmiß nach hinten los, oder potenziert sich gar das Gaudium? Wenn der Autor Philip K. Dick heißt, letzteres. Freilich, Dick hat 1969, als das Buch längst zur Leib- und Magenlektüre der amerikanischen SF-Szene gehörte, behauptet, es sei geschrieben worden, bevor er »zum ersten Mal mit LSD in Berührung gekommen war, geschweige denn welches genommen hatte«. Wer *Die drei Stigmata des Palmer Eldritch* liest, weiß, daß er lügt.

Nun beginnt der Roman keineswegs über die Maßen visionär. Der Autor entwirft ein durchaus hellsichtiges, aber fürs Genre nicht ungewöhnliches Zukunfts-Szenario. Das 21. Jahrhundert, Heißzeit. Die Erdatmosphäre ist so überhitzt, daß die Menschen nur noch mit einem transportablen Kühlaggregat vor die Tür gehen können. Wer das nötige Kleingeld besitzt (Trüffelschalen, weil die sich als fälschungssicher erwiesen haben), macht Urlaub in der Antarktis oder unterzieht sich gleich in Deutschland, in Dr. Willy Denkmals Eichenwald-Klinik (!), einer Evolutions-Behandlung.

Wenn man Pech hat, wird man von den Vereinten Nationen zwangsrekrutiert und muß für den Rest des Lebens die Kolonisierung des Mars oder der Venus vorantreiben. Das Leben auf Erden ist noch trostloser. Die Menschen vegetieren in »Gruben«, kleinen Wohneinheiten unter der Erde, vor sich hin und fallen über kurz oder lang der Lethargie anheim. Kleine Fluchten verheißt allein die illegale, aber geduldete Droge Can-D, die es ermöglicht, sich virtuell in ein idealisiertes Amerika der 20er Jahre zurückzuversetzen. Voraussetzung dafür ist ein Miniaturmodell jener Welt, ein sogenanntes Layout mit Spielpuppen, Utensilien etc.

Richtiggehend strange kommt es den Leser freilich erst an, als der Aussteiger Palmer Eldritch nach zehnjähriger Abwesenheit aus der Wildnis, im 21. Jahrhundert notwendig: aus entlegenen Sonnensystemen, zurückkehrt und eine Droge mitbringt, die keine Imaginationskrücke in Gestalt einer Miniaturwelt mehr benötigt, folglich auch ohne den halluzinatorischen Rahmen der Golden Twenties auskommt. Eldritchs Droge Chew-Z bietet freilich noch eine weitere Verbesserung: Das vom Junkie kreierte Wunschuniversum ist keine bloße Imagination mehr, sondern eine Art Parallelwelt - mithin objektive Realität.

Leo Bulero, der Chef von Perky Pat Layouts, marktführender Layout-Anbieter und Drogenboß im Verborgenen, sieht seine Felle davonschwimmen, versucht Eldritch umzubringen und wird von diesem unter Chew-Z gesetzt. Von nun an geht alles drunter und drüber. Der Roman oszilliert zwischen den beiden Realitäten, da Bulero während des Trips der Parallelwelt zu entkommen sucht, sich aber nur eine Gegenwelt schafft, die der wirklichen haargenau gleicht. Dick treibt sein Vexierspiel mit den Erzählebenen ohne Rücksicht auf logische Verluste. Immer wenn der Leser sich gerade halbwegs wieder eingerichtet hat und glaubt, festen narrativen Boden unter den Füßen zu haben, fällt Dick ein neuer absurder Fiktionsbruch ein. Bis zum Schluß kann man nie wissen, was noch Trip und was schon wieder objektive Realität sein soll.

Der Roman liefert aber nicht nur eine - wenn man den vielen Kennern glauben darf - authentische Darstellung psychedelischer Bewußtseinszustände, man soll ihn auch als hinterhältige religiöse Allegorie lesen. Palmer Eldritch ist Gott. Ein böser Gott, »der aus dem Prox-System über uns hereinbricht ... und uns das bietet, wofür wir seit über zweitausend Jahren beten«. Das ewige Leben im Chew-Z-Universum. Freilich nicht ganz bedingungslos: »Eldritch wird in unser Leben eindringen und uns auf Schritt und Tritt verfolgen.« Diese schöne Desavouierung Gottvaters und der Religionen im Geiste Schopenhauers rechtfertigte allein schon die Lektüre dieses neben dem *Blade Runner* wohl berühmtesten Seience-Fiction-Romans des Autors.

Robert Louis Stevenson: Schatzinsel. Aus dem Englischen neu übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Friedhelm Rathjen. Haffmans Verlag, Zürich 1997, 342 Seiten, 39 Mark

Muß man den allbekannten Plot nochmal referieren? Wer die *Schatzinsel* nicht kennt, ist eigentlich selber Schuld. Andererseits - wer kann schon was für seine literarische Sozialisation? Also: Der adoleszente Ich-Erzähler Jim Hawkins entwendet dem sterbenden Billy Bones die Schatzkarte des berüchtigten Bukaniers Käptn Flint. Er offenbart sich zwei ihm wohlgesonnenen, abenteuerlustigen Gentlemen, dem Großgrundbesitzer Trelawney und dem Bezirksarzt Dr. Livesey, die daraufhin ein Schiff ausrüsten und sich mit Hawkins auf Schatzsuche begeben. Wie es das böse Fatum nun aber will, haben auch Bones Ex-Kameraden, angeführt von Long John Silver, von dem Vorhaben Wind bekommen und auf diesem Schiff

angeheuert. Als man die Schatzinsel erreicht, kommt es zur Meuterei. Die ehrenwerte Gesellschaft kann sich unbeschadet auf die Insel retten und dort verschanzen. Nach blutigen Scharmützeln zwischen den verfeindeten Parteien bringt Hawkins das Schiff in seine Gewalt und an einen sicheren Ort, gerät anschließend aber in die Hände der Meuterer. Die sind durch eine List des Doktors im Besitz der Karte und begeben sich auf die Suche nach dem Schatz. Doch das Versteck ist leer. Statt dessen warten dort Dr. Livesey und seine Mannen, befreien Jim Hawkins und schlagen den Rest in die Flucht. Der diabolische John Silver verrät seine Kombattanten und schließt sich wieder den Freunden an. Zu allem Überfluß läßt Stevenson den perfiden Silver dann auch noch mit einem kleinen Teil des Schatzes entkommen.

Eine solche Ungerechtigkeit schürt noch einmal den Haß des jugendlichen Lesers auf die Negativfigur und schärft ihm somit indirekt das Tugendpostulat ein. Anders als die meisten (deutschen) Jugendschriftsteller des 19. Jahrhunderts verzichtet Stevenson aber auf allzu penetrante Pädagogik. Wie es sich für einen guten Abenteuerschinken gehört, geht der Roman in seiner Handlung auf, bleibt folglich wenig Raum für die moralische Disziplinierung der Heranwachsenden. Überdies ist ein maßvolles anarchisch-subversives Verhalten durchaus positiv konnotiert: Immer wenn sich Jim Hawkins den Anordnungen der Erwachsenen widersetzt, treibt er nicht nur die Handlung voran, sondern sorgt ganz zufällig auch noch für die Rettung seiner Mitstreiter.

Was die *Schatzinsel* allerdings zu einem veritablen Stück Weltliteratur macht, ist zuallererst Stevensons hier aufgebotene stilistische Meisterschaft. Das Buch erscheint 1883, spielt aber im 18. Jahrhundert. Um die Authenzität seiner Fiktion zu verbürgen, imitiert der Autor den Sprachstand des vergangenen Säkulums. Zudem verwendet er viel Mühe auf die Charakterisierung einzelner Personen und Personengruppen durch die Art ihres Sprechens. Squire Trelawney und Dr. Livesey verfügen über die Eloquenz des gehobenen Bildungsbürgers, so auch Kapitän Smollett, dem freilich so manche seemännische Derbheit unterläuft und dessen lakonische Diktion den Befehlshaber erkennen läßt; die Mannschaft redet ein mit nautischen Fachbegriffen durchsetztes Seefahrer-Argot, das bei Long John Silver nochmals angereichert ist mit deftigen Sprichwörtern und Redensarten. Das alles kann man nun in einer deutschen Übersetzung lesen, die der Sprachkraft und stilistischen Flexibilität Stevensons endlich gerecht wird. Friedhelm Rathjen hat ganze Arbeit geleistet - zumal bei der dialektal aufgerauhten wörtlichen Rede der Seeleute. Im Hintergrund hört man das Spritzen der Gischt und das Knarren der Wanten.

Konkret 09/97, S. 66

Christel Dormagen

Erregt und vernagelt

Ist sexueller Mi□ brauch ein Alltagsph□ nomen oder eine Ausnahmeerscheinung? In der Zeitschrift □ Forum Kritische Psychologie□ ist dar□ ber ein Schulhofstreit entbrannt, der die Redaktion gespalten hat

Wahrscheinlich hätte man voraussagen können, welches Thema geeignet sein würde, eine stets um wissenschaftstheoretische Sorgfalt und praktisch-gesellschaftliche Aufklärung bemühte Institution wie die Zeitschrift »Forum Kritische Psychologie« (Argument Verlag, Hamburg) auseinanderfliegen zu lassen. Natürlich der sexuelle Mißbrauch.

Was ist geschehen? 1992 erscheint das Buch *Erregte Aufklärung - Kindesmißbrauch: Fakten & Fiktionen* von Katharina Rutschky, in dem die Autorin Zweifel an der Massenhaftigkeit des Phänomens und Bedenken wegen des feministisch-therapeutischen Umgangs damit anmeldet. Danach geht die öffentliche Erregung - wie allgemein bekannt - erst richtig los. 1994 hält die »Forum«-Redaktion es dann für geboten, sich ebenfalls mit dem Mißbrauch zu beschäftigen. Man beschließt, ein Sonderheft zu machen. Und schon passiert das, was offenbar bei diesem Thema immer passiert: Es setzt einen Spaltungsvirus frei. Die Redaktion zerstreitet sich über die Aufnahme eines amerikanischen Artikels. Und das Heft Nr. 33, »Sexueller Mißbrauch. Widersprüche eines öffentlichen Skandals«, wird schließlich von einer »Redaktionsmehrheit« (Editorial) verantwortet und versammelt folgerichtig nur Artikel einer Fraktion.

Nun handelt es sich ja - wie ebenso hinlänglich bekannt - bei den, man muß schon sagen: verfeindeten Fraktionen nicht um eine Pro- und eine Contra-Mißbrauchspartei. Das Vorkommen sexueller Handlungen von Erwachsenen an Kindern wird von niemandem bezweifelt oder gar gutgeheißen - die Einhelligkeit reicht von »Bild« bis »Wildwasser«. Die Geister scheiden sich vielmehr gewissermaßen stellvertretend an Katharina Rutschkys Darstellung. Aber das ist eine Scheidung ums Ganze, und sie läßt sich vielleicht auf folgende zwei Überzeugungen zuspitzen: Entweder ist sexueller Mißbrauch eine allseits verschwiegene, schreckliche, aber geschlechts- und gesellschaftsstrukturelle normale Alltagserscheinung, oder er ist eine schreckliche, aber nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen vorkommende Ausnahmeerscheinung, die juristisch belangbar ist und auch lange schon belangt wird.

Das klingt ebenso sachlich-nüchtern wie überschau- und verhandelbar. Ist es aber nicht! Denn beide Überzeugungen bergen einen Rattenschwanz an Implikationen und Folgerungen. Und die haben es in sich. Insofern ist es verdienstvoll, daß jetzt ein zweites Heft erschienen ist: »Sexueller Mißbrauch II. Diskussion«. Die »Forum«Redaktion hatte sich nach der Entzweiung darauf geeinigt, auch die Stimmen der Gegenseite, die im ersten Anti-Rutschky-Heft keinen Platz fanden, zu Wort kommen zu lassen. Der neue Band versammelt nun Texte beider Fraktionen. Beide Hefte seien nun auch denjenigen zur Lektüre empfohlen, die sich - je nachdem - erstaunlicher-/beruhigender-/verdammenswerterweise bislang nicht für das Thema interessiert haben, das soviel Unglück in so vielen Köpfen angerichtet hat.

Man muß zwar Geduld haben und sich lesend einiges antun, aber dafür lernt man eine Menge über die Untiefen der Moral, oder, da es in den Aufsätzen viel um »Erfahrung« und ihre Glaubwürdigkeit geht: Man macht erstaunliche Erfahrungen. Zum Beispiel die, daß bei bestimmten Reizthemen einfach der Verstand aussetzt. So lernt man etwa, wie logische Schlüsse konstruiert sein können: »Durch die in den letzten Jahren erweiterten gesellschaftlichen Möglichkeiten, sexuelle Gewalt an Kindern zu thematisieren, durch die öffentlichen Aussagen vieler erwachsener Frauen (viel mehr Frauen als Männer) ist das Ausmaß von sexueller Gewalt in der Kindheit ahnbar, es ist als weit verbreitetes Phänomen nicht mehr zu leugnen.« Da muß man sich um die unexplizierte Kleinigkeit der »erweiterten gesellschaftlichen Möglichkeiten« dann nicht weiter kümmern. Zumal schon der Urvater aller Therapeuten, Sigmund Freud, mit seiner »Widerrufung der Verführungstheorie« das Tabu über den Mißbrauch bewiesen hat. In »seiner emotionalen Stumpfheit gegenüber der realen Not und den Verbrechen« hatte er »seine mißbrauchten PatientInnen verraten«.

Da diese Verbrechen von »professionellen Männern« seit jeher vertuscht und gedeckt werden, bedarf es also großen Spürsinns: »Auch andere Formen der Berührung, ja selbst Blicke und Worte, können, indem sie die erwähnten Formen sexueller Gewaltausübung anbahnen und quasi >schleichende Übergänge< bilden, den Charakter von sexueller Gewalt haben. Wesentlich scheinen mir hierfür neben den konkreten Handlungen eben die Gedanken und Absichten des Erwachsenen.« Leider fehlt eine Erläuterung, wie denn solche blick- und gedankenpolizeilichen Kontrollen praktisch auszuführen wären. Vorerst hilft es da, daß die Subjekte der Mißbrauchserfahrungen, die »Überlebenden«, selber »Zeugnis ablegen«. Wenn eine »Überlebende« der Gefahr entgehen möchte, daß diese ihre Erfahrung in die Fänge falscher Fremddeutungen gerät, sollte sie sich an eine Selbsthilfegruppe wenden, »wo sie an einem kollektiven Prozeß der Analyse und Einordnung von Erfahrungen teilnimmt. Solch ein kollektiver Prozeß kann die individuelle Fähigkeit einer Überlebenden vergrößern, Theoretikerin ihrer eigenen Erfahrung zu sein.«

Zumal »die Erfahrung sexueller Gewalt etwas (ist), das nur die Frauen selbst haben können«. Damit erledigt sich auch das »Problem der Daten über >Mißbrauchs<Häufigkeiten«: »>Erfahrungen< kann man nicht zählen, man kann sie nur teilen.« Erledigt ist so ebenfalls die leidige Frage nach der Glaubwürdigkeit der Zeugnisablegerin. Es muß den Mädchen und Frauen unbedingt geglaubt werden, denn, so die von einem kritischen Psychologen nachgelieferte theoretische Begründung für die Forderung der »Wildwasser«-Gruppen: »Zweifel an der Wahrhaftigkeit des anderen sind also offensichtlich im intersubjektiven Beziehungsmodus nicht erwiderbar. Sie sind - ob nun direkt verbal oder auch nur in entsprechendem Verhalten geäußert - gleichbedeutend mit dem Abbruch der Subjektbeziehung« und hätten »Selbstentfremdung der Frauen durch Entzug der Deutungskompetenz für ihre eigenen Gewalterfahrungen« zur Folge. Und schon ist die an anderer Stelle dämmernde Erkenntnis vergessen, daß »jede Erfahrung auch diskursiv vermittelt ist«.

Bis hierher stammen alle Zitate aus dem 1. Heft. Und ihre polemische Wiedergabe ist gewiß nicht zu überhören. Allerdings lädt die Tabubrecherfraktion in ihrer kompletten Denkschwäche (um von der furchtbaren Sprache gar nicht zu reden) auch dazu ein. Was zu der verrückten Konsequenz führt, daß man sich allein aus diesem Grund auf die andere Seite schlägt, obwohl eine gute Sache ja durchaus auch schlechte Fürsprecher haben kann.

Richtig interessant wird es aber erst in Heft 2, weil darin vor allem eine Auseinandersetzung mit - im selben oder im Vorheft - nachlesbaren Texten stattfindet. Und da wird es dann gelegentlich irre. In der Zwischenzeit hatte es in Berlin einen Kongreß zum Thema gegeben und prompt einen Gegenkongreß von der anderen Seite: »Eine Verständigung zwischen beiden Positionen ist nicht in Sicht; vielmehr haben sich --Fronten extrem verhärtet.« Mittlerweile herrscht das Getümmel »politischen Revierverhaltens«, und man möchte beim Lesen der unversöhnt nebeneinander stehenden >feindlichen< Artikel manchmal glauben, daß die Autorinnen und Autoren sich am liebsten geprügelt hätten (tatsächlich hat Katharina Rutschky ja bereits Prügel bezogen). Wäre das ganze ein Schulhofstreit, würden die Parteien sich wohl einfach anbrüllen: Du Kapitalistenschwein! Du bist kein Sozialist mehr! Du geiler alter Bock! Du Verräter der kritischen Psychologie! Männerhasserin! Du bist eine Schande für dein Geschlecht! Du Nazi! Oder schlicht: Du bist ja blöd!

Eben dieser Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen. Oder was soll man davon halten, daß in Heft 2 ein Aufsatz aus Heft 1 glattweg noch mal brav und hilflos nacherzählt wird? In der Zusammenfassung der Beiträge heißt das vornehm: Die Autorin »rekonstruiert das wissenschaftliche Vorgehen«. Und das geht so: »Von den Erfahrungen und aktuellen Problemen im Leben der Frauen ausgehend, so Smith, wird die dem Kapitalismus immanente Gewalt sichtbar.« Auf die Frage, wieso angesichts der dargelegten gewaltförmigen Familienstruktur nicht alle Männer gewalttätig werden, erkennt die Autorin: »Die Untersuchung Smiths zeigt eine Struktur, in der Männer potentiell zu offener Gewaltanwendung greifen. Sofern ihre Bedürfnisse von ihren Ehefrauen erfüllt werden, bleibt es bei der Möglichkeit von Gewalt.«

Wer theoretisch höher hinaus will, holt sich Rat bei Foucault, »der in eben diesen Bereichen Zusammenhänge vorgeführt hat«. Am schönsten bündelt die Foucault-Auslegerin sie in folgendem Satz: »Und dann gibt es überhaupt Sex in der Form, daß er als Urgrund und Anfang allen Übels und aller Entwicklung erscheint.« Manchen feministischen Therapeutinnen wirft dieselbe Autorin vor, »daß sie diese Auffassung mit den modernen Machttechniken teilen«. Entkommen lasse sich diesen »Machtnetzen« nur, wenn sich Gruppen formieren, die Gegenmodelle entwickeln. »Sie können Netze bilden, in denen andere Möglichkeiten des Heranwachsens, anderer Umgang mit den Körpern, eine andere Sprache gepflegt werden. Und sie bilden selbst jene Öffentlichkeit, die nicht geformt und gereizt durch Familien- und Sexualitätsdispositiv notwendig ist, um Schweigen in eine Richtung zu überschreiten, in der Sprechen Kommunikation ist mit anderen auf dem Wege selbstbestimmterer Individualitätsformen von unten, andere Gesellschaftlichkeit zu leben.« Ja, so könnte es gehen.

Am verblüffendsten ist aber, daß die Erregten nicht einmal mehr lesen können. So versucht ein Autor, der von der Tabubrecherseite den »Verharmlosungsstrategen« zugerechnet wird, einem Vorautor (der noch dazu *die* theoretische Autorität der »Forum«-Redaktion ist) mühselig und verbissen auseinanderzulegen, daß er mit seiner »Wildwasser«-Apologie sein eigenes wissenschaftliches Niveau und das der kritischen Psychologie unterlaufen habe. Unter anderem weist er darauf hin, daß auf feminist her Seite häufig negative Taten mit Eigenschaften der Täter gleichgesetzt werden. Nach dem Muster: »Taten von Männern werden zu männlichen Taten, Taten von Juden zu jüdischen Taten, ete.« Daraus wird dann im nachfolgenden Gegengegenartikel: Der Autor »bezieht sich auf den Faschismus, ... de... er die Rede von den >männlichen Taten< mit der von den >jüdischen Taten< gleichsetzt und auf deren tödliche Konsequenz verweist ... (er) legt die Auffassung nahe, daß sein Leben als Mann durch die Feministinnen genauso bedroht sein könnte, wie es das Leben von Juden im deutschen Faschismus war.«

Damit wären wir nun mitten im hellen Wahnsinn. Denn die Autorin dieser Duplik möchte den Holocaust doch lieber für ihre Seite reklamieren: »Bezüge zum Holocaust sind sicher fragwürdig, wenn sie dazu dienen, sich anderen gegenüber einen moralischen Vorteil zu schaffen. Wenn man jedoch auf sie zurückgreift, um Leiden zu verdeutlichen, ist es m. E. eher problematisch, dies mit dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit solcher Parallelen vom Tisch zu fegen.« Um das Leiden der mißbrauchten Mädchen zu verdeutlichen, zitiert sie dann seitenweise Jean Améry als Zeugen und usurpiert gewissermaßen dessen erlittene Erkenntnis, daß Unbewältigbares sich nicht bewältigen läßt. Man kann es nur zur Sprache bringen: »Die Hoffnung, den erlittenen Unmenschlichkeiten quasi dadurch nachträglich einen >Sinn< geben zu können, daß man über sie

berichtet und damit eine wesentliche Voraussetzung dafür schafft, um ihre zukünftige Wiederholung auszuschließen, war für viele >Überlebende< der Vernichtungslager offensichtlich ein wesentliches Moment ihrer Widerstandsfähigkeit, d.h. ihrer Fähigkeit, sich zumindest ansatzweise über die reale Ausgeliefertheit an die Situation zu erheben und zu überleben.« Was den entsprechenden Analogieschluß offenbar unvermeidlich erscheinen läßt.

Hier sei Schluß mit dem Zitieren und der reichliche Rest Selbstlesern überlassen. Daß die sog. Rutschkypartei dabei kaum zu Wort gekommen ist, liegt daran, daß sie sich zwar in die Diskussion verstricken läßt, aber insgesamt maßvoller und klarer argumentiert. Jammerschade ist allerdings, daß keine einzige der Beteiligten in die Metaebene gesprungen ist und gefragt hat: Was ist hier eigentlich los? Wie kann es passieren, daß eine ideologiekritisch und theoretisch eng verbundene Gruppe über dieses Thema auseinanderfällt? Es ist ja nicht so, daß die Front entlang der Geschlechterscheidelinie verläuft. Was den realen Kindesmißbrauch angeht, stehen, wie gesagt, alle auf der korrekten Seite. (Wobei anzumerken ist, daß die Männer der Tabubrecherseite eine Sonderrolle einnehmen. Mit einem Begriff ihrer eigenen Disziplin wären sie wohl als überidentifiziert zu beschreiben.) Der Streit entbrennt nicht einmal ernsthaft zwischen Feministinnen/Feministen und Sozialistinnen/Sozialisten, also darüber, was das Unheil in die Welt gebracht hat, der Kapitalismus oder das Patriarchat. Selbst da ist man sich im großen und ganzen relativ einig: Erst wenn beides abgeschafft ist, wird alles gut.

Eines allerdings wird auch dann nicht gut werden. Nicht gut und nicht natürlich, nur anders: die Sexualität. Und wenn, wie die Lektüre der beiden Mißbrauchs-Hefte deutlich macht, die Erhellung des Themas im umgekehrten Verhältnis zur Ereiferung darüber steht, so liegt das am nicht dingfest zu machenden Phänomen der Sexualität. Es folgen daher hier auch keine endgültigen Sätze über das Wesen der Sexualität und der Gesellschaft, die sind alle schon tausendmal versucht worden. Fatal ist es allerdings, wenn wieder mal die Sexualität als Identitätsstifter herhalten muß, als Weg zur Befreiung des Subjekts und der Gesellschaft. Das ging schon 68 schief. Das wird auch diesmal nicht gelingen. Womöglich läßt sich gerade deshalb so heftig wie müßig darüber streiten.

Linda Alcoff, Frigga Haug, Klaus Holzkamp, Birgit Rommelspacher, Dorothy Smith u.a.: Sexuel*ler Mißbrauch. Widersprüche eines öffentlichen Skandals.* Forum Kritische Psychologie 33, Argument-Verlag, Hamburg 1994, 164 S., 22 Mark; *Sexueller Mißbrauch II. Diskussion.* Forum Kritische Psychologie 37, Argument-Verlag, Hamburg 1997, 208 S., 22 Mark

Konkret 09/97, S. 68

Jürgen Roth

Wenig Licht

Über viele Jahre war Jürgen Kuczynski - kürzlich verstorbener Ökonom, Schriftsteller und Nestor der DDR-Gesellschaftswissenschaften - Autor einer Wirtschaftskolumne u. a. in der Tageszeitung »Junge Welt«. Was er dort veröffentlichte, hat, wie die wohlwollenden Nachrufe auch der Bürgerpresse zeigen, seinen Ruf als Prognostiker nicht geschmälert

Unbestritten, der Osten holt auf, und das, obwohl »die Aufholjagd der ostdeutschen Wirtschaft langsamer wird« (»FR« vom 3 1. Januar 1997) und »neues Mißtrauen gegen den Westen sich in ostdeutschen Agrarfabriken breitmacht« (»FR« vom 21. April 1997). Nur: In welchem Stadium genau befindet sich, vor diesem hochkomplexen Hintergrund betrachtet, denn augenblicklich die Weltökonomie als solche und Ganzes? Knapp vorm Sozialismus? Vor der Barbarei, vulgo vorm Verbrechen, vorm Knast? Oder so dazwischen? Frevelhaft dünken den Beobachter kapitalistischer Machenschaften nun wahrlich nicht namentlich Meldungen wie »Bei der Aufholjagd im Osten bläst die KfW ins Horn« (s.o.), sondern die Gepflogenheiten der Kapitalisten, Bankiers, Rentiers und Börsenmakler selbst, des westlichen Monopolkapitals als Finanz- und Produktionskomplex schlechthin.

Niemand konnte dies besser beurteilen als einer, der die neunzig Jahre souverän gemeistert und gesellschaftliche Umwälzungen reihenweise erlebt hatte; der Bekanntschaft gemacht hatte mit Kautsky, Kollwitz, Liebknecht, Luxemburg; der in Moskau Karl Radek getroffen und neben seiner vierzigbändigen *Geschichte der Lage der Arbeiter im Kapitalismus* weitere geschätzte siebzig Bücher verfaßt hatte; einer, der das renommierte DDR-Institut für Wirtschaftsgeschichte geleitet hatte und anerkannter Experte für alle Fragen des Kapitalismus war, für dessen Evolution und dessen Zusammenbruch; der zu sagen vermochte, was ein Wissenschaftler ist: »Ein Wissenschaftler, der nur 8 Stunden am Tage zu arbeiten bereit ist, ist wie ein Ehemann, der seine Frau nur 8 Stunden am Tag bzw. in der Nacht zu lieben entschlossen ist«; einer, der wußte, worauf es ankommt (»Die wichtigste Eigenschaft und Fähigkeit des schöpferischen Wissenschaftlers ist die des Nachdenkens«) und was die Stunde geschlagen hatte: »Wie lange kann der Mensch am Tag *schöpferisch* nachdenken oder gar in der Woche? Es handelt sich um zehn bis zwölf Stunden in sieben Tagen in der Woche, die er zu schöpferischem Nachdenken fähig ist, jedenfalls heute noch«; einer schließlich, der mit dem Charme des lässigen Weisen über »Große Reaktionäre und Konservative im Urteil großer Kommunisten« sprach; einer letztens, der offenherzig berichtete: »Wie oft holt mich die Genossin Kuczynski etwa beim Essen in die Wirklichkeit der Küche zurück - mit voller Berechtigung, da sie sich und wahrlich mit Erfolg bemüht hat, das Essen so zuzubereiten, daß ein kultivierter Mensch es mit Verstand und Geschmack essen sollte. Bei dieser Unterbrechung der Gedanken eines Wissenschaftlers durch den Ehepartner handelt es sich natürlich um eine wichtige erzieherische Anleitung, auf möglichst breiter kultureller Basis zu leben.«

Die Rede freilich ist von Jürgen Kuczynski (alle voranstehenden Zitate aus: Jürgen Kuczynski: *Ein Leben in der Wissenschaft der DDR,* Westfälisches Dampfboot, Münster 1994), der nicht erst 1997 »eine Renaissance erlebt« hat (»Spiegel« 16/97), sondern seit Menschengedenken, wenigstens seit er für die Ost-Berliner Tageszeitung »junge Welt« seine wöchentliche, auf den Seiten des Ressorts »kapital & arbeit« erscheinende Wirtschaftskolumne verfaßte.

Tenor der Texte: schlechte Aussichten, steigende Arbeitslosigkeit, Fall der Profitrate, Krise und bald die Katastrophe. Womit Kuczynski nicht unrecht hatte. »Der kritischste Genosse Wissenschaftler in der DDR« (Kuczynski über Kuczynski) verfolgte akribisch den täglich sich infamer gebärdenden Kapitalismus, eine Melange aus organisierten Verbrecherbanden, Rackets, Hasardeuren, kaltschnäuzigen Marodeuren und anderem Geschmeiß - und flankiert von erschütternden Vorkommnissen.

Andererseits müsse man den herrschenden Verhältnissen nur ihre eigene Melodie vorspielen, dann brächen sie schon in sich zusammen, frohlockte einst Karl Marx, und Kuczynski insistierte gegenüber dem »Spiegel«: »Der Sozialismus wird kommen«. Aber über den Umweg wachsenden Elends, dreister Ausbeutung, schamloser Knechtung. Verfolgen wir Kuczynskis Kolumnen nur von Januar 1996 bis April 1997, so sprechen die dort präsentierten knappen Analysen und Konklusionen eine »deutliche Sprache«. Im folgenden also: Überschriften (selten redaktionell nachgeschliffen) und letzte Sätze aus eineinhalb Jahren.

Das Jahr 1996 begann am Ende seines ersten Monats wie die letzten 99 Jahre auch: »Nun auch in England düstere Aussichten«, lautete Kuczynskis Überschrift, und er schloß: »Für die Arbeiter und Angestellten ist die schlimmste Krise der Nachkriegszeit längst ausgebrochen.« Eine Woche später: »Krise -jetzt ganz neu auch in ... «, nein: »Krise nun auch in den USA« und: »Daraus kann gefolgert werden, daß man in den USA insgesamt eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage fürchtet.« Eine neuerliche Zuspitzung war für sämtliche Sektoren und in sämtlichen Erdzonen zu erwarten, singuläre Tiefstände sollten erreicht werden, die Depression müßte fürchterliche Ausmaße annehmen. Kuczynski meldete am 13. Februar 1996: »Ein neues Tief in der Industrie«, klemmte einen ersten apodiktischen Befund in die schmale Spalte (»Es geht mit der Industrie bergab«) und resümierte: »Ja, die Menschen in Deutschland verarmen immer mehr - dies schließt aber nicht aus, daß die oberen fünf Prozent der Bevölkerung immer reicher werden.«

Klassengesellschaft heißt die Diagnose. Und Verderben. »Tiefster Pessimismus«, so Kuczynskis Zusammenfassung seiner »FAZ«-Lektüre vom 20. Februar, habe selbst das deutsche »Großkapital« erfaßt, und nach sieben weiteren Monden ließ sich »Eine todsichere Wirtschaftsprognose« treffen: »Ja, wir befinden uns inmitten einer sehr deutlichen Industriekrise«, die ihrerseits bereits am 5. März auf die Bauwirtschaft übergriff. »Bau-Katastrophe«, klagte Kuczynski, und zum Beschluß wurde das ganze Ausmaß der verbrecherischen Machenschaften (trotz frühlingsbedingt zu erwartendem Konjunkturaufschwung besonders in der Baubranche) offenbar: »Schlimm war das Jahr 1995«, tobte der Professor, »noch schlimmer wird das Jahr 1996 werden. Nicht Krise«, revidierte er seine eigenen Deutungen und Berechnungen, »sondern tiefste Krise kennzeichnet die Situation... Zustand der Barbarei! «

Folgerichtig titelte Kuczynski beim nächsten Mal: »Vor einer neuen Weltwirtschaftskrise« - während einzelne Länder, wir sahen es, schon mitten im Schlamassel steckten. Dennoch: »Eine wahrlich schlimme Aussicht, wie wir sie niemals in solcher Kombination in der Geschichte des Kapitalismus gehabt haben.« Am 19. März war die Lage etwas beruhigt (Überschrift: »Interessante Prognose«), doch dialektisch drohte hochschießendes Ungemach: »Bei dem gegenwärtigen Verfall in Barbarei würde ich es auch ... nicht ausschließen, daß sowohl das Bruttosozialprodukt als auch die Profite des Kapitals wieder ansteigen - während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen neue Rekorde schlägt.«

Höher, schneller, weiter ins unverschuldete Verschulden. »Zinssorgen« annoncierte Kuczynski am 26. März, erst seine nächste Kolumne aber ergänzte sinnvoll eine bemerkenswert lasche Auswertung aktueller Wirtschaftsdaten. Mit rabiatem Spruchwerk (»Nicht nur Rinderwahnsinn«) konterte er die kurzfristige Schwäche: »Man muß endlich begreifen. Die Welt des Kapitals wird immer weniger durchschaubar, und Blinde oder Wahnsinnige haben durchaus eine Chance, sie zu verstehen. Wer aber nicht blind oder verrückt ist, hat nur eine Möglichkeit, die Welt von heute zu begreifen: Er muß Marx, Engels und Lenin lesen.«

Sehr bald, sieben Tage drauf, wußte Kuczynski mit der galanten Überschrift »Die Kleinen Sieben sind hilflos« (9. April) zu gefallen. Am 16. dagegen stand »Barbarische Unsicherheit« vor der Tür, »nie in der Geschichte« sah es so schlecht aus, »es ist wahrlich an der Zeit, an der Wurzel anzugreifen und das gesellschaftliche System zu verändern.« Konnte man aber deshalb, wie am 23. geschehen, die »Frankfurter Börse eine Filiale von Wallstreet« nennen? Ja und jein. »Starker Dollar schwächt die USA« und drängt die eben noch kurrente Problematik und speziell Frankfurter Bedrohungsszenarien in den Hintergrund: »Ja, die Weltwirtschaft wird immer chaotischer, ganz gleich, ob die Konjunktur hier erträglich oder dort die Krise ausgebrochen ist.«

Rückblickend erklärte Kuczynski den 1. Mai am 7. Mai zum »Trauertag 1. Mai«, »denn eine solche Hoffnungslosigkeit auf ein Absinken der Arbeitslosigkeit nach beispielsweise in Deutschland fünf Jahren ständigen Ansteigens, ganz gleich wie die Konjunktur sich gestaltete, hat es in der ganzen Geschichte des Kapitalismus noch nicht gegeben.« Gerade wurde ein neues höchstes Stadium der Gemeinheit erreicht, prompt entstanden »Geldumlaufsorgen in den USA und in Deutschland«. - »Frankfurt in den USA?« hakte Kuczynski jetzt (21. Mai) in Umkehrung einer erst vier Wochen zurückliegenden Prognose nach, lenkte jedoch ein: »Sagenhaft! Nicht eine einzige Bewegung der deutschen Wirtschaft wird als börsenbeeinflussend genannt. Nur amerikanische Daten! «

Seine singuläre Freude war von kurzer Dauer. »Völlige Hilflosigkeit« am 29. Mai, so daß wieder der Klassenkonflikt akute Formen annahm. Es »sollte angesichts einer Million Obdachlosen ein verstärktes Billigwohnungsbauprogramm kommen, finanziert durch höhere Besteuerung von Millionären und Milliardären«, beendete Kuczynski eine seiner niederschmetterndsten Meldungen. Während erste zaghafte Sonnenstrahlen aufgeweichte Lehmböden erwärmten, stand »Deutschland an zehnter Stelle«, mit der Einschränkung: »Die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter und Angestellten, sollen für die Unfähigkeit des deutschen Kapitals - Unfähigkeit gemessen an den Leistungen des internationalen Kapitals - zahlen. Von dieser Seite hat man die Lage in Deutschland noch nicht betrachtet. Und es ist höchste Zeit, das zu tun!« Tatsächlich flackerte das Licht der Hoffnung auf. »500.000 Millionäre«: vorher noch zur Kasse gebeten, dieser Tage »Zwischenlösung vor dem Sozialismus«, doch besorgt stand - qua außerplanmäßiger Sonderglossenlieferung - Mitte des Monats abermals die Frage »Vor einem Börsenkrach?« im Raum, bis der 18. Juni endlich Klarheit brachte: »Verarmtes Deutschland«.

Und der Niedergang hielt an. Den »Blödsinn« ergänzten »Minuskatastrophe und Pluskatastrophe«, »und beide zusammen betrachtet, Baugewerbeproduktion und Obdachlosigkeit, sind ein klassisches Beispiel für die Auflösung des Kapitalismus in Barbarei«, zumal anläßlich des 9. Juli eine »wahrhaft traurige Bilanz« kommentiert werden mußte: »Alles spricht dafür, daß die Industrieproduktion in den nächsten Monaten weiter absinkt und damit auch die Arbeitslosigkeit in der Industrie steigen wird.«

Die Situation wurde enger. 23. Juli, Sonne knallte hirnzermarternd, hirnzerbrennend vom Himmelsdach herab: »Hilflos«: »Das Chaos der Wirtschaft des Kapitals hat uns blind für die Zukunft gemacht, von der wir höchstens einen Schatten erkennen können.« 30. Juli: »Vier Jahre abwärts«: »Bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen und Realgehältern kann wahrlich niemand erwarten, daß sich die Lage des Einzelhandels bessert, sie muß sich weiter verschlechtern - auch wenn die Läden 24 Stunden am Tag aufblieben.« Erster Augusttermin: »Standort oder Wackelort?«

(»Man soll endlich aufhören, sich um den Standort Deutschland Sorgen zu machen, und seine ganze Aufmerksamkeit dem Wackelort Deutschland widmen.«) Dann weg vom Wackelort und ein »Blick auf die Welt«: »Es ist eine Welt, in der sich - wie es Marx und Engels für den Fall, daß der Sozialismus nicht siegt, vorausgesehen haben - der Kapitalismus in Barbarei aufzulösen beginnt.« Am 20. August erkannte Kuczynski »Ministerielle Albernheiten«: »Ganz abgesehen von dem konkreten Blödsinn über zweiprozentige Zuwachsraten, den das Wirtschaftsministerium verbreitet, sollten alle endlich begreifen, daß der Kapitalismus in einem Stadium seiner Entwicklung angekommen ist, in dem Konjunkturvoraussagen nicht mehr möglich sind.« Alle begriffen abermals nichts und nicht. Wozu auch? Versanken ja Ost wie West in Chaos und finstrer Zukunft, die schon begonnen und ihre Schatten vorausgeworfen hatte. Kuczynski prognostizierte einen »Segen für die Börse« (27. August) und - 3. September - »Wenig Licht«, insofern »die Welt des Kapitalismus in ein Stadium ganz besonderer Unsicherheit getreten ist.«

Der Boden wackelte, der Zementmischer fiel um. 10. September: »Katastrophe im Baugewerbe«. Der »letzte Satz«, kurvte Kuczynski auf seine Schlußwendung zu, »ist nur in einer Hinsicht zu ergänzen: Gleichzeitig wird auch die Anzahl der Obdachlosen zunehmen.« Eine Woche ging ins Land. Wendete sich wo immer irgendwas irgendwie zum Besseren? »Amerikanische Sorgen« avisierte Kuczynskis schelmisches Konterfei: »Eine verrückte Welt, nicht wahr? ... Das sind doch wahrlich deutliche Aussagen über die Gestaltung der Konjunktur des Volkes«, polterte es, und der Laden wurde dichtgemacht.

Für sieben Tage bloß. Am 1. Oktober beschwor Kuczynski nicht nur, sondern kritisierte darüber hinaus das »Versagen der Konjunkturprognose«, und als gelte es, selbsterdachte Trends aus dem Frühjahr zu bekräftigen, legte er eine gestochen scharfe Pointe nach: »In der letzten Zeit hat sich der Anarchismus so gesteigert, daß wir zum Beispiel in Deutschland nach der Krise von 1993 schon 1995 wieder den Beginn einer neuen Krise erlebten.«

»Doppelkonjunktur« (15. Oktober)? Wohl kaum. »Der Einfluß der Elemente des Barbarismus wird immer stärker.« 22. Oktober: »Wahnsinn«: »Es ändert nichts daran, daß eine längerfristige andauernde gute Konjunktur ... unmöglich ist.« - »Realistischer Pessimismus«, wie am 29. desselben Monats überschriftelt, blieb geboten. Kein Grund zum Durchatmen. »Lohnunterschiede« (5. November) und »Prognose-Wahnsinn« (12. November) folgten im Gänsemarsch. Fragen sollte man nicht, wann welche Prognosen und ob überhaupt zutreffen. »Man soll nicht fragen: Wann werden wir endlich vernünftige Konjunkturprognosen haben? Sondern: Wann wird das Kapital endlich begreifen, daß seine Lage so chaotisch ist, daß Konjunkturprognosen unmöglich geworden sind?« Es begriff nicht, sondern zog, wie am 9. November bekanntgegeben, beide Landeshälften ins Verderben. Am 26. fragte Kuczynski: »Vor einem Börsenkrach?« Oder, so die Conclusio: »Sollte uns statt eines Börsenkrachs wie 1994 ein Jahr der Aktienstagnation bevorstehen?«

Akkumulation und Wertabschöpfung schritten unterdessen machtvoller noch voran. Der Zug war für die unteren Schichten längst abgefahren, die Wirtschaft befand sich auf dem Weg ins Schwerkriminellenmilieu. Zum Advent gewährte Kuczynski zwar »Mehr Minuspunkte, kleine Pluspunkte« (3. Dezember), am 10. Dezember auch »Tiefe Einsichten«, wonach die »FAZ«, das »Zentralorgan des deutschen Großkapitals«, äh - halt: »Immer mehr Menschen werden überflüssig«, galt es am 17. Dezember hervorzuheben. »Die große Masse der Bevölkerung wird mehr und mehr überflüssig.«

Das neue Jahr begann wie alle Jahre: mit einem Rückblick und schlimm, denn ein schlimmer Rückblick benannte das vergangene Schlimme und wagte zugleich den Vorwurf auf das Kommende, das kommende Schlimme. Die Glosse führte den Titel »Die schlimmen Jahre 1996 und 1997«, wurde von einem ersten guten und schönen Kuczynski-Satz eröffnet (»1996 war ein schlimmes Jahr«) und abgerundet durch ein markantes Schlußwort: »Ja, 1997 wird ein noch schlimmeres Jahr als 1996 werden, und die große Masse der Bevölkerung wird auf sechs Jahre zurückblicken müssen, in denen jedes schlimmer war als das vorangehende - auch nach den untertreibenden Statistiken aller offiziellen Stellen!«

Wenigstens 1997 hielt sich an Abmachungen. Schon zum 7. Januar menetekelte es: »Letztes Mal Textil« (»In den letzten beiden Jahren haben wir öfter von der Krise in der Textilindustrie berichtet«), noch vor Ablauf von zwölf Monaten bescherte der 14. Januar einen »Tiefgang im Bau«: »Sinkende Reallöhne, Abbau der Sozialversicherungen und steigende Obdachlosigkeit, das ist die Leistung der letzten Jahre und wird sich auch in diesem Jahr 1997 fortsetzen.« - »Die absolute Verelendung innerhalb der Arbeiterschaft hat im Verlauf der neunziger Jahre stark zugenommen«, erklärte Kuczynski am 2 1. des Monats und sah Anlaß zu »Berechtigte(m) Pessimismus«: »Was man aber noch nicht begriffen hat, ist, daß man sogar mit einer deutlichen Verschlechterung rechnen muß. Und genau da anfangen muß, Politik zu machen.« Die währenddessen andernorts bereits am Ende sei. Dennoch: Was ist los? Am 4. Februar behauptete Kuczynski, es wehe ein »Hauch von Zuversicht« übers Land. Lasen wir weiter, stimmte die Richtung wieder: »Der ganze Artikel (aus der »FAZ«; J.R.) ist ein wahrlich realistisches Beispiel für die im gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus so krasse Unmöglichkeit, eine sinnvolle Prognose zu machen.« Die Kritik bundesdeutscher »Provinzzeitungen« fand ihre Fortsetzung, das Thema »Trauriger Handel« (18. Februar) übernahm den Staffelstab und wurde beim Zieleinlauf durch eine sinnvolle Prognose prämiert: »Am Ende dieses Jahres 1997 wird man voraussichtlich feststellen müssen: Drei Jahre Abfall des Großhandels, vier Jahre Abfall des Einzelhandels - nach mehr als vier Jahren sinkender Kaufkraft wegen ständigen Abbaus der

Sozialfürsorge, ständig steigender Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, stagnierender oder sinkender Reallöhne und -gehälter - wegen ständig steigender Elemente der Barbarei im System des Kapitalismus.«

Wegen ständig steigender Elemente der Barbarei im System des Kapitalismus verlor »die D-Mark weiter an Kraft auf dem Devisenmarkt« (25. Februar) und nahm am 4. März die Gewißheit zu, »daß es unmöglich ist, die konjunkturellen Entwicklungen in der nächsten Zeit vorauszusehen«. - »Ganz vernünftige Voraussage« titelte Kuczynski am 11. März und bekräftigte: »Wahrlich eine präzise Schilderung einer schlimmen Situation.« Kämpferischer eine weitere Woche später: »Kein Sterbegeld für den Kapitalismus«: »Darum müssen wir auf jeden Fall den Kampf der Bergarbeiter für ein möglichst hohes Sterbegeld unterstützen, aber auf der anderen Seite die Ausgabe jeden Pfennigs Sterbegeld für die Hinausschiebung des Endes des kapitalistischen Systems bekämpfen.«

Das nur im offensiv angenommenen »Weltklassenkampf« *(Wissenschaft,* a.a.O.) niederzuringende kapitalistische Weltsystem provozierte sofort eine »Weltbörsenunruhe« (25. März) und »eine außerordentlich verschiedene Entwicklung der Produktivität« (»Produktivität«, 1. April).

Ruhe verhießen zwei vergleichsweise besonnene Kommentare keineswegs. »Horrormeldungen aus den USA« beherrschten den 8. April (»In den USA mehren sich die Schreckensmeldungen für die Wirtschaft«), in diffusem Licht erschien die Zukunft unser aller, die wir von Überflüssigkeit und irgendwann einmal vielleicht vom Aussterben bedroht sein werden, am 15. April, Überschrift: »Konkrete Arbeitslosigkeit«; Schlußabsatz: »Und die nächste Zukunft? Sie wird konjunkturell eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, genau wie in den vergangenen fünf Jahren, bringen. Der Kapitalismus ist nicht mehr fähig, hier eine Änderung der Lage herbeizuführen. Immer größere Teile der Bevölkerung werden offenbar überflüssig.«

Bleibt nur mehr nachzutragen, daß in dem von Kuczynski so überaus luzide beobachteten Berichtszeitraum Dax und Dow Jones von Rekordhoch zu Rekordhoch kletterten. Aber das ist ja vielleicht das Allerschlimmste.

Konkret 09/97, S. 71

Mark-Stefan Tietze

Melodie & Rhythmus

Rammstein: Sehnsucht, Motor Music/Polygram

Nachteilig für den Kinostandort Deutschland war zweifellos, daß man hier auf der Tonspur von David Lynchs »Lost Highway« jedes Wort von Rammsteins Manierismen verstand, während sich das amerikanische Publikum einfach dem Grusel germanischen Grunzens und Kläffens hingeben konnte. Tool aus Los Angeles machten sich im letzten Jahr denselben Effekt zunutze, als sie über den Industrial-Noise ihres Stücks »Die Eier von Satan« ein deutsches Space-Cake-Rezept rezitierten. Mitsamt dem dazu aufbrandenden Sportpalastjubel klang das drüben wohl wirklich *evil*, hier dagegen (im beabsichtigten Sinne) komisch.

So doppelbödig wollen Rammstein jetzt, pünktlich zum zweiten Album, auch sein. Deshalb darf Gottfried Helnwein die eine Hälfte des Cover-Artworks mit seinen Schmerzensfotografien schmücken, gegen die auf der anderen Seite ein strahlendes Tropenidyll ins Bild gesetzt wird. Solch universelle Semantik soll wohl das markante Image vom »Teutonenrock mit Sturmtruppen-Charme« ein wenig modifizieren, schließlich locken größere Märkte.

Gegen den Vorwurf, Rammstein seien faschistoid, verklärt die Plattenfirma deshalb die »Rammstein-Gruselromantik« als Spiel mit der »Erotik des Mythos« und der »Wucht der Gewalt«. Sie schreibt dem Gothie-Metal/Techno-Gebräu sogar noch »stimulierende Albernheit« und »attraktiven Budenzauber« zu, womit auch denen der Wind aus den Segeln genommen wäre, die das alles eh nur für Kasperletheater hielten.

Zur Beschwichtigung gibt es aber keinen Grund. Noch in den bemüht harmlosen Stücken, von denen es anders als beim Erstling »Herzeleid« nun viele gibt, springen einen all jene Ideologeme an, die das völkische Herz in seiner Freizeit berühren und erheben. »Sehnsucht«, »Klavier«, »Alter Mann«, »Eifersucht« und der vorab veröffentlichte Hit »Engel« kitschen und quietschen und rrrollen und prollen, wie sich simple Gemüter heutzutage Ironie und Finesse nur als Produkt hemmungsloser Übertreibung vorstellen können.

Für die Fans aber, die bei Rammstein das Superböse suchen, hat die Plattenfirma noch die Formel vom »Archetypischen« parat, schwärmt vom »Brand der Leidenschaften«, der unter der »Oberfläche einer perfekten Show« schwären soll. Nur - da findet sich nichts Emotionales, da wird kalkuliert provoziert und marktgerecht tabugebrochen, und wenn man den Brückenkopf deutschnationaler Allmachtsphantasien im Mainstream nur noch maskiert geben darf, muß man dafür halt weit in die Privatsphäre vorstoßen. Sexuelle Gewalt gegen Mädchen wird in »Tier« so verhandelt: »Er wird zu seiner Tochter gehen sie ist schön und jung an Jahren und dann wird er wie ein Hund / mit eigen Fleisch und Blut sich paaren.« (Man sieht die Kapelle förmlich beim Reimeschmieden, wie sie eine imaginierte Political Correctness herausfordern und gleichzeitig abschmettern will. Deshalb darf sich »die Frau, die zwischen Tier und Mann nicht unterscheiden kann«, in der zweiten Strophe auch rächen.)

Sadomasochismus ist dann das andere, clever inszenierte Ding von Rammstein. In »Bück dich« darf »auf allen Vieren« spazierengeführt und Desinteresse am menschlichen »Antlitz« geheuchelt werden, und in »Bestrafe mich« vermeint man schließlich fast den Sinn der ganzen Übung zu sehen: Diese Platte legt wie in einem S/M-Ritus ein »Vergehen« vor, damit eine »Abstrafung« erfolgen möge, was Strenges halt, das sich Publikum und Presse noch ausdenken können, wenn ihnen das Produkt nur erst mal »ausgeliefert« ist. Ist dies dann wohl das »Grauen der Lust«, von dem der Pressetext so lauthals munkelt?

Nein. Dort wurde zu Reklamezwecken ein wenig geflunkert. Das einzige, was sich hinter Rammsteins pompösen Unterwerfungs- und Bestrafungswünschen, der plakativen Gewalt und dem Ekel vor Frauen, der sich als Krieg der Geschlechter ausgibt, verbirgt, ist eine grandiose Leere, in der wahrscheinlich Platz für noch viel mehr Opportunismus, Maulheldentum und pathethisch camouflierte Feigheit ist als die Tanzmetallmusik mit ihren aufgesetzten Chören und synthetischen Streichern zum jetzigen Zeitpunkt erahnen läßt.

Brüllen: Schatzitude; Buback Tonträger

In Hamburg und Umgebung liebt man Brüllen für ihr Debüt parteiübergreifend. Wie eng geknüpft die dortigen Diskursnetze allerdings sind, kann man auch daran sehen, daß Ted Gaier von den Goldenen Zitronen »Schatzitude« für »Spex« rezensiert hat - »Ein seltener Glücksfall«, steht da - und die Sterne Brüllen für ihre aktuelle Tour ins Vorprogramm genommen haben.

Die Band um Kristof Schreuf, vormals bei der Kolossalen Jugend, hat sich über anderthalb Jahre Zeit für ihr Debütalbum genommen. Die Akribie, mit der vor allem die Texte zustandegekommen sein sollen, begründet der Gruppe allein schon

einen gewissen Ruf als Tüftler-Kollektiv und hat sich wortreich auf 14 Seiten im CD-Booklet niedergeschlagen. Dem intimen Kenner Hamburger Befindlichkeiten erschließt sich darin ein textueller Reigen nervöser Selbstbespiegelung, die sich offenbar gegen die Verhältnisse richtet - seien dies vielleicht auch nur gemütliche Bratkartoffelverhältnisse.

Selbstreferentiell und metamusikalisch formuliert man aus dem Tonstudio das klangliche Programm: »Ich will keine harten Sounds / die sehen nicht gut aus / Will keine schweren Sounds / die klauen die Farben.« Dafür klingt die Platte dann allerdings verblüffend monochrom. Der Sänger nörgelt und nölt ohne Unterlaß, aber auch ohne jede Richtung. Die ständige Positionssuche (»Ich habe keinen Standpunkt / denn du veränderst gerade mein Leben«) ist zwar Thema Nr. 1. Da aber die Gitarre dazu konstant die klassisch-schiefen Indie-Akkorde herunterquengelt, verhindern lediglich die souveränen Baßlinien, daß man sich in einen Kindergarten für Hypermotorische versetzt fühlt.

Schön sind dagegen die Lieder, die aus diesem Schema ausbrechen. Der Opener »Es ist so still« strahlt passenderweise eine melancholische Milde aus; die erwähnte Debütsingle rockt richtig los (»Bin jetzt dicht am Krach dran / laufe blau an, das treibt an«), verkündet aber schließlich als tiefere Einsicht die Abkehr vom »Cum Shot Rock«. Gegen dessen Machismo wird »Man kann noch schwächer werden« gesetzt, und man wird dann auch schwächen

Insgesamt scheint bei Brüllen das Soundkonzept eher von archäologischem Interesse geleitet. Die versuchte Rekonstruktion Hamburger Ursprünglichkeit wie auch die quasselige Ortlosigkeit der Gesangstexte sind wohl diskursinternen Auseinandersetzungen geschuldet. Für Beteiligte gewiß eine aufregende Sache, für alle anderen ein eher hermetischer und autopoetischer Kosmos, der bei aller sperrigen Zappeligkeit sachte Langeweile verströmt.

Schorsch Kamerun: Now: Sex Image; L'Age D'Or

Erfreulich radikal erfüllt dagegen Schorsch Kameruns zweite Soloplatte den avantgardistischen Anspruch des Goldenen-Zitronen-Schaffens. Das klassische Songformat spielt dabei kaum noch eine Rolle; die meisten Titel des von Kamerun fast im Alleingang eingespielten Albums verkleiden sich überdies als elektronische Instrumentals, obschon sie mehr mit Punk zu tun haben als das meiste, das sich heute als solcher ausgibt.

Im Zentrum seines Zorns steht die gleißende Künstlichkeit von Warenwelt, Werbung und contemporary shopping images. Sie wird von Coverphotos und Linernotes bereits zum Eintritt so unverblümt inszeniert, daß es im folgenden nicht mehr um Entlarvung gehen kann - wozu auch, wo doch heute alles offen zutage liegt.

Wie der programmatische Text von »Weil wir einverstanden sind« zu Recht unterstellt, kann auch der Konsument mit der weißen Weste sehr wohl »zwischen Drinnen und Draußen / zwischen An- und Verkaufen« unterscheiden. Was es aber kostet, sich im Inneren der Riesenmaschine einzurichten, und wie die Deformationen des allseits formierten Bewußtseins und schließlich auch die Störmanöver dagegen klingen könnten, das wird hier nicht ohne fiesen Witz erkundet.

Konkret 09/97, S. 72

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Weint mehr im Kino, ihr Schweine!

Oft werden wir im stockfinstern Kino
Diesem Silo der Traumfabrik
Zum Ausstoß von Thränen veranlaßt
Durch ein uns rührendes Stück

Da schockt uns ein im Kriege Versehrter
Da rührt uns ein autistisches Kind
Da erschüttert uns ein Verirrter
Im Heroin oder Absinth Labyrinth

Eine schwangere Mafiosa in Mockba
Ein schwuler Präsident der USA
Sie gehen uns wie das Schicksal
Des sprechenden Pottwals nah

Wir leiden wenn wir sie sehen
Auf der Kinoleinwand uns wund
Und geben unser menschliches Mitleid
Mit diesen Kreaturen kund

Wir treten aufs Pedal des Gemüthes
Und geben Thränengas
Und unser Herz läuft über
Und das Tempotuch wird naß

Ach warum nur dieses Gemetzel
An der menschlichen Lebensfront
Ach warum nur all dieses Leiden
Bis weit hintern Horizont

Und wir haken uns unter mit den Opfern
Im Geiste im Parkett
Und machen unser schlechtes Gewissen
Daß wir wohlauf sind auf die Art wett

Aber es giebt im Kino auch Leute
Die läßt dies alles kalt
Die haben ein lebloses Pathos

Wie ein Beamtenruhegehalt

Die fläzen wie Kaiser Nero
Als Rom brannte im Gestühl
Und entwickeln Salzletten malmend
Nicht das Jota von Mitgefühl

Wir haben nah am Wasser
Die haben auf Fels gebaut
Und wie sie so steinern schaun machen
Sie uns eine Gänsehaut

Ach am liebsten möchten wir setzen
Unsern Ellbogen in ihr Gesicht
Und sie auskunfterbittend anschrein
Warum Warum weint ihr nicht

Ihr seid doch auch bloß Menschen
Wie Mottr Teresa oder Norbert Blüm
Mit einem denn doch mehr schüttern
Als wie gepanzerten Nervenkostüm

Warum seid ihr im Kino
So entsetzlich unsentimental
Warum sind eure Augen nicht wie die unsern
Ein menschlicher Wasserfall

Schluß jetzt mit keine Regung
Schluß jetzt mit versteint
Schluß jetzt damit ihr Schweine
Los jetzt wird mitgeweint

Doch wir schaffen diese Intervention nicht
Denn unsre ganze Kraft geht drauf
Sicherzustellen unsern eignen
Kinothränenverlauf

Schließlich ist jeder zunächst einmal sich selbst der Nächste, oder?

Reflexion Römisch 1, bei 31 Grad im Schatten

Manchmal sonntagmorgens im Spiegel
Fragen wir uns ins Gesicht
Sind wir Tier oder sind wir Maschine

Oder Mensch denn wir wissen es nicht

Wir haben was vom Affen
Der auf Order Faxen macht
Und wir haben was vom Preßlufthammer
Der die Kohle bricht im Schacht

Und wir haben was von der Fliege
Die sich delektiert am Kack
Und wir haben was vom gründlich gesunknen
Atomaren U Boot Wrack

Wir haben was von der Hammondorgel
Und was von der Haselmaus
Und wir haben was von Versaces Ferrari
Und der nach Filz benannten Laus

Wir haben was vom Gleichmut der Giraffe
Und von der Reinheit einer nackten CD-ROM
Und von einer Kolonie von Bakterien
Und einer Turbine für Wechselstrom

Wir haben was von der Liebesbrieftaube
Und von der Drachensaat
Wir haben was vom Marschflugkörper
Und was vom Verwaltungsapparat

Ach wir sind weder Tier noch Maschine
Sondern als Mensch bloß ein Zwischending
Wie der zwischen Baum und Borke
Hausende Käfer namens Sonderling

Wir sind dito zwischen Tür und Angel
Respektive zwischen Engel und Tier
Und können existenzpolitisch
Weder raus da noch was dafür

Aber ist dieses unser Schicksal
Wirklich nur befristeter Frust
Ach was meine Damen und Herren
Hier wird nicht verzweifeln gemußt

Wies ist oder kommt wirds genommen
Da wird nicht groß Wind gemacht
Da kommt nur die Alternative

In näheren Betracht:

Entweder wir gehn dem Gspusi an die Wäsche
Oder dem Kühlschrank ans Bier
Mitten im Orkan der Frage
Ob wir Maschine sind Mensch oder Tier

Und schon ist wieder alles gut, nichtwahr?

Zum Leserbrief an mich im Heft 8/97: Sehr geehrter Herr Hübsch. Wie so viele Fragen, also ob man Amerika erfinden soll oder Aspirin oder ob der Panamakanal gebaut oder das Karpfenoktett geschrieben werden soll, so wird auch die Frage, ob der Mann im Terrorturm Ehe die Frau »freundschaftlich« »knuffen« darf, wenn Vorgenannter Verhalten ihm irgendwie krumm dünkte, von der gesellschaftlichen Praxis geklärt So oder so. Entweder es wird in eternity freundschaftlich geknufft nach dem Code Knüff oder es ist Schluß mit Erlaubnis. Z. Zt. siehz nicht gut aus; der Aberglaube fliegt tief und verdonklt den Blick ins Ohoffene hinaus. Wir, ich, Hotte der tolle Toleranzler, und sie, Helmuthadayatulla, Sie am Kaugummiautomaten des Lebens nach einem Groschen in der Lederhose tapfer fischendes Kind, werdens nicht erleben. Aaaaber unsre EnkelInnen fechtens aus! Und siehe vom Berge A‘Uff Clä Rung das promised Land: Wo die Görlies ihre Mähnen flattern lassen, und zwar im Winde, und die Boys ihre geilen Blicke; und der kleene bißken Rest ist die menschliche Übereinkunft im Sozialismus. Und kommen Sie mir nie wieder mit Gott. Wohl wahnsinnich geworden, wa...

Konkret 09/97, S. 73

Kay Sokolowsky

Film & Theater

Dem deutschen Volke

Regie: Wolfram u. Jörg Daniel Hissen. Mit Christo und 5 Mio. Aposteln. BRD 1995; 98 Minuten; ab 4.9. im Kino

Nein, kein Wort des Wägens, kein Kopfwiegen, kein »ja ... aber« oder »immerhin« -: Die Reichstagsverpackung war keine Kunst. Sie war nicht einmal Satire. Sie hat keinen Dummen klüger, doch viele Zurechnungsfähige zu Idioten gemacht; sie hat den Reichstag, diesen steingewordenen Scheißhaufen deutscher Politik, mit dem größten Arschwisch der Geschichte verhängt und abgeputzt - und genau dafür wollten Rita Süssmuth und Willy Brandt sie haben. Es ist an dem Event im Sommer 95 nichts, überhaupt nichts von höherem ästhetischen Belang gewesen. Genauso verhält es sich mit dem sog. Film, den die Gebr. Nissen darüber gedreht haben.

Denn weder haben die beiden irgendeine Ahnung vom Dokumentieren noch auch nur einen Schimmer vom Glorifizieren. Sie machen alles falsch, was sich falsch machen läßt. Sie verwechseln Authentizität mit Handkamera; sie finden keine Form für ihr Thema und montieren deshalb mit der Pattexpistole; sie verzichten auf eine eigene Meinung, geben aber jede, die der von Christo widerspricht, der Albernheit preis; und weil sie ahnen, wie postkartenartig und fad die Verhüllung aussieht - ganz gleich, ob man sie aus dem Hubschrauber oder dem Hosenstall, vom Baukran oder auf dem Bauch liegend filmt -, greifen sie immer dann zur »Kuschel-Klassik-CD« (Ulf Schlawinski), wenn *erhaben* scheinen soll, was bloß verblasen ist. Und so verwursten die Nissens Weltkulturdenkmäler wie das »Air« von Bach, um ihren »lappenschlappen« (Ror Wolf) Bildern Grandeur zu verleihen. Was die Sache aber nur noch kadaverhafter erscheinen läßt: Himmelsmusik hat im Neandertal nun mal nichts verloren.

Zu Beginn des sog. Films ist die Leinwand schwarz, und wir hören - nicht im Original, sondern nachgesprochen, elektronisch auf antik getrimmt - ein Zitat von Thomas Mann: »Es ist unter aller Erbärmlichkeit unverleugbar ... ein göttlicher Funke in der Menschheit, der Funke des Geistes und des Guten.« Das war einst gegen die Nazis gesprochen, in der schwachen Hoffnung, Deutsche zur Résistance gegen sich selbst zu ermuntern. Dank den fabelhaften Nissenboys ist daraus jetzt die Sanktionierung einer Aktion entstanden, die zu nichts anderem gedient hat, als vergessen zu machen, in welchem Gebäude vormals das Ermächtigungsgesetz beschlossen worden ist. Was ein grundobszöner Schleimstreifen. Bzw.: »Der bisher aufwendigste Dokumentarfilm, der seit 50 Jahren in Deutschland gedreht wurde« (»ND«).

Das fünfte Element

Regie: Luc Besson; mit Bruce Willis, Gary Oldman, Milla Jovovich; USA 1996; 126 Minuten; ab 28.8. im Kino

Bruce Willis erscheint erst nach einer Viertelstunde. Das ist der ärgste Fehler des Films, aber bei weitem nicht der einzige. Mit einer Story versehen, dünn wie Marsluft, und einer Dramaturgie, die aus lauter Schwarzen Löchern genäht ist, hätte Luc (»Nikita«) Besson, der Autor und Regisseur, ein halbwegs konsistentes Stück nur dann erzwingen können, wenn er auf das beträchtliche Charisma von Willis gesetzt hätte. Aber er traut seinem teuersten Mitarbeiter nicht viel zu. Lieber gibt er die Hauptrolle einem Supermodel. Milla Jovovich - der die Biegsamkeit und leider auch die Ausstrahlung von Kaugummi eignet – soll das Universum retten. Weil kein Zuschauer ihr auch nur die Rettung einer gebrochenen Haarspitze zutrauen würde, muß zuletzt doch der alte Bruce eingreifen und den Tag retten: weniger widerwillig als sonst, dafür ziemlich pomadig. »Das fünfte Element« ist einer jener naiven Filme, bei denen nicht mal die Naivität überzeugt.

Die Story spielt a. D. 2259. Das *absolut Böse* entfesselt sich und droht, alles Leben der bewohnten Galaxis zu verschlingen. Ms. J. und Mr. Willis ziehen aus, dies zu verhindern. Dabei kommt es außer zu vielen Explosionen zu zahllosen Verweisen auf Bessons Lieblingsfilme. Die fliegenden Autos z.B. stammen aus »Blade Runner«, das Design der Raumschiffe zu gleichen Teilen aus »Alien« und »Krieg der Sterne«, und so offensichtlich die Eröffnungsszene »Stargate« imitiert, so unübersehbar der Schlußgag die 007-Filme. All diese. Zitate und Travestien helfen der Infantilität des Films nicht ab, denn ihre Aufdringlichkeit entspricht genau ihrer Wahllosigkeit. Besson hat viel Geld bekommen und sich davon haufenweise Spielzeug gekauft; offenbar hatte er aber gar keine Lust, hernach sein Kinderzimmer aufzuräumen. Der Aufwand dieses Films ist enorm; doch außer bei den fabelhaft inszenierten Verfolgungsjagden im tausendstöckigen New York und den perfekt maskierten Aliens bleibt die Arbeit der digitalen Hexenmeister seltsam pampig. Wie bei jedem Feuerwerk hat man schon nach fünf Minuten keine Lust mehr, »uh! « und »ah! « zu rufen.

Was aber, bitteschön, ist - neben Feuer Wasser Erde Luft - »Das fünfte Element«? Das Nichts, natürlich.

Vergessene Welt

Regie: Steven Spielberg; mit Jeff Goldblum, Pete Postlethwaite; USA 1997; 134 Minuten; seit 7.8. im Kino

Wie man's richtig macht, zeigt wieder einmal der Mann, der das moderne Spezialeffekt-Kino - with a little bit help by George Lucas - überhaupt erst erfunden hat: Steven Spielberg. Zwar ist »Vergessene Welt« ein Film, der aus nichts als Klischees besteht, der seinem Titel in jeder Beziehung gerecht wird - die *Welt* wurde hier wirklich *vergessen* -, ein Stück, das nachzuerzählen einfach nicht lohnt. Aber gerade darum ist es Kino in seiner reinsten Form: Die Bilder haben ausdrücklich keinen anderen Zweck mehr, als vorgezeigt zu werden, sie sind sich selbst genug.

Natürlich war der erste »Jurassic Park« mythischer, monolithischer. Gewiß sind die logischen und die Anschlußfehler in »Vergessene Welt« vom Verheerendsten. Aus jeder Szene des Films spricht der Wille Spielbergs, eine kühle Milliarde einzufahren und ansonsten auf alle Kritik zu kacken. Ihm ist völlig egal, ob so was wie eine Geschichte bei der Sache herauskommt - lieber führt er vor, warum außer ihm allenfalls James Cameron Suspense-Sequenzen zu inszenieren vermag, die man so noch nie gesehen hat. Er zitiert aus praktisch allen Monsterfilmen der Geschichte von »King Kong« über »Moby Dick« bis »Godzilla« - in der letzten Filmrolle bringt er es sogar zur Mesalliance von »Formicula« und »Nosferatu« -, und diese exzessive Eklektik, die bei dümmeren Regisseuren, wie eben Luc Besson, so aufdringlich wirkt, verwandelt sich, dank der großen Selbstironie Spielbergs, in den elegantesten filmimmanenten Abriß eines Kinogenres seit Eastwoods »Erbarmungslos«.

»Ja, so fängt es immer an: >Uh!< und >ah!< und dann rennen alle um ihr Leben und schreien Zeter und Mordio«, sagt Jeff Goldblum gegen Ende des ersten Viertels. Mit dieser seltsam antiklimaktischen Dialogzeile stellt Steven Spielberg rechtzeitig klar, warum er ein Meister und weshalb jede Analyse seines neuen Films obsolet ist: Sie steckt ja bereits in den Bildern. Was für ein Genie! In der nächsten KONKRET-Ausgabe soll es ausführlich gewürdigt werden. Für diesmal nur soviel: Wer die letzte Einstellung von »Lost World« gesehen und nicht vor Verzauberung den Schüttelfrost bekommen hat, sollte, bitte, den Kinos unserer verlorenen Welt für immer fernbleiben. Er hat nämlich nie kapiert, was das ist, Kino.

Konkret 09/97, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In der »Frankfurter Rundschau« kennt der Fortschritt keine Mittagspause, und so geht es von der Industriegesellschaft über die Autogesellschaft, die Atomgesellschaft und die Risikogesellschaft immer weiter und nun schon

Von der Mediengesellschaft zur Wissensgesellschaft

Es könnte aber auch sein, daß »Gesellschaft« hier gar nicht in sozialwissenschaftlichem Sinne gemeint ist, sondern so wie in »eine feine Gesellschaft«, die ein rechtes Pack ist - dann ließe sich mit Fug sagen, daß über der Medienbagage eine Wissensblase sich forme, und das wäre nun gar sozialwissenschaftlich korrekt.

Neues von der größten Zeitung der westlichen Welt, die täglich nach der sofortigen Beendigung von Zuständen ruft, ohne die sie nicht wäre:

Es gibt im High-Tech-Land Deutschland Analphabeten. Traurig, aber wahr ist auch, daß es bei uns Schulabgänger gibt, die nicht richtig rechnen und nicht richtig schreiben können.

Was soll aus ihnen werden, außer »Bild«-Leser? Der Arbeitsplatz

des Peter Boenisch war nur einmal zu vergeben, der glückliche Arbeitsplatzbesitzer verteidigt ihn in Bild und Text, mit dritten Zähnen und der Klaue des gelernten Alfapeten:

Eliteschulen fehlen. Die Universitäten vermassen.

Ich vermasse, du vermaßtest, er/sie/es werden vermassen. Wir werden vermassen, ihr würdet vermaßt, sie sind (oder haben?) vermaßt. Zum Glück für Boenisch und seinen Arbeitsplatz geht es mit verblöden besser, und davon hat auch seine Kollegin Dana Horakova gut, die richtig deutsch schreiben kann:

Wir verbrachten einige Zeit in Oklahoma, sahen, daß die Amerikaner ganz anders trauern als die Deutschen. Der Deutsche fühlt abstrakter

Wie fühlt der Türke? Kümmelig? Und gar der Chines'? Der kann nicht nur nicht richtig deutsch:

Heute verschwindet Hongkong. Was bleibt? Es gibt keinen Dichter. den die Stadt hervorgebracht hätte. Keinen Maler keinen Musiker von Rang, Uns bleiben Erinnerungen an ein paar Kung-Fu-Filme mit Bruce Lee. Lieder Legenden, Bilder - alles, was die Identität eines Volks geschaffen hätte, fehlte. Hongkong nur eine Geldmaschine, sonst nichts. Und Geld hat stets die gleiche, langweilige Farbe

und nicht den aufregenden Täng der Frau Horakova, der schwarzbraunen Haselnuß. Weil aber Einfalt und stille Größe manchmal noch enger beisammen liegen als Manie und Wahnsinn, gibt es auch im Leben der dümmsten Zeitung der westlichen Welt, der »Hamburger Morgenpost«, große Augenblicke, nämlich Druckfehler:

Für Axel Schulz, der mal als möglicher Tyson-Gegner gehandelt wurde, war der Kampf »eine Schnade für den Boxsport«.

Daß mit dieser Schnade Schulz gemacht wird, dafür sorgt die andere dümmste Zeitung der westlichen Welt, die zugleich ihre größte ist:

Mike Tyson, der Vernichter mit dem Killer-Blick: »Ich habe brutal gearbeitet. Ich werde Holyfield vernichten.«

Er wird *destray* gesagt haben: zerstören. Aber sie hängen nun mal an dem richtig deutschen Wort:

Werden wir von Parkplatz-Vernichtern regiert? Eine Stadt muß schön und grün sein. Aber: Sie muß auch funktionieren. Das geht nicht, wenn ich Parkraum vernichte..

Und wie ihr zu früh verstorbener Führer, der seine Hündin kraulte, wenn er an die Endlösung denken mußte, ist die größte Zeitung der westlichen Weit, wenn sie vom Vernichten träumt, in Gedanken bei Schröders »Schnurri«:

So ein eigenwilliges Geschöpf nimmt keine Rücksicht auf die Amtswürde seines Herrchens. Schon gar nicht, wenn es in den Urlaub mitgenommen werden muß (mit zusammenklappbarem Katzenklo und 10 Kilo Streusand für die Hotelübernachtung).

Damit Herrchen nicht mehr so allein ist, wenn er nachts im Kühlschrank auf Schnitzeljagd geht? Oh nein, »Schnurris« Schröder hat Höheres im Sinn:

Wahrscheinlich werden jene Bonner Genossen, die jeden Schritt des Hannoveraners in Richtung SPD-Kanzlerkandidatur argwöhnisch verfolgen, mutmaßen, die Sache mit der Katze sei ein PR-Gag. Eingeblasen von Dick Morris, Clintons

ehemaligem Wahlkampfberater mit dem sich Schröder kürzlich traf Denn »Socks«, die schwarz-weiße Katze des amerikanischen Präsidenten - auch in Anlehnung an den Begriff der First Lady »First Cat« genannt - brachte Clinton enorme Sympathien ein. Wie dem auch sei. Über eines muß sich *Schröder im Klaren sein: Viele Wähler werden ihn künftig - fern von jedem politischen Programm - einzig danach beurteilen, wie er mit »Schnurr!« umgeht!*

Die dümmste Zeitung der westlichen Welt tut es auf der Stelle:

Doris Köpf ihre Tochter Klara und die gemeinsame Katze sind gestern in Gerhard Schröders Wohnung eingezogen. Die Journalistin bewies gleich mehr Hausfrauenverstand als Verona Feldbusch: »Frau Köpf hat für das neu angeschaffte Tier in Hannover ein Katzenklo gekauft«, sagte ein Sprecher der Staatskanzlei,

deren Zuständigkeit durch »Schnurris« Beitrag zur Förderung des ministerpräsidentlich hannoverschen Einzelhandels gegeben ist. Woraufhin die dümmste Zeitung sich wieder an ihr Tagewerk begibt und die westliche Welt fragt:

Quo vadis - alter ehrlicher HSV?

Wohin schon? Richtig, Uwe, nach Cuibono.

Ein Autofahrer wird geblitzt. Weil er nicht schneller gefahren ist, als die Polizei erlaubt, und sich also im Recht weiß wie nichts Gutes, fährt er die Strecke ein zweites Mal, ganz langsam. Er wird geblitzt. Als ihm dies beim dritten Mal, nun schon im Schrittempo, wieder geschieht, hält er an und geht mit böse triumphierender Miene auf den nächsten Polizeibeamten los: Unerhört! Nie sei er auch nur einen Kilometer zu schnell gefahren! Wissen wir, antwortet der Polizist, wir kontrollieren hier nicht die Geschwindigkeit, sondern die Einhaltung der Gurtpflicht, und Sie waren dreimal nicht angeschnallt. So auch der Volker Zastrow, der sich in der »Zeitung für Deutschland« über den Verfall der feinen Umgangsformen erregt:

Auf den Briefen steht jetzt immer öfter Hallo Hallo, Herr Sowieso, ohne Geehrter Verehrter Sehr geehrter. Sehr verehrter. Lieber Herr Sowieso; einfach: Herr Sowieso. Ehren und Verehren möchte keiner mehr. schon gar nicht Herrn Sowieso.

Aber hallo, sehr geehrter, verehrter, lieber Herr Volker Zastrow, Sie haben ja sowas von recht: Man sollte nicht hallo sagen. Aber man sollte auch nicht dreimal Herr Sowieso sagen statt Herr Soundso, weil ja nicht der Herr Gleichgültig gemeint ist, sondern der Herr, der vorne so und hinten so heißt, nämlich gegebenenfalls Dr. und Meier oder Paul und Schulze. Bei Herrn Soundso, nämlich Herrn Kurt und Tucholsky, hätten sie's nachlesen können. Aber der ist Ihnen ja auch eher ein Herr Sowieso.

In Neubrandenburg erscheint ein »Nordkurier«. Dessen Feuilleton wird von Herrn Detlef Stapf geleitet, der seinen deutschen Revolutionären Mut zur nächsten deutschen Revolution macht:

Ulrichshusen. Machen wir's den Menschen nach... Ein Schwalbenpärchen zwitschert inbrünstig zum Allegro von Mozarts B-Dur-Sonate. Julia Fischer, die 13jährige Geigerin, entließ aus ihrem hochkonzentrierten Gesichtsausdruck ein Lächeln. Das erste Konzert im wiederaufgebauten Schloß Ulrichshusen war von den Petitessen eines unfertigen Hauses begleitet. Aber wie so oft, entschädigte die Anatomie von Zwischendecken und backsteinrohen Fenstersimsen mit einer außergewöhnlichen Akustik.

Nicht wenige der Besucher waren geladene Gäste aus Adel, Politik, Wirtschaft und Kultur. Festspielleiter Matthias von Hülsen... Hausherr Helmuth Freiherr von Maltzahn... Stiftungs-Präsident Alexander Prinz zu Sayn-Wittgenstein...

Bis die Adligen ihren Sänger zum Detlef Baron Stapf von Ulrichshusen erheben können, braucht's noch ein paar Montagsdemonstrationen. Vielleicht könnte Alexander Prinz zu Sayn-Wittgenstein ihn bis dahin adoptieren? Oder von der Prinzessin durch morganatische Ehe zum Prinzgemahl zu Sayn-Stapf (wahlweise: Stapf-Sayn bzw. Sayn-Stapfenstein) adeln lassen?